

Fachtagung

Zivilgesellschaftliches Engagement
und Aktivierung demokratischer
Kommunikation im ländlichen Raum

Dokumentation der Fachtagung
07. und 08. Oktober 2013

Gefördert durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen
des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“



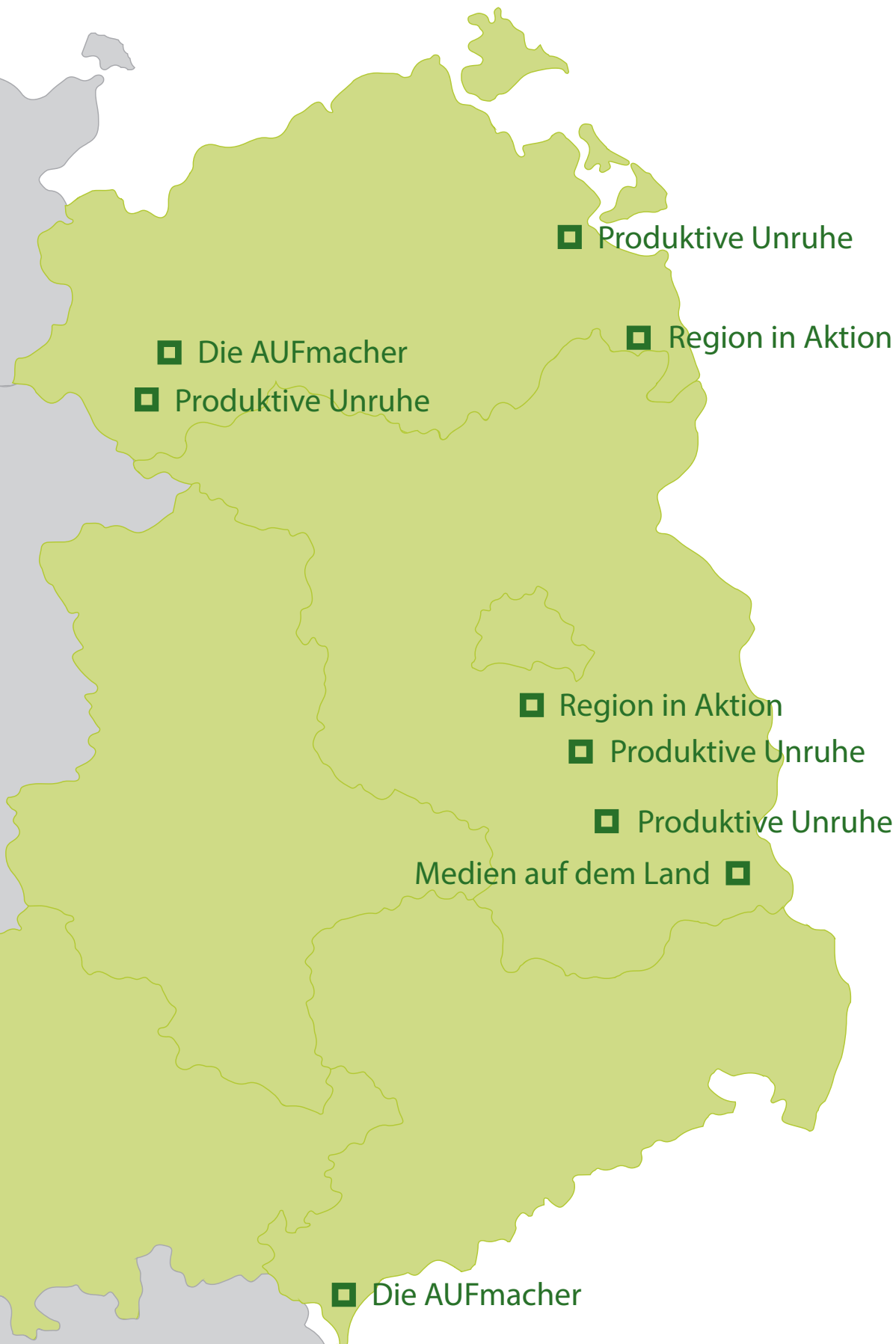
Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Vier Modellprojekte. Zwei Jahre.
Neun unterschiedliche Regionen.



medien
auf dem Land

Aufmacher

REGION IN AKTION
KOMMUNIKATION IM LÄNDLICHEN RAUM

PRODUKTIVE UNRUHE

Vorwort

Bernd Ketzler, Projektleiter „Medien auf dem Land“



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, Ihnen die Dokumentation der Fachtagung „Zivilgesellschaftliches Engagement und Aktivierung demokratischer Kommunikation im ländlichen Raum“ vom 07. und 08. Oktober 2013 vorlegen zu können. Auf der Veranstaltung zogen vier Modellprojekte nach einer zweijährigen Praxisphase eine Abschlussbilanz. In den Projekten wurden Kommunikationsstrategien und Medienkonzepte entwickelt und in ländlichen Regionen in Ostdeutschland erprobt. Herausgekommen sind kreative Ansätze für eine demokratische Öffentlichkeit, die auf der Tagung mit einem Fachpublikum intensiv diskutiert und weitergedacht wurden.

Das Konzept der Fachtagung sah eine wissenschaftliche Bewertung durch „Projektpaten“ vor, die in ihren Vorträgen und einer anschließenden Podiumsdiskussion über die Ergebnisse und das Vorgehen der Projekte engagiert diskutierten. Kriterien für eine demokratische Lokalberichterstattung waren ebenso Teil der Debatte wie die Förderung regionaler Identität. In vier thematischen Workshops wurden am zweiten Veranstaltungstag praktische Handlungsempfehlungen und neue (Projekt-) Ideen erarbeitet. Dabei ging es u. a. um die Entwicklung eines Geschäftsmodells für Bürgermedien im ländlichen Raum oder konkrete Ansätze bei der intergenerativen Medienarbeit.

Den Vortragenden, Referentinnen und Referenten, Berichterstatterinnen und Berichterstatter, Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist für ihr großes Engagement und kreatives Einbringen zu danken. Das große Interesse am Thema der Fachtagung zeigt, dass eine Notwendigkeit besteht, die Aktivierung von demokratischer Kommunikation im ländlichen Raum auch künftig zu stärken und den dort lebenden Menschen die nötige Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Die Veranstaltung sowie die vorliegende Dokumentation können nur der Beginn einer breiteren Debatte sein, in der Lösungen für die Herausforderungen vieler ländlicher strukturschwacher Regionen gefunden werden.

Neben den in dieser Publikation dokumentierten Vorträgen und Berichten aus den Workshops laden wir Sie herzlich ein, das Bildmaterial und die Präsentationen auf unserer Website einzusehen. Unter <http://fachtagung.medienaufdemland.de/> finden Sie die vollständige Dokumentation inklusive eines kurzen Highlight-Videos.

Abschließend möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Regiestelle des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und der beteiligten Projekte bedanken, die mit ihrer Expertise und ihren praktischen Erfahrungen einen sehr wichtigen Beitrag leisteten. Ein besonderer Dank gilt meinen Kolleginnen und Kollegen im IBI - Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft, die mit großem persönlichen Einsatz eine erfolgreiche Durchführung der Fachtagung ermöglichten.

Inhaltsverzeichnis

3	Vorwort
6	Grußwort
9	Impulsvortrag Prof. Dr. Andreas Zick
14	Vortrag Dr. Ansgar Klein
22	Vortrag Dr. Martin Welker
31	Vortrag Prof. Dr. Beate Küpper
41	Vortrag Dr. des. Anna Klein
47	Berichterstattung Workshop I
53	Berichterstattung Workshop II
60	Berichterstattung Workshop III
66	Berichterstattung Workshop IV
73	Vortragende
74	Referentinnen und Referenten
76	Projektbeschreibungen
83	Projektträger
85	Tagungsprogramm/Pressemitteilung
88	Impressum

Grußwort

Prof. Dr. Wilfried Hendricks

Die Fachtagung „Zivilgesellschaftliches Engagement und Aktivierung demokratischer Kommunikation im ländlichen Raum“ präsentiert die Ergebnisse aus vier Modellprojekten. Der Titel unserer Fachtagung zeigt den roten Faden, der sich durch diese Projekte zieht und der sie miteinander verbindet. Obwohl sie im Rahmen des Förderprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ in den ostdeutschen Regionen unterschiedliche Akzentsetzungen entwickelten, bemühten sich die Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter um regen Austausch. Alle vier Projekte sind mit der Erwartung und Hoffnung gestartet, dass die Inhalte und Methoden ihrer Arbeit hinreichend Ausstrahlung haben, Interesse erzeugen und Nachahmung auslösen. In einer kritisch-konstruktiven Auseinandersetzung sollen auf dieser Fachtagung praktische Erfahrungen mit wissenschaftlicher Expertise zusammengeführt werden. Die gewonnenen Erkenntnisse können die Grundlage für politische Entscheidungen und künftige Förderprogramme bilden.



Wirklich dauerhafte Veränderungen in der demokratischen Kommunikation und den verschiedenen Ausprägungen zivilgesellschaftlichen Handelns zu implementieren, ließ die uns zur Verfügung stehende Projektlaufzeit nicht zu. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Diese Feststellung ist keine Klage über zu kurze Projektlaufzeiten. Vielmehr soll der Modellcharakter der Projekte hervorgehoben werden. Wichtig war es unter anderem, transferierbares Prozesswissen darüber zu gewinnen, weshalb manche Planungen mit urbanem Hintergrund im ländlichen Umfeld nicht aufgehen können.

Der demografische Wandel, immer wieder als Problem beschrieben, wird in unseren Projekten eher als Herausforderung und Chance gesehen. Zivilgesellschaftliches Engagement wird als gemeinsam zu lösende Aufgabe von Jung und Alt verstanden. Die Interessen berühren sich, wenn es um Fragen der Mobilität, des Kontakts mit Familie und Freunden, des Betreibens von Hobbies und lokale oder regionale Vernetzung geht. Hier lässt sich im Alltag erfahren, dass die Entwicklung kommunikativer Kompetenz eine zentrale Voraussetzung für lebendiges Zusammenleben und örtlichen Zusammenhalt darstellt. Demokratie lebt von der Bereitschaft und Fähigkeit zur Kommunikation, die heutzutage nicht nur im öffentlichen, sondern auch im halböffentlichen und privaten Umfeld von medial gestütztem Austausch geprägt ist.

Auch wenn die direkte Kommunikation zwischen den Bürgerinnen und Bürgern die Basis für den Zusammenhalt in den Gemeinden darstellt, so ist medienkompetentes Handeln eine Notwendigkeit, um sich selbst und als Mitglied von Vereinen, Verbänden, Parteien, Kirchen etc. Orientierung zu verschaffen und mit anderen in Austausch zu treten. Die Entwicklung und Pflege von Netzwerken, ohne die zivilgesellschaftliche Aktion nicht erfolgreich sein kann, wird durch die Nutzung von digitalen Medien und Werkzeugen erheblich befördert und gesichert. Insofern ist heute und zukünftig der medienkompetent handelnde Mensch eine Leitfigur demokratischer Gesellschaften. Wie schwer es ist, Medienkompetenz zu entwickeln, wie notwendig nutzerfreundliche Unterstützungssysteme sind – auch humane! –, das haben wir in dem Projektquartett beinahe täglich erfahren.

Die Gestaltung von Medien liegt nicht länger mehr nur in den Händen von Profis; gerade die digitalen Medien und Werkzeuge ermöglichen es vielen Menschen, sich jederzeit und überall in die öffentliche Kommunikation über Fragen des Zusammenlebens in lokalen und überregionalen Kontexten einzubringen. Verschiedene Wege zur Entwicklung von Bürgermedien sind mit engagierten jüngeren und älteren Bürgerinnen und Bürgern in den Projekten erprobt worden. Mit Hilfe von kreativen Ansätzen wurden kommunikative Lücken geschlossen. Die positiven Effekte liegen zum einen in der realitätsnäheren und intensiveren Darstellung von lokalen und sublokalen Themen und zum anderen in der Stärkung der regionalen Identität der Bevölkerung. Die darin zutage tretende Wertschätzung des ländlichen Lebens korrespondiert mit größerem Interesse der Menschen an aktiver Teilhabe am kommunalen Leben. Von vielen ist zu erfahren, dass sie sich wie selbstverständlich um das Gemeinwesen kümmern und sich in ihrer Freizeit engagieren im Ehrenamt, zum Beispiel in Vereinen, für Sport, Kultur und Natur.

Ziel ist die Unterstützung einer selbstbewussten, lebendigen und demokratischen Gemeinwesenskultur, in der Menschen offen miteinander kommunizieren und innovative Kommunikationsmittel kompetent anwenden und gestalten können. Dadurch kann der Zusammenhalt in der Gesellschaft durch aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bereits an der Basis, im lokalen Umfeld, in der ländlichen Region unterstützt werden. Die Feststellung „Wie, schon vorbei?“ zeigt uns am Ende der Projekte in den Zielgebieten im „ländlichen Raum“, wie notwendig

und erfolgreich die Arbeit war. Die sehr positive Resonanz, die sowohl von jungen als auch von älteren Menschen gezeigt wurde, hat uns bestärkt in dem Bestreben, die von uns verfolgten Ziele und Inhalte zur weiteren Entwicklung anderen weiterzuempfehlen. Unter dieser Perspektive sind alle Projektmitwirkenden gespannt auf die Resonanz, die sie auf der Fachtagung erfahren werden.

Den Initiatoren des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern ist dafür zu danken, dass sie die besondere Bedeutung der aktiven Medienarbeit als eine wichtige Grundlage für die Entwicklung von Transparenz und Teilhabe erkannt, dementsprechend diese besondere Schwerpunktförderung eingerichtet und unsere Projekte finanziert haben.

Wir in den vier Projekten danken allen, die uns mit ihren Anregungen begleitet, herausgefordert und bestärkt haben: den Programmverantwortlichen und den vielen Partnerinnen und Partnern in den Projektregionen.

Ein herzlicher Willkommensgruß geht an alle Gäste unserer Fachtagung. Wir sind gespannt auf die Fragen, Anregungen, Kritik, Zustimmung und Kommentierung im Lauf der Diskussionen auf dieser Fachtagung.



Prof. Dr. Wilfried Hendricks,
Wissenschaftlicher Direktor IBI

Impulsvortrag

Prof. Dr. Andreas Zick

Kommunikation und zivilgesellschaftliches Engagement zur Förderung demokratischer Kultur im ländlichen Raum

Ländliche Räume sind in einen Prozess des Wandels durch Politikwechsel, Ökonomisierung und Migration geraten. Das verlangt (neue) Prozesse der Akkulturation, das heißt der Aneignung von veränderten strukturellen und kulturellen Räumen. Die Struktur der Räume ändert sich schneller als die Menschen und die Medien, die darauf reagieren (können). Das erleichtert eine anti-demokratische/moderne Radikalisierung, insbesondere dann, wenn Konflikte nicht thematisiert und demokratisch ausgehandelt werden. Diese Entwicklung und die damit verbundenen Problemlagen werden anhand von fünf Themenkomplexen aufgegriffen.

Demografischer Wandel

Insbesondere die ländlichen Regionen Ostdeutschlands sind bereits heute durch einen enormen Bevölkerungsrückgang bei gleichzeitigem Anstieg des Durchschnittsalters der Bewohnerinnen und Bewohner gekennzeichnet. Gleichwohl sind es auch in den westlichen Bundesländern vor allem ländliche, abgelegene Kreise, die zu den Verlierern sowohl der demografischen als auch der wirtschaftlichen Entwicklung zählen (vgl. Kröhnert, Medicus, Klingholz, 2006, S. 11). Unter den 13 Kreisen und kreisfreien Städten, für die eine besonders negative ökonomische und demografische Entwicklung prognostiziert wird, befinden sich mit den Landkreisen Coburg und Hof (beide Bayern) lediglich zwei aus den westdeutschen Bundesländern. Der Rückgang der Bevölkerung und der Wegzug der Jüngeren, der aus prekären ökonomischen Bedingungen resultiert, verschärfen die Verknappung von Ressourcen.

Das trifft auch die öffentliche Kommunikation im lokalen Raum, und hier insbesondere die Medien. Es trifft vor allem jene Medien, von denen wir die Vermittlung von Informationen über anti-demokratische Meinungen und Handlungen erwarten. Sie geraten unter den Druck des Wandels und müssen noch stärker wirtschaftliche Primat gelten lassen. Lokalzeitungen trifft der Rückgang potenzieller Kundinnen und Kunden dramatisch.

Aussterben/Ausdünnen regionaler Medien insb. Lokalzeitungen im ländlichen Raum

Die Auflagen von Lokalzeitungen sinken deutlich stärker als diejenigen von überregionalen Medien. Das Geschäftsmodell von Lokalzeitungen wird – so ist jedenfalls die Einschätzung der Mehrheit der Medienexperten/-innen – in spätestens 20 Jahren nicht mehr funktionieren. Schon heute gehen die Verkaufszahlen regionaler Zeitungen deutlich zurück: Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V. (BDZV) weist in seinem Auszug aus dem Jahrbuch

„Zeitungen 2012/13“ dramatische Zahlen aus: Zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2012 ist der Verkauf lokaler und regionaler Zeitungen in Westdeutschland um 16,7 % gesunken und in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) um 33,1 % (Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger, 2013). Ob Lokalzeitungen in 20 Jahren tatsächlich nahezu vollständig eingestellt sein werden, bleibt fraglich. Ohne Zweifel ist jedoch, dass bereits heute zahlreiche Lokalredaktionen zusammengelegt, geschlossen oder derart ausgedünnt werden, dass eine qualitativ akzeptable Lokalberichterstattung gerade in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands (siehe das Beispiel Nordkurier) kaum noch aufrechtzuerhalten ist (vgl. Kraske, 2013). Offen ist allerdings die Frage, was nach der Lokalzeitung kommt. Es bietet sich die Chance, dass sich Bürgermedien etablieren, die sublokale Themen stärker abbilden und somit auch zu einer Stärkung regionaler Identität beitragen können. Gleichwohl geht damit auch eine Gefahr einher: Die Erhöhung von Identität innerhalb einer Gruppe führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer stärkeren Abwertung von Fremdgruppen.



Eine demokratisch verfasste Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich darüber informieren können, was in ihrer Kommune, was in ihrem Landkreis und was in ihrer Region passiert: Welche Konflikte gibt es, welche politischen Entscheidungen stehen an? Guter Lokaljournalismus liefert hierzu die notwendigen Hintergrundinformationen, bereitet diese auf und trennt Relevantes von Irrelevantem. Teilhabe setzt informierte Bürger

voraus und diese brauchen das Gefühl, gehört zu werden. Welche Chancen und Möglichkeiten haben neue Formate in der Zeit nach der Lokalzeitung oder in Ergänzung zu ausgedünnten Lokalredaktionen? Wie gelingt es die Bewohnerinnen und Bewohner in ländlichen Gebieten zu öffentlichen Debatten zu ermuntern und über welche Medienformate kann dies gelingen?

Kommunikation im ländlichen Raum – fragile Medienkompetenz

Medienkompetenz umfasst nach heutigem Verständnis mehrere Bereiche. An erster Stelle steht das Verstehen von medialen Botschaften, und zwar nicht nur bezüglich des Inhalts, sondern auch hinsichtlich ihrer ästhetischen und symbolischen Aspekte. An zweiter Stelle, aber inzwischen ebenfalls bedeutsam, steht die eigene Gestaltung und Produktion medialer Inhalte. Dies kann als eine Form gesellschaftlicher Teilhabe verstanden werden, insbesondere dann, wenn Teilhabe medial vermittelt und reguliert wird. Drittens umfasst Medienkompetenz aber auch die Fähigkeit zur Medienkritik, die sowohl für das Verstehen und die Nutzung von Medien als auch für das Gestalten und Produzieren notwendig ist. Die demografische Entwicklung führt auch zu einem Rückgang der Medienkompetenz bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Insbesondere die Jungen und besser Gebildeten sind es, die den ländlichen und strukturschwachen Räumen den Rücken kehren. So bezeichnet Michael Seidel – seit 2009 Chefredakteur des Nordkuriers – in einer Expertise der Journalistin Marion Kraske den Kreis der potenziellen Leser des Nordkurier als ein flüchtiges Grüppchen: Die einen seien alt, die anderen sterben aus, die Jungen seien weg. Was bleibt seien „Wenig aufgeklärte Leute, die etwas bewegen können“ (Kraske, 2013, S. 11).

Allerdings bieten sich – trotz diesen schwierigen Sachverhalts – auch hier Chancen: Es wird deutlich, dass sich ältere Menschen häufig nachhaltiger engagieren und als Rentner auch über bessere zeitliche Ressourcen verfügen als Jüngere. Des Weiteren ist es für ältere Menschen wichtig, mobil und mit der Familie – trotz des Wegzugs der Jüngeren – in Kontakt zu bleiben. Das Erlernen neuer Kommunikationsformen und Medienkompetenz ist demnach auch für die Älteren wichtig. Auch hier könnten Bürgermedien ein Ansatz sein, um die Medienkompetenz gerade in ländlichen Regionen und hier insbesondere bei der älteren Bevölkerung zu stärken.

Strukturprobleme, Internet-Infrastruktur, Zugangsprobleme & räumliche Mobilität

Gerade in ländlichen Regionen hat das Zusammenlegen oder Ausdünnen von Lokalredaktionen den fatalen Effekt, dass das Herunterbrechen politischer Themen und Entscheidungen von der Bundes- oder Landesebene auf die lokale und regionale Ebene in der Lokalzeitung kaum noch erfolgt. In diese Schnittstelle können sich rechtsextreme Parteien mit ihren kostenlosen Blättchen (z. B. „Der Ordnungsruf“ oder „Anklamer Bote“ in Mecklenburg-Vorpommern „Der Nordthüringer Bote“ in den Landkreisen Kyffhäuser und Unstrut-Hainich) drängen und so

die Meinung der Bürger durch tendenziöse Berichterstattung zu den Auswirkungen auf lokaler Ebene unwidersprochen manipulieren. Dies ist in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands besonders problematisch, da dort die Internet-Infrastruktur noch nicht zufriedenstellend ausgebaut ist [48,2% - 52,8% Breitbandnutzung in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt; im Gegensatz dazu Berlin (61,4%) und Baden-Württemberg (59,9%); Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, 2012] und auch die Nutzungshäufigkeit des Internets als Informationsquelle für politische Themen eher unterdurchschnittlich ausgeprägt ist. Was auch mit der Überalterung (Stichwort: demografischer Wandel) zu tun hat. Studien zur Mediennutzung zeigen deutlich, dass es vor allem jüngere Personen sind, die das Internet als Informationsquelle auch für lokale Themen nutzen. Verschärft wird dies durch die geringere räumliche Mobilität der Bewohnerinnen und Bewohner ländlicher Gegenden: In Landkreisen, in denen nur noch eine oder überhaupt keine Lokalzeitung mehr vorhanden ist, lassen sich Meinungen – und damit Normen – leichter setzen und manipulieren, da keine Gegenmeinungen öffentlich gemacht werden können. Wenn nun auch noch wenig Austausch oder Mobilität über die Kreisgrenzen hinweg erfolgen, wird eine hohe Meinungshomogenität und, damit einhergehend, Konformitätsdruck erzeugt, der sich negativ auf die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auswirkt und zur Ausgrenzung von Personen mit abweichendem Verhalten oder anderen Einstellungen führt.

Weiterhin führt Abwanderung und der Rückgang der Einwohnerzahl in ländlichen Kommunen zu steigenden Kosten für Energie, Wasser, Straßen, Bildung und ärztliche Versorgung bei den verbliebenen Bewohnern (vgl. Kröhnert, Medicus, Klingholz., 2006). Diese werden in der Folge mit im höheren Abgaben belastet, was erneut die Abwanderung vor allem von jüngeren bildungsorientierten Frauen zur Folge hat.

Rechtsextremismus & Prävention im ländlichen Raum

Studien des Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung zeigen, dass die Abwertung schwacher Gruppen – und damit verbunden ein Nährboden für rechtsextreme Ideologien und Akteure – bei Personen stärker ausgeprägt ist, die das Gefühl haben, dass sich die Politiker ohnehin nicht für sie interessieren und dass ihre Stimme ohnehin nicht gehört wird (Marth, Grau, Legge, 2010). Gerade lokale Medien können hier eine Gelegenheit und Chance bieten, sich an öffentlichen Debatten zu beteiligen und den Bürgerinnen und Bürger Gehör für ihre Themen zu verschaffen.

Andererseits zeigen Studienergebnisse auch, dass die Bereitschaft, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren dann geringer ausgeprägt ist, wenn die Bürgerinnen und Bürger der Auffassung sind, Rechtsextremismus werde in den Medien hochgekocht (Zick, Küpper, Legge, 2009). Hier haben lokale Medien bei den Bürgerinnen und Bürgern einen Vertrauensvorsprung gegenüber überregionalen Medien. Denn die Lokalredakteure sind jeden Tag „vor Ort“ und

kommen nicht nur für wenige Stunden oder für eine einmalige sowie selektive Recherche vorbei. Weitere Barrieren für das Engagement gegen Rechtsextremismus sind mangelnde Ideen oder Informationen darüber, was gegen rechtsextreme Aktivitäten und Akteure unternommen werden kann (Zick, Küpper, Legge, 2009). In Befragungen äußern deutlich mehr Personen eine Engagementbereitschaft, als sich tatsächlich engagieren. Ein Hinderungsgrund ist dabei, dass die Befragten nicht wissen, was sie gegen Rechtsextremismus tun können. Gerade in ländlichen Regionen ist der Anteil derjenigen die ratlos sind, höher als in städtischen oder stadtnahen Gegenden.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass die Thematik Medien/Kommunikation im ländlichen Raum in der wissenschaftlichen Forschung zu wenig Beachtung findet; insbesondere auch unter den Gesichtspunkten zivilgesellschaftlichen Engagements und der Prävention und Intervention von Rechtsextremismus. Die Schwächung der demokratischen Kultur durch das Ausdünnen und Aussterben der Lokalzeitung in der Fläche findet im Vergleich zur Untersuchung medialer und kommunikativer Prozesse in großstädtischen Kontexten zu wenig Beachtung.

Literatur

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2012). Breitbandatlas 2012. <http://www.bmwi.de/Dateien/BBA/PDF/breitbandatlas-bericht-ende-2012-teil-1,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>, 10.09.2013.

Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V. (Hrsg.) (2013). Die deutschen Zeitungen in Zahlen und Daten. Auszug aus dem Jahrbuch „Zeitungen 2012/13“, Berlin: o.V.

Marth, J., Grau, A., & Legge, S. (2010). Fremdenfeindlichkeit: Warum der lokale Kontext einen Unterschied macht. In: W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 9, S. 61–81. Berlin: Suhrkamp.

Kraske, M. (2013). Tageszeitungen im ländlichen Raum. Ausdünnen, schrumpfen, zurückziehen: Gefahr für die Demokratie. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.

Kröhnert, S. Medicus, F. & Klingholz, R. (2006). Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Zick, A., Küpper, B. & Legge, S. (2009). Nichts sehen, nichts hören, nichts tun. Couragiertes Eintreten gegen Rechtsextremismus in Ost und West. In: W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 7, S. 168–189. Berlin: Suhrkamp.

Vortrag

Dr. Ansgar Klein

Bürgerschaftliches Engagement und innovative Kommunikationswege im ländlichen Raum am Beispiel des Projekts „Medien auf dem Land“

„Medien auf dem Land“ ist ein Modellprojekt des IBI – Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft. Es hat ein Medienkonzept für den ländlichen Raum entwickelt und im Amt Döbern-Land im Landkreis Spree-Neiße erprobt.

Der strukturschwache ländliche Raum als Herausforderung neuer Kooperationskulturen – zur Ausgangslage des Projekts

Die Auswirkungen des ökonomischen und des demografischen Wandels sind in vielen Städten, Dörfern und Regionen Ostdeutschlands gravierend. Überalterung, Arbeitslosigkeit, Mangel an Infrastruktur und alltäglichen Dienstleistungen sind die Folge. Angebote in Bereichen wie Bildung, Kultur oder Sport, ja selbst an Sicherheit (Freiwillige Feuerwehr, Katastrophenschutz) geraten unter massiven Druck und werden eingeschränkt. Abwanderung und schrumpfende Regionen sind die zum Teil dramatischen Folgen.

Zu den zentralen Ansatzpunkten für integrierte Maßnahmen der Kommunikations-, Engagement- und Partizipationsförderung zählen:

Bildung

Kommunale und regionale Bildungslandschaften sind für den Bildungserfolg von zentraler Bedeutung. Der Beitrag des Engagements für die Gewinnung wichtiger Kompetenzen, aber auch für die wachsenden Herausforderungen in Übergangssituationen (Schule – Beruf; Beruf – Familienzeiten, Beruf – Sabbaticals, Beruf – aktives Alter) wächst. Ebenso werden mit Unterstützung des Engagements (Lotsen, Paten, Mentoren) auch Bildungschancen für alle gewährleistet. Das BMBF-Projekt „Lernen vor Ort“ mit seinen zahlreichen mitwirkenden Stiftungen oder auch das VHW-Projekt zu lokalen Bildungslandschaften sind hier interessante Partner.

Öffentliche Daseinsvorsorge

Die Skala der öffentlichen Einrichtungen, die nur mit Hilfe des Engagements erhalten bleiben können, wächst: Sie reicht von Bibliotheken und Jugendklubs über Kultureinrichtungen bis zu Schwimmbädern. Wer sich engagiert, möchte auch zentral beteiligt sein bei maßgeblichen Entscheidungen. Innovative Lösungen sind hier besonders gefragt (siehe etwa Modellregionen des BMELV-Projektes „Landzukunft“).

Umwelt und Natur

Von der Erhaltung der biologischen Vielfalt und einer nachhaltigen Nutzung von Natur- und Kulturlandschaften reichen die Herausforderungen bis zu absehbaren Nutzungskonflikten von Fläche für erneuerbare Energie.

Bevölkerungsschutz

Ob Freiwillige Feuerwehr, THW oder etwa DLRG: Engagierte leisten in vielen Bereichen bereits wertvolle Beiträge zu Sicherheit und Gefahrenabwehr (siehe BMBF-Projekt INKA).

Mobilität

Ausgedünnte Angebote des ÖPNV führen zu selbstorganisierten Antworten (etwa: „Bürgerbusse“, sogar auch: Straßenbau). Der Aufwand für Mobilität erfordert neue Kommunikationswege und Medien.

Erwerbsarbeit und Engagement

Wo es keine hinreichenden Angebote an Erwerbsarbeit gibt, kann kreatives und innovatives Engagement einen Beitrag zur Generierung künftiger Erwerbsarbeit leisten. Kooperationen mit Social Entrepreneurs/Sozialunternehmen oder mit Genossenschaften könnten gute Beispiele erbringen. Interessante und bekannte Beispiele sind etwa die Dorfläden, aber das Spektrum reicht von Tourismus über Umweltschutz, Energie, Bildung, Kultur bis zu den Medien.



Neue Formen einer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik,

die auf Basis freiwilliger Beteiligung Tätigkeiten im gemeinnützigen Bereich als Orte des Kompetenzgewinns nutzt und mit guter Fortbildung für Bedarfe der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik fortentwickelt, könnten angestoßen oder verstärkt werden.

Das Corporate Volunteering (CV)

von Mitarbeiter/-innen von Unternehmen leistet nicht nur wichtige Beiträge zur Kompetenzgewinnung und Personalentwicklung, sondern auch für die Zivilgesellschaft oder für die Standortbildung. CV sollte daher systematisch als Projektbestandteil eingeplant werden.

Die skizzierten Herausforderungen können Land und Landkreise/Kommunen nur in neuen Kooperationskulturen bewältigen. Neben der Wirtschaft ist hier jedoch die Bedeutung der Zivilgesellschaft und ihrer Akteure noch immer nur unzureichend profiliert worden. Insbesondere in strukturschwachen Regionen kann bürgerschaftliches Engagement wichtige Impulse und Beiträge für notwendige, zukunftsorientierte Entwicklungen leisten.

Eine zentrale Voraussetzung für mehr bürgerschaftliche Teilhabe im ländlichen Raum liegt in der Verbesserung der Kommunikationssituation. Hier knüpft das Projekt „Medien auf dem Land“ an.

Erfahrungen des Projekts „Medien auf dem Land“ und die daran anknüpfenden Fragestellungen mit Blick auf nachhaltige Wirkungen

Nicht überraschend führt die Erstellung regionaler Lebensgeschichten zu hohen Zustimmung. Junge Autorinnen und Autoren interviewten unterschiedliche Menschen aus der Projektregion. Herausgekommen ist eine Sammlung von Porträts, die zur Wertschätzung der eigenen Heimat beiträgt: In der Projekt-Publikation „Geschichten aus dem Leben – Menschen in Döbern-Land“ wird der Reichtum regionaler Identität sichtbar gemacht und anerkannt.

Ostdeutsche Erfahrungen, etwa auch der „Stiftung demokratische Jugend“, mit erzählter und dokumentierter Geschichte bestätigen diese Dimension und ihre Bedeutung. Gerade auf verbesserte Kommunikation abzielende Projekte sollten daher immer die Bedeutung der regionalen Identität im Sinne eines durchaus modernen Gefühls von „Heimat“ für die Inhalte und Auswirkungen etwa von Bürgermedien berücksichtigen. Über die Schulen und Vereine bis zu Politik und Verwaltung können für die hier mögliche breite Themenpalette (Cremer/Klein 1990) Partner gewonnen werden.

Potenziale der am Projekt beteiligten Akteure mit Blick auf eine nachhaltige Entwicklungsperspektive

Schulen

sind gerade für die Grundlegung technischer, praktischer und rezeptiver Medienkompetenzen ein Ort von großer Bedeutung. Sie verfügen oft als einzige Einrichtung in einer Gemeinde über einen Gerätepark der modernen elektronischen Kommunikation, der für die Ausbildung von Medienkompetenz und damit für die Performanz von „Bürgermedien“ Bedeutung hat. „Medien auf dem Land“ versuchte unter der Überschrift „Medien in und für Schule“ eine Öffnung der Schule zu erreichen. Dies gelang zum Beispiel bei der Nutzung von Computerräumen für Seniorencomputerkurse oder Workshops zum journalistischen Schreiben.

Die Schulentwicklung beginnt erst damit, die Schule als einen zentralen Ort der Bürgergesellschaft zu erkennen. Die hier geführten neueren Fachdiskussionen einer für Engagement und Zivilgesellschaft strategisch geöffneten Institution Schule werden in dem eben erst in der BBE-Buchreihe erschienen Band „Schule der Bürgergesellschaft“ vorgestellt (Hartnuß/Hugenroth/Kegel 2013). Die Projekterfahrung von „Medien auf dem Land“ und anderen Projekten zeigt, dass v. a. mit Überforderungssignalen auf Anliegen der Unterstützung von Bürgermedien reagiert wird; sie macht deutlich, dass hier grundlegende Unterstützung durch Schulentwicklung, Lehrerfortbildung, Schulleitungen und das jeweils zuständige Bundesland erforderlich ist. Zentrale Partner wie auch Adressaten der Bemühungen sind Schülerzeitungen (Jugendpresse), Schul-Webseiten, aber auch Medienangebote von Vereinen und die lokalen Medienakteure, die für schulische Angebote kooperativ einbezogen werden können.

Volkshochschulen können, wie Evaluationen und Projektberichten zu entnehmen ist, mit der üblichen Ausstattung ihrer Angebote kein hinreichend attraktives Angebot beim Aufbau lokaler Bürgermedienkompetenzen gewährleisten. Hier wäre über verbesserte und intensivere Angebote nachzudenken. Als Partner kämen etwa Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung und das Land sowie Stiftungen in Frage. Systematisch einzubinden sind Jugendpresse, Bürgermedien (offene Kanäle, freie Radios) sowie die Anzeigenblätter.

Zu den Kerninhalten müssen die Nutzung der Social Media und die damit verbundenen Kenntnisse der elektronischen Kommunikation gehören (als Überblick s. Klein u. a. 2013).

Die Bedeutung der **Vereine** im strukturschwachen ländlichen Raum kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie stellen im Sinne des Soziologen Robert Putnam wesentliche Orte der Sozialkapitalbildung dar und bilden – zusammen mit der Freiwilligen Feuerwehr – den Kern des Assoziationswesens im ländlichen Raum. Die durch Strukturschwäche des ländlichen Raums entstehenden Erwartungen und Aufgaben für die Vereine erfordern eine systematische Fortbildung der Kompetenzen und eine Stärkung ihrer Arbeitsformate und -mittel.

So wäre für eine auf Bürgermedien setzende Perspektive von Bedeutung, dass Vereine elektronische Kommunikationsmittel nutzen und sich auch der Social Media bedienen können. Die Öffentlichkeitsarbeit der Vereine stellt einen wichtigen Bezug zum Aufgabenprofil von Bürgermedien im ländlichen Raum dar. Die Aktivitäten der Vereine in den Schulen sind zu stärken. Zu den gezielt einzubindenden Vereinen gehören neben dem Sport und der Freiwilligen Feuerwehr bestehende Jugend- und Senioren- sowie Umwelt- und Kulturvereine.

Hinzuweisen ist auf den Vorteil der Einbindung der bestehenden Verbands- und Dachverbandsstrukturen auf Landes- und ggf. Bundesebene.

Verwaltung und Politik

Die Stärkung regionaler politischer Diskurse, so hat das Projekt „Medien auf dem Land“ deutlich gemacht, begegnet häufig einem parteipolitisch motivierten Misstrauen. Das Projekt wollte mit einer Umfrage zur anstehenden Gemeindegebietsreform einen Beitrag zu einer transparenteren und verständlichen Diskussion leisten. Parteipolitische Interessen und persönliche Befindlichkeiten verhinderten jedoch eine breite öffentliche Auseinandersetzung. Dieser Befund ist sehr ernst zu nehmen und muss für eine nachhaltige Perspektive zu Konsequenzen führen: Leitbilder der „Bürgerkommune“ (Bogumil/Holtkamp 2002) sind für den ländlichen Raum und die Ebene der Landkreise zu übersetzen und anschaulich zu machen, d.h. hier steht die Frage im Vordergrund, wie Engagement und Partizipation mit einer deutlich vertieften Kultur und Praxis der lokalen wie regionalen Kooperation im Bereich der Daseinsfürsorge strukturell und prozedural verbunden werden können. Die Bürgermedien können hier eine wichtige Rolle einnehmen, indem sie die politischen Diskurse und die Anliegen und Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen ihrer Berichterstattung zusammenführen. Für die gewählten Mandatsträger sind Einführungen und Vertiefung von Leitbild und Praxis der Bürgerkommune konkret anschaulich zu machen. Hier liegt auch eine wichtige Aufgabe der politischen Bildung (Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung).

Für die Verwaltung gilt es, die Rolle der Bürgerinnen und Bürger als Auftraggeber wie als Ko-Produzenten von wichtigen Angeboten zu verstehen, zu akzeptieren und schließlich auch systematisch zu unterstützen. Hierfür sind gute Beispiele gelungener Kooperation besonders hilfreich und auch im Rahmen der Verwaltungsfortbildung wäre hier nachzufassen. Besonders bedeutsam wären Angebote auch in einer kommunalen Webseite. Konkret nehmen die Landkreise im ländlichen Raum eine zentrale Stellung ein – mit dem Deutschen Landkreistag und den jeweils einzubeziehenden Landräten sowie mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund wäre für eine nachhaltige Entwicklung der Austausch zu kontinuierieren.

Unternehmen

Der Diskurs über die Engagementförderung durch Unternehmen ist in vollem Gange. Er steht auch im Mittelpunkt des ersten Engagementberichts der Bundesregierung und wird seit 2011 etwa auch durch Thementage des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) zur Engagementförderung durch Unternehmen vertieft und anschaulich gemacht (siehe dazu etwa die Magazine „Engagement macht stark“ der BBE-Aktionswoche 2013: BBE 2013).

Die Förderung des Engagements der eigenen Mitarbeiter im Rahmen von Corporate Volunteering, die Entfaltung der standortbezogenen Unterstützung für Zivilgesellschaft und Engagement im Rahmen von „Corporate Citizenship“ und die Profilierung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen im Rahmen von „Corporate Social Responsibility“ bieten hier die Bezugspunkte.

Im ländlichen Raum wird man in der Regel mit kleinen und mittleren Unternehmen zu tun haben. Ansprachen können über die IHK-Struktur, aber auch über spezielle Mittlerorganisationen (UPJ mit seinem Runden Tisch für Unternehmen in Brandenburg, die Bertelsmann Stiftung mit dem „Unternehmen in der Region“ etc.) erfolgen.

Kooperationsmöglichkeiten und -chancen bestehen hier in der ganzen Breite der Themen – von der Versorgung mit Lebensmitteln („Dorfladen“, „Tafeln“) über die Verkehrsangebote (etwa „Bürgerbusse“) bis hin zum Engagement der Mitarbeiter/-innen in ausgewählten Projekten.

Medien

Gemeinsam mit der Lausitzer Rundschau (LR) hat das Projekt ein Bürgermedium realisiert: Leser für Leser aus Döbern-Land. Die LR stellte dabei die technische Infrastruktur und Platz im Lokalteil der Printausgabe zur Verfügung. Das Projekt vermittelte über ein breites Workshopangebot die Medienkompetenz und übernahm damit die Ausbildung der Leserreporter. Darüber hinaus wurde das Amtsblatt mit einbezogen, für das Inhalte zur Verfügung gestellt wurden. Neben diesen im Projekt relevanten Medien sind Anzeigenblätter, Jugendpresse und andere Bürgermedien in eine crossmediale Entwicklungsstrategie einzubeziehen; das gilt im Hintergrund auch für die Landesmedienanstalt und die Landesrundfunkanstalt. Ziel muss es sein, von einer Konkurrenz- zu einer Synergiesituation zu kommen, in deren Zentrum die Kooperation mit den Bürgermedien steht.

Infrastruktureinrichtungen der Engagement- und Partizipationsförderung

sind als Partner nachhaltig einzubinden. Hier ist eine Ansprache auf Landesebene dringend anzuraten und mit diesen Kontakten dann die lokale und regionale Ansprache zu realisieren. Einzubeziehen sind die Freiwilligenagenturen und -zentren, die Seniorenbüros, die Selbsthilfekontaktstellen, die Bürgerstiftungen sowie die Mehrgenerationenhäuser.

Die Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung müssen sich auch als Infrastruktureinrichtungen der Partizipationsförderung wie der Medienkompetenzen verstehen. Insgesamt sind sie als „zivilgesellschaftliche Entwicklungsagenturen“ anzusprechen (für einen Überblick: Wolf/Zimmer 2012).

Zu den zentralen Aufgaben, die hier nach Möglichkeit anzusiedeln wären, gehören:

- Vernetzung über die Sektoren hinaus (Politik und Verwaltung, KMU, Vereine, Verbände und Bürgerinitiativen, Medien und Wissenschaft) und über die zivilgesellschaftlichen Bereiche (Soziales, Sport, Kultur, Umwelt, Lokales etc.)
- Beratung
- Vermittlung von Möglichkeiten, sich zu engagieren
- Fortbildungsvermittlung
- Förderprogramm-Vermittlung (Bundes- und Landesprogramme, Europäische Fördermittel, Stiftungen)

Allerdings wären dazu derartige Einrichtungen zu stärken, ggf. auf Landkreisebene überhaupt erst aufzubauen.

Zusammenfassung

Die Entwicklung der Medien auf dem Land und die Stärkung von Bürgermedien gehören als integrale Bestandteile in die Ansätze der Engagement- und Partizipationsförderung. Diese müssen insgesamt für den (strukturschwachen) ländlichen Raum einen größeren Stellenwert einnehmen. Dabei geht es um die systematische Entwicklung einer Synergie- und Kooperationskultur/-praxis. Voraussetzungen dafür sind sektor- und bereichsübergreifende Netzwerke; als Knotenpunkte für die Koordination und Begleitung sind spezifische Infrastruktureinrichtungen der Engagement-, Partizipations- und Medienkompetenzförderung nachhaltig zu entwickeln. Die Förderkonzepte sollten systematisch die Ebenen des politischen Raumes und die bereichsspezifischen Förderansätze und -geber verbinden zu einer eigenen Förderstrategie für den strukturschwachen ländlichen Raum.

Literatur

BMBF: Professionelle Integration von freiwilligen Helfern in Krisenmanagement und Katastrophenschutz (INKA)

BMELV 2012: Modellvorhaben LandZukunft. Preisträger und Sonderprojekte, Berlin

BMFSFJ 2012 (Hg.): Für eine Kultur der Mitverantwortung – Erster Engagementbericht der Bundesregierung, Berlin: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=188026.html>

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) 2013: Engagement macht stark, Hefte 1/2013 und 2/2013, Berlin, BBE-Eigenverlag

Bogumil, Jörg/ Holtkamp, Lars 2002: Bürgerkommune konkret. Vom Leitbild zur Umsetzung. Ein Leitfaden für die kommunale Praxis. Erarbeitet für den Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und aktivierender Staat“ der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn: <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/01431.pdf>

Bosch Stiftung: Neulandgewinner – Zukunft erfinden vor Ort

Cremer, Will/Klein, Ansgar 1990: Heimat in der Moderne, in: dies. (Hg.): Heimat, Analysen, Themen, Perspektiven, 2 Bde., Bielefeld-Bonn: Westfalen-Verlag und Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 294 I/II), 33-55

Deutscher Bundestag: Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Entwicklung ländlicher Räume, zugeleitet durch das BMELV am 21. Januar 2012, Drucksache 17/8499

Hartnuß, Birger/ Hugenothe, Reinhild/ Kegel, Thomas (Hg.) 2013: Schule der Bürgergesellschaft. Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, Buchreihe des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement („Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis“, Bd. 2)

Klein, Ansgar/Kwiatkowski, Katrin/ Lüter, Albrecht/ Scholz, Sophie/ Rupprecht, Christoph 2013: Social Media: Motor einer neuen Bewegungs- und Partizipationskultur? (Editorial), in: FJSB, 26 (2013) 2, 3-11

Wolf, André Christian/ Zimmer, Annette 2012: Lokale Engagementförderung. Kritik und Perspektiven, Springer VS, Wiesbaden 2012

Vortrag

Dr. Martin Welker

Heimat und Kommunikation: Mit Bürgerzeitungen zu mehr Partizipation am Beispiel des Projekts „Die AUFmacher“

Einführung und theoretische Grundlage

Auch in Zeiten des digitalen Strukturwandels sind lokale Räume für das Zusammenleben der Menschen nach wie vor wichtig. Auch das Interesse an lokalen Nachrichten bleibt hoch, das bestätigen regelmäßig Umfragen unter Mediennutzern. In den folgenden Abschnitten geht es um die Analyse lokaler Räume, die in sogenannten strukturschwachen Regionen (vgl. auch Margarian/Küpper 2011) liegen: im Landkreis Ludwigslust in Mecklenburg-Vorpommern und im Vogtlandkreis in Sachsen. Hier wurden exemplarisch je vier Orte mit einem Multimethodendesign untersucht, um näheren Aufschluss über das kommunikative Geschehen am Ort zu erhalten. Solche Art von Kommunikationsraumanalysen (Haller/Mirbach 1995: 21) sind komplex und damit aufwändig und werden deshalb eher selten durchgeführt (zu früheren Forschungsarbeiten siehe Haller/Mirbach 1995: 19ff.).

Lokale Räume können als soziokulturelle Gebilde begriffen werden, in denen sich die Menschen zuhause fühlen und die sie als Heimat begreifen (Kretzschmar et al. 2009: 30). Räume als Verwaltungseinheiten haben hingegen eher eine technisch/politische Ausrichtung (ebd.). Auch Medien können einen lokalen Kommunikationsraum definieren, nämlich durch ihr jeweiliges Erscheinungsgebiet (ebd.). Alle Orte in diesem Einzugsgebiet können sich dann einem Kommunikationsraum zugehörig fühlen (vgl. auch Welker/Ernst 2012: 13).

Wir nahmen an, dass der Austausch von Bewohnern in einer Gemeinde und das Vorhandensein einer guten Lokalberichterstattung die soziale und emotionale Identifikation der Bürger mit ihrem Ort oder der Region reflexiv stärken (Kim/Ball-Rokeach 2006). Aus dem Empfinden der Zugehörigkeit heraus – nachfolgend als Heimatgefühl bezeichnet – erwächst ein Vertrauen der Bewohner gegenüber den Mitmenschen aber auch gegenüber den Institutionen (vgl. Hottner 2010: 94f.). Ein Klima der sozialen Kontrolle und des gegenseitigen Helfens entsteht, das sich wiederum positiv auf zivilgesellschaftliches oder politisches Engagement auswirkt.

In den USA wurde dieser (wechselseitige) Zusammenhang bestätigt: „When embedded in a neighborhood environment where key community storytellers encourage each other to talk about the neighborhood, individual residents are more likely to belong to their community, to have a strong sense of collective efficacy, and to participate in civic actions“ (Kim/Ball-Rokeach 2006: 179). Die Autoren berufen sich auf Erkenntnisse nach denen „(...) a connection to local

newspapers – rather than network TV and radiostations (...)“ auch ein Faktor für Heimatgefühl und politische Partizipation ist. Lokale (Tages-)Zeitungen spielen im Kommunikationsgefüge also eine besondere Rolle.



Methode

Die Ausführungen in den nächsten Abschnitten basieren auf der Erhebung empirischer Daten im Rahmen des Begleitforschungsprojekts „Die AUFmacher“ (vgl. Jugendpresse 2013): Untersucht wurden insgesamt acht Orte oder Teilorte, mit Einwohnerzahlen von 2.100 bis zu 20.000 Bürgern. Zum Start der Analyse im Herbst 2011 wurden für je vier Orte in jedem Landkreis Bürgerredaktionen mit Freiwilligen ins Leben gerufen, die unter professioneller Anleitung regelmäßig Zeitungen mit lokalen Inhalten produzierten, die dann in gedruckter Form an alle Haushalte am Ort verteilt wurden. In diesem quasi-experimentellen Setting wurden dann drei Untersuchungsschritte vorgenommen:

Zuerst wurden zwei Inhaltsanalysen für die jeweils etablierte Regionalzeitung des Landkreises für den Zeitraum von sechs Monaten im Jahr 2012 durchgeführt (N=980; N=1.460). Dadurch konnten die relevanten örtlichen Diskurse identifiziert werden. Anschließend wurden mit den Bürgern der acht untersuchten Gemeinden rund 40 Leitfadeninterviews zu lokaler Identifikation, Engagement und Mediennutzung (wie auch ihren Erwartungen an die lokalen Informationsmedien) geführt. Interviewt wurden Bürger aller Funktionen, Altersgruppen und beiderlei Geschlechts. Schließlich wurden in einer repräsentativen CATI-Befragung zum Ende des Pro-

jekts im Mai 2013 (N=702) die Heimatverbundenheit, das soziale Engagement und wiederum die Mediennutzung der Bewohner abgefragt.

Heimat

Die Bürger der (Teil-)Orte äußerten sich in den qualitativen Leitfadengesprächen ausführlich. Es wurde bewusst offen gefragt, etwa was die Menschen unter „Heimat“ verstehen. Die Überstülperung eines normativen Begriffsapparats sollte vermieden werden. Was im Zusammenhang mit dem Begriff „Heimat“ in den Gesprächen sowohl in Mecklenburg wie auch in Sachsen immer wieder genannt wurde, waren zwei Dimensionen von Heimat: die historisch-örtliche und die kommunikativ-soziale. Der Beruf, die Kollegen, der Verein und die Familie gehörten zu den am häufigsten genannten Gründen für die Bindung an den Ort. „Da, wo man viele Bekanntschaften hat.“ Andererseits wurde auch oftmals genannt: „Da, wo man geboren und aufgewachsen ist.“ Es ist also nicht nur eine Frage des örtlich-räumlichen¹ Hineingeborenwerdens, was als Heimat angesehen wird, sondern die Einordnung erfolgt auch über das soziale Umfeld. Das bestätigte die quantitative Befragung: Eine klare Mehrheit fühlte sich in der Gegend verwurzelt und die Menschen schätzten ihre sozialen Kontakte. „Heimat“ war bei den Interviewten überwiegend positiv besetzt und nicht negativ abgegrenzt (gegen etwas gerichtet). Dies mag der größte Unterschied zum Heimatbegriff der Rechtsextremen sein, der überwiegend angstbesetzt definiert ist.

Auffällig ist jedoch, dass mehrere der Interviewten trotz ihrer Verbundenheit zur Region darüber nachdenken oder in der Vergangenheit nachgedacht haben, aus ihrem Ort wegzuziehen. Dies hat vor allem wirtschaftliche Gründe. Dennoch: In beiden Landkreisen war die Verbundenheit mit dem Wohnort groß: Das zeigte auch die quantitative Befragung am Ende der Analyse: Rund dreiviertel aller Befragten gab an, sich stark bis sehr stark ihrem Ort verbunden zu fühlen.

Heimat allein (selbst wenn der Begriff positiv konnotiert ist) konstituiert aber noch keine demokratische Gesellschaft. Darauf hat der Psychoanalytiker und Stadtsoziologe Mitscherlich in seinem Buch „Die Unwirtlichkeit unserer Städte“ bereits in den 60er Jahren hingewiesen: „Wir müssen uns doch immer wieder in Erinnerung rufen, dass alle Gefühlsgestalten, wie eben Heimat (...), in höchstem Maße ambivalenter Natur sind“ (Mitscherlich 2008: 131). Es bedeute eben niemals nur eindeutig Positives, „sondern im besten Falle dessen Überwiegen“ (ebd.). Um „Heimat“ als „das Beengende, das Fesselnde, formlos Grobe, geheim Quälsüchtige“ (ebd.) zu überwinden, bedarf es offener Kommunikation, die am Ort hinzutreten muss.

1 Zum Gegensatz von Ort und Raum siehe Göschel 2013: 165.

Kommunikation

Kommunikation spielt gerade im Nahbereich nach unseren Erkenntnissen eine wichtige Rolle: Nicht nur als konstitutives Element für einen offenen Heimatbegriff der Bürger, sondern auch als beeinflussendes Element für Engagement und Partizipation, wie gleich ausgeführt wird. Wir differenzieren hier in persönliche und mediale Kommunikation. Persönliche, nicht medial vermittelte und direkte Kommunikation ist die klassische face-to-face Kommunikation, die interpersonale Kommunikation, also das Gespräch und der Austausch zwischen den Bürgern. Mediale Kommunikation hingegen ist überwiegend vermittelte Kommunikation, beispielsweise durch Lokalzeitungen oder auch durch lokale Rundfunkprogramme. Die Bürger gaben in den Leitfadengesprächen an, dass die interpersonale Kommunikation nach wie vor einen hohen Stellenwert einnehme und oft als gleichwertig informativ für ihr Leben betrachtet werde wie die mediale Kommunikation. Für die Menschen am Ort ist also beides wichtig: das Gespräch mit den Nachbarn, mit Freunden und Kollegen und die lokale Information über die Medien. Eine solche Kultur der Öffentlichkeit auf Basis affektiver Nahkontakte hat schon Mitscherlich mit Verweis auf Habermas angemahnt, in seinem Plädoyer für menschenfreundlichere Wohnorte (2008: 79). Doch schon 1965 war „die Berührung mit dem Nachbarn wie mit dem Staat (...) zur Berührung mit etwas weithin Fremden geworden; in Reaktion auf die unüberschaubare Größe der Institutionen hat sich ein ‚unpolitisches‘ Verhältnis von ‚anspruchsvoller Gleichgültigkeit‘ hergestellt“ (ebd.). Öffentlichkeit als demokratischer Marktplatz widerstreitender Ideen, als Medium rationaler Einsicht, gehöre wesentlich der Vergangenheit an, schrieb der Stadtsoziologe Mitte der 60er Jahre (2008: 79/80). Die damals diagnostizierten Defizite sind auch heute aktuell. Den örtlichen Marktplatz im übertragenen Sinne als Platz des Austausches (wieder) erlebbar zu machen, das hatten sich auch die in den beiden untersuchten Landkreisen etablierten Bürgerzeitungen zur Aufgabe gemacht.

Engagement und Partizipation

Die Verbundenheit der Bürger mit ihrem Ort ist mit dem jeweiligen Engagement in öffentlichen Einrichtungen und Vereinen korreliert. Engagement wird hier definiert als das Ausmaß an Tätigkeiten, die Menschen freiwillig im Sinne des Allgemeinwohls für andere Menschen (über ihren Freundes- und Familienkreis hinaus) wahrnehmen, wobei diese Tätigkeiten – abgesehen von einer Aufwandsentschädigung – ohne Vergütung erbracht werden (Zukunftskommission Gesellschaft 2000: 136). Mindestens jeder Dritte engagiert sich in irgendeiner Art und Weise in den jeweiligen Landkreisen. In Sachsen als auch Mecklenburg-Vorpommern steht der Sportverein an erster Stelle. Ein solches Engagement fördert wiederum die Kommunikation der Bürger untereinander.

Partizipation kann wie folgt definiert werden: Freie und gleichberechtigte Personen sollen „das Recht und die Zugänge haben, das Gemeinwesen aktiv mitzugestalten, indem sie an öffentlichen Diskussionsprozessen und Entscheidungen in Politik, Staat und Gesellschaft und deren Institutionen (...) mitwirken“ (Moser 2010: 73). Partizipation, also Teilhabe, kann begrifflich

von Ehrenamt, bürgerschaftlichem Engagement, Empowerment und verschiedenen Peer-Formen abgegrenzt werden.

Partizipation kann in politische und mediale Partizipation differenziert werden (vgl. Welker 2013: 1-2). In der Literatur wird auch oftmals von konventioneller und unkonventioneller Partizipation gesprochen (Kaun 2012: 94).² Wie aber hängen Heimatverbundenheit und Teilhabe miteinander zusammen?

Die Verbundenheit zum Wohnort und die Wahlbeteiligung korrelieren bei den Befragten im Landkreis Ludwigslust-Parchim stark und im Vogtlandkreis mittel bis stark. Demnach gehen vor allem jene Personen zur Wahl, die sich stark bis sehr stark mit ihrem jetzigen Wohnort verbunden fühlen. Personen, bei denen die Heimatverbundenheit weniger stark ausgeprägt ist, hadern auch eher mit dem Gang zur Wahlurne. Für beide Untersuchungsgebiete sind die Werte signifikant. Diese Ergebnisse unterstreichen die klare Verbindung zwischen Heimatverbundenheit und Wahlbeteiligung, wobei das hier verwendete Instrument (Cramérs V) lediglich die Stärke des Zusammenhangs anzeigt, aber nicht dessen Richtung.

Teilhabe über Medien

Lokale Medien lassen den Bürger idealerweise über ihre Berichterstattung am politischen Prozess teilhaben und bieten darüber hinaus aktive Teilhabe an, indem sie den Bürger als Akteur in die Berichterstattung integrieren oder den Bürger als Berichterstatter zulassen (Welker 2013: 15). Medien sind demnach ein wichtiger Faktor im kommunalen Geschehen (Kaun 2012: 93).

Unsere Inhaltsanalyse der in den beiden untersuchten Landkreisen erscheinenden Regionalzeitungen deckte einige Funktionsdefizite auf: So konnte u. a. ein Mangel an Vielfalt und Themen festgestellt werden, aber auch ein Ausblenden der Bürger als Akteure im kommunalen Geschehen. Andererseits wurden die in den Regionalzeitungen identifizierten Diskurse (Diskussion um Schulschließungen etc.) von den befragten Bürgern nur zum Teil wahrgenommen. Wir konnten demnach ein doppeltes Defizit in der lokalen Kommunikation feststellen: Bürger tauchen zu selten als Akteure in der Berichterstattung auf und fühlen sich deshalb vernachlässigt, andererseits nehmen die Bewohner viele von der Regionalzeitung thematisierten Themen und Diskurse gar nicht (mehr) wahr.

Dennoch (oder gerade deshalb) formulieren die Bürger klare Erwartungen: Sie erwarten von einer lokalen Berichterstattung: verständliche Informationen zu politischen Themen, Einordnung und Orientierung in Bezug auf ihr Leben und die Gesellschaft in der sie leben – fühlen sich aber dahingehend häufig von den regionalen Medien enttäuscht. Bürger möchten in den lokalen Medien vertreten sein – entweder als Repräsentanten ihrer Anliegen, indem sie sich zu

2 Unterschiedliche partizipative Verfahren vergleichen Nanz und Fritzsche (2012: 84) in ihrem Handbuch. Zur Verbindung von Alltagskultur und Partizipation siehe Haller et al. 1995.

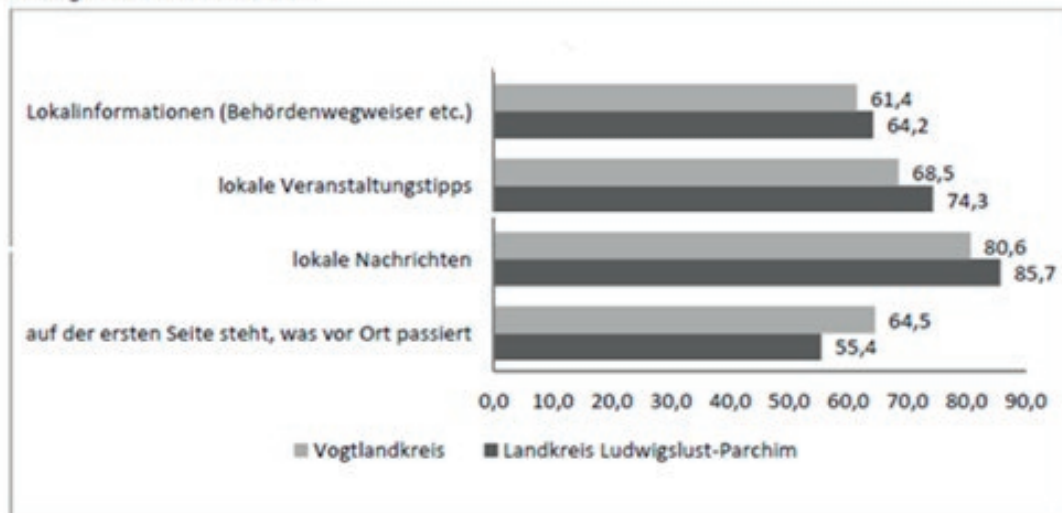
Wort melden können, oder als Akteure, die in den Texten als Handelnde auftreten. Es gibt allerdings auch partizipationsmüde Bürger, die indirekt die Politik für ihre unverändert schlechte Lebenssituation verantwortlich machen und sich trotz eigener Aktivität in der Vergangenheit nichts geändert hat.

In dieses Defizit stießen nun die Bürgerzeitungen, die in beiden Landkreisen ins Leben gerufen wurden. Wir fragten nach den inhaltlichen Erwartungen an ein solches Angebot:

Abbildung 1

Was sollte in einer Bürgerzeitung enthalten sein? Ausgewählte Antworten;
Angaben in Prozent

Mehrfachantwort möglich, Angaben in Prozent bezogen auf Fälle, Vogtlandkreis: N=324; Landkreis Ludwigslust-Parchim: N=307



Quelle: eigene Darstellung, Ergebnisse aus quantitativer Befragung (2013)

Allerdings wurde im Laufe des Projekts ein weiteres Defizit sichtbar: Häufig mangelt es den Bürgern an Medienkompetenz. Die Bürger, mit denen wir in ihrer Rolle als Mediennutzer Leitfadengespräche führten, machten bis auf eine Ausnahme keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Printangeboten, also zwischen journalistischen und nicht-journalistischen Blättern. Ihnen ging es v. a. um den Nutzwert durch die Annoncen und die Veranstaltungshinweise, die sich in allen Blättern finden und die sie als besonders relevant erachten. Sie stufen die verschiedenen Printangebote wie Regionalzeitungen, Anzeigen- und Amtsblätter als inhaltlich ähnlich ein. Die kostenlosen Anzeigenblätter, die mehrmals in der Woche in den Stadtteilen verteilt werden, stoßen bei den Interviewten auf große Resonanz und werden als sehr nützlich eingeschätzt. Eine Differenzierung zwischen den Gratisblättern und der Regionalpresse wird leider nicht vorgenommen.

Funktionen einer lokalen Bürgerzeitung

Welche Funktionen nimmt nun eine Bürgerzeitung in den wechselseitigen Abhängigkeiten von Heimat, Kommunikation, Engagement und Partizipation ein? Wir nähern uns dieser Frage mit Hilfe von Funktionen der beiden in den untersuchten Landkreisen etablierten Bürgerzeitungen, dem „AUFmacher“ und der „Lupe“. Die Befunde wurden aus den Äußerungen der per Leitfaden interviewten Bürgerredakteure extrahiert. Demnach zeigt sich, dass eine Bürgerzeitung sowohl persönliche als auch mediale Kommunikation bei den Beteiligten fördert. Dieser Effekt wirkt sich reflexiv auf die Wahrnehmung von Heimat, auf das eigene Engagement und letztlich wiederum auf die Partizipation aus.

Funktion (von Bürgern in Leitfadengesprächen genannt)	Dimension
Raum für Gemeinschaftserfahrungen	Heimat
Anlaufpunkt für Begegnungen und Austausch	Heimat, persönliche Kommunikation
Alternatives Freizeitangebot	Heimat, persönliche Kommunikation
Mittel zur Verbesserung des eigenen Lebensumfelds und zur Förderung der eigenen Integration	persönliche Kommunikation, Engagement
Raum für persönliche Weiterentwicklung wie die Möglichkeit, journalistisches und computertechnisches Know-How zu lernen	persönliche Kommunikation, Engagement
Instrument zur Herstellung von Öffentlichkeit	öffentliche Kommunikation, Partizipation
Plattform, um sich auf niedrigschwelligem Niveau einzumischen	Engagement, Partizipation

Quelle: eig. Darstellung

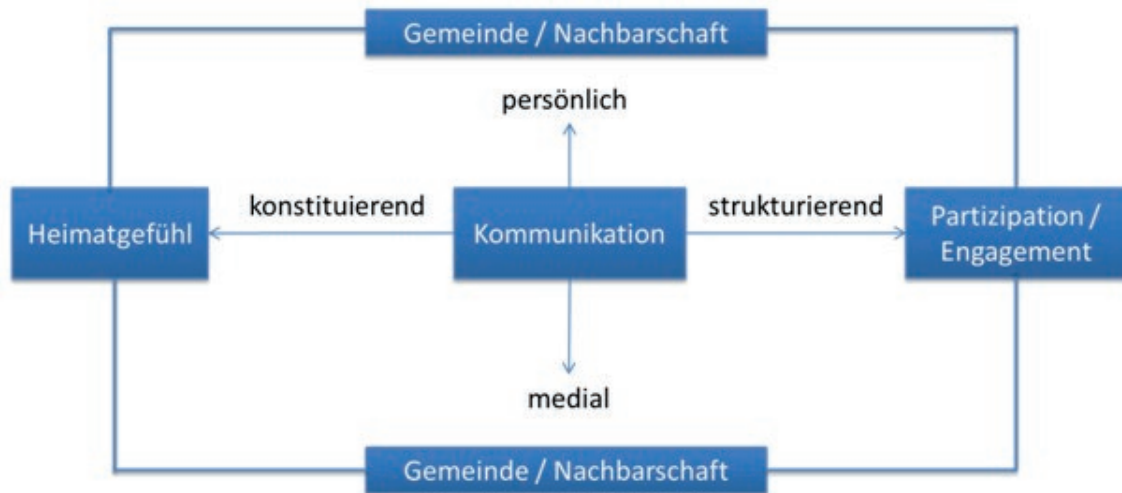
Insgesamt fiel in beiden Untersuchungsgebieten auf, dass die Bürgerredakteure das Gefühl hatten, mit dem alternativen Medienangebot tatsächlich eine Lücke in der kommunikativen Landschaft zu füllen. Sie begriffen die Bürgerzeitungen als Möglichkeit, um Themen, die ihnen unter den Nägeln brennen, öffentlich zu machen und damit zur Lösung des jeweiligen Problems beizutragen. Sie wollten Probleme in ihrer Region aufdecken, Fakten veröffentlichen und auch über die Hintergründe eines Themas aufklären.

Als Quintessenz dieser Überlegungen wollen wir nun noch ein heuristisches Modell anbieten, das die diskutierten Beziehungen in einer Ansicht zusammenfasst. Diese Heuristik – hier als lokaler Kommunikationszirkel bezeichnet – zeigt die relevanten Faktoren freilich ohne bereits alle Teilstudien vollständig ausgewertet zu haben und deshalb ohne die Beziehungen zwischen den Faktoren abschließend quantifizieren zu können.

Kommunikation – persönliche wie mediale – steht deshalb im Zentrum des Modells, weil sie sowohl für das Heimatgefühl als auch für soziale Teilhabe eine wichtige Funktion erfüllt. Einerseits konstituiert sie Heimatgefühl, andererseits strukturiert sie Partizipation – wiederum in beiden Varianten.

Abbildung 2

Heuristik: Lokaler Kommunikationszirkel



Quelle: eig. Darstellung

Fazit

Heimat, Kommunikation, Engagement und Partizipation sind miteinander verzahnt. Wir haben die Begriffe definiert und anschließend einige der Beziehungen anhand von Projektergebnissen offen gelegt. Kommunikation spielt in allen Fällen eine zentrale Rolle: Nicht nur als konstitutives Element im Heimatbegriff der Bürger (persönliche Kommunikation), sondern auch als strukturelles Element für Partizipation (mediale Kommunikation). Wir können also festhalten: Bürgerzeitungen sind wichtige Katalysatoren sowohl für persönliche als auch für mediale Kommunikation. Sie regen Engagement und bürgerliche Teilhabe an, letztlich auch bei denen, die nicht direkt in den Bürgerredaktionen mitarbeiteten.

Literatur

Göschel, A. (2013): „Stuttgart 21“: Ein postmoderner Kulturkonflikt. In: Brettschneider, F.; W. Schuster (Hrsg.): Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz. Wiesbaden: Springer VS, S. 149-172.

Haller, M.; F. Davatz; M. Peters (1995): Massenmedien, Alltagskultur und Partizipation. Basel und F. a. M.: Helbing & Lichtenhahn.

Haller, M.; T. Mirbach (1995): Medienvielfalt und kommunale Öffentlichkeit. München: Minerva.

Hottner, F. (2010). Mediennutzung im sozialen Kontext. Theoretische Grundlegung und empirische Überprüfungen eines Mehrebenenmodells der Nutzungsforschung. Nomos: Baden-Baden.

Jugendpresse (Hrsg.) (2013): AUFgemacht! Bürger berichten, was vor Ort bewegt. Projektdokumentation, Berlin.

Kaun, A. (2012): Civic Experiences and Public Connection. Media and Young People in Estonia. Örebro Studies in Media and Communication 14, Södertörn Doctoral Diss. 67, Huddinge.

Kim, Y.-C.; S. J. Ball-Rokeach (2006): Community Storytelling Network, Neighborhood Context, and Civic Engagement: A Multilevel Approach. In: Human Communication Research, 32, 411-439.

Kretzschmar, S.; W. Möhring; L. Timmermann (2009): Lokaljournalismus.

Margarian, A.; P. Küpper (2011): Identifizierung peripherer Regionen mit strukturellen und wirtschaftlichen Problemen in Deutschland. Online: http://www.land-zukunft.de/fileadmin/SITE_MASTER/content/Dokumente/Downloads/BueLHeft2-2011-Bd89_3.pdf [11.10.2013].

Mitscherlich, A. (2008)[1965]: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Moser, Sonja (2010): Beteiligt sein. Partizipation aus der Sicht von Jugendlichen. Wiesbaden: VS Verlag.

Nanz, P.; Fritsche, M. (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Welker, M.; D. Ernst (2012): Lokales. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Welker, M. (2013): Inklusions- und Partizipationsleistungen im Journalismus: theoretische Grundlinien und Heuristik aktueller Erscheinungsformen. In: kommunikation@gesellschaft, (OA-Journal), online: <http://nbnresolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-327804> [30.06.2013].

Zukunftskommission Gesellschaft 2000 der Landesregierung Baden-Württemberg (Hrsg.) (1999): Solidarität und Selbstverantwortung. Stuttgart.

Vortrag

Prof. Dr. Beate Küpper

Couragiertes Eintreten gegen Rechtsextremismus am Beispiel des Projekts „Region in Aktion“

Das Projekt wurde von der Amadeu Antonio Stiftung (Projektleiterin: Swantje Tobiasen) in Zusammenarbeit mit The Working Party/schloss bröllin e.V. (künstlicher Leiter: Benno Plassmann) gemeinsam mit lokalen Kooperationspartnerinnen und -partnern, Initiativen und Vereinen und vielen ehrenamtlich arbeitenden Menschen durchgeführt. Über zwei Jahre lang wurden Aktionen in einer Reihe von Gemeinden in Brandenburg (BB) und Mecklenburg-Vorpommern (MV) durchgeführt, um mit den Mitteln der kulturellen Bildung und darstellenden Kunst die Vernetzung und Kommunikation der dort lebenden Menschen zu fördern. Finanziell gefördert wurde das Projekt durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms Zusammenhalt durch Teilhabe. Informationen zum Projekt finden sich unter: <http://www.laendlicher-raum.info/>

Der folgende Kommentar betrachtet die Umsetzung, die erwünschte Wirkung und die ggf. auch möglichen unerwünschten Nebeneffekte aus einer sozialpsychologischen Perspektive und vor dem Hintergrund empirischer Befunde insbesondere aus dem Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF). Das GMF-Langzeitprojekt, durchgeführt am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, hat über 10 Jahre hinweg von 2002-2011 Einstellungen zu politischen und gesellschaftlichen Themen und die Abwertung von schwachen Gruppen erfasst. Diese zeigen sich u.a. in Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und der Abwertung von Muslimen sowie von homosexuellen, behinderten, obdachlosen und langzeitarbeitslosen Menschen. Grundlage sind jährliche, repräsentative Bevölkerungsumfragen mit jeweils 2.000 Befragten. Im gesamten Zeitraum wurden rund 2.200 Personen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern befragt. Nähere Informationen zum GMF-Projekt finden sich unter: www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF/.

Die Region: Weite oder Leere

Weite, freier Blick, Idylle – eine bezaubernde Landschaft – das ist der Eindruck einer „Ortsfremden“, sieht man den ländlichen Raum Vorpommerns. Ganz anders ist der Blick von vielen, die hier leben und auch die Statistiken beleuchten eine weniger idyllische Seite – die geringe Bevölkerungsdichte (in MV leben 70, in BB 85, zum Vergleich NRW 523 Personen/m²) bei hoher Abwanderung in den vergangenen Jahren insbesondere von jüngeren, besser gebildeten Bevölkerungsschichten, die in vielen (aber nicht allen Orten) hohe Arbeitslosigkeit (MV rund

10%, BB rund 11%), begleitet von dem verbreiteten Gefühl der Deprivation. So bewerten die Menschen in MV und BB (wie auch in den anderen ostdeutschen Bundesländern) ihre eigene finanzielle Situation und die wirtschaftliche Lage in ihrer Gegend im Vergleich zum übrigen Deutschland schlechter, und meinen eher, weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten, als Befragte aus dem Westen dies tun, wie die Ergebnisse aus dem GMF-Survey belegen.

Diese Stimmungen aufgreifend, konnte die NPD vielfach erschreckende Wahlerfolge erzielen und ist in etlichen Kommunalparlamenten und im Landtag von MV vertreten, rechtsextreme Gruppierungen und Kameradschaften machen das Land unsicher. Der politische Erfolg der Rechten spiegelt sich auch in den Einstellungen der breiten Bevölkerung wider. Während im übrigen Deutschland im Durchschnitt 9% die NPD für eine „Partei wie jede andere“ halten, tun dies in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern 15% der Befragten. Dort, wo die NPD bei den Wahlen über die 5%-Hürde kam, ist zudem Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit besonders verbreitet (GMF-Survey 2008). So stimmten, gemittelt über die letzten 5 Jahre, 55% der Befragten in Brandenburg und sogar 59% der Befragten in Mecklenburg-Vorpommern der Aussage zu „in Deutschland leben zu viele Ausländer“ (GMF-Survey 2011). De facto liegt die Ausländerquote in den beiden Bundesländern unter 3% und in vielen ländlichen Gemeinden noch weit darunter (s. Zahlen des Statistischen Bundesamts). Doch gerade dort, wo die Ausländerquote niedrig ist und entsprechend wenige Kontaktmöglichkeiten zu „Fremden“ bestehen, ist die Fremdenfeindlichkeit besonders ausgeprägt, wie das GMF-Projekt nachweisen kann (Wolf, Wagner & Christ, 2005). Vielen Befragten scheint es dabei nicht bewusst zu sein, dass sie damit selbst zumindest in Versatzstücken rechtsextreme Einstellungen vertreten. Denn zugleich finden 95% der Befragten in diesen beiden Bundesländern „es bedrohlich, wenn der Rechtsextremismus zunimmt“ und 90% sind der Ansicht, „Gegen den Rechtsextremismus muss man dringend etwas unternehmen“ (GMF-Survey 2008; Zick, Küpper & Hüpping, 2009).

Hier wird die Weite zu einer Leere im negativen Sinn, ausgestorben, versandet, zerstreut, abgehängt, deprimiert – und undemokratisch.

Die Herausforderung: Sich-Finden

Die Herausforderung von Projekten, die diese Region in Aktion setzen wollen, ist es, aus der Leere wieder eine Weite zu machen, die trotz der Entfernungen Menschen verbindet, Perspektiven ermöglicht und Freiräume bietet. Die Kunst ist es, sich hier zu finden, geographisch und mental.

Dieses Sich-Finden ist eine Herausforderung im doppelten Sinne, die das Projekt „Region in Aktion“ angeht. Zum einen geht es um ein Sich-selbst-finden in einer demokratischen Identität, also einer Neudefinition der Region und damit ein Stück weit auch der regionalen Identität

eines jeden und einer jeden, die hier lebt. Viele Menschen haben es satt – das haben die Befragungen, die im Rahmen des Projekts gemacht wurden, gezeigt –, dass diese Region ein Nazi-Image hat und sie selbst davon einen Teil abbekommen. Hier kann das Projekt ansetzen. Es geht dabei zugleich um das Zueinanderfinden von Menschen, die verstreut leben und wenig miteinander zu tun haben, die sich vielleicht sogar ablehnen und einteilen in jene mit und jene ohne Arbeit, jene mit mehr und jene mit weniger finanziellen Möglichkeiten auf der einen, zeitlichen Möglichkeiten auf der anderen Seite.

Bislang haben Rechtsextreme die Leere genutzt und mit ihrem Angebot gefüllt, und zwar Angeboten für Identität, für Freizeit, für Gemeinsamkeit. Es geht also auch um eine Zurückeroberung und Neuentwicklung des Raumes für eine demokratische Kultur.

Das Projekt „Region in Aktion – Kommunikation im ländlichen Raum“ versucht dies mit demokratischer Kultur. Mit und in den durchgeführten und gestarteten Aktionen wird dabei also bereits in der Umsetzung erfahren und gelebt, was als Projektziel geschaffen werden soll. Damit ist das Projekt während der Umsetzung beispielhaft schon da, wo es hin will.



Der Ansatz: Kommunikation ermöglichen und vernetzen

Erklärtes Ziel des Projekts war und ist es, die Region über Kommunikation in Aktion zu setzen, d. h. Orte für Kommunikation zu schaffen, um die Bürgerschaft zu stärken. Angesetzt wurde dabei an dem, was bereits an Bestehendem da ist, an vorhandenen Strukturen, Initiativen und Themen, um die herum Menschen bereits jetzt in Ansätzen zueinanderfinden, und dies mit neuen Ideen und Unterstützung zu stärken. Das Projekt hat begonnen, die Räume (wieder) zu besetzen, neu zu erobern, mit demokratischer Kultur zu füllen und bereits vorhandenes bürgerschaftliches Miteinander sichtbar und bekannt zu machen. Es setzt dies um durch Vernetzung von Menschen, Initiativen, regional über Dörfer und über die Landesgrenze hinweg.

Ein bunter Strauß an Initiativen wurde gestartet, wobei, und das ist das Wichtige, sich Menschen aus verschiedenen Altersgruppen, mit Menschen mit und ohne Behinderung, mit und ohne Arbeit usw. rund um ein Thema getroffen und gemischt haben:

- der Karneval der Demokratie in Pasewalk initiiert vom Aktionsbündnis Vorpommern
- die Aktion Held-in-Dorf, in der Menschen für ihre Zivilcourage und ihr Engagement für das Gemeinwohl als Held oder Heldin gefeiert wurden
- die Nachbarschaftsbesuche von Dorf zu Dorf auf einer Bustour, die die eigene Region mit neuen Augen oder überhaupt erst einmal sehen lässt
- das Reisetagebuch, das von dieser Reise für die Leute vor Ort berichtet
- ein Festessen mit Produkten aus der Region, gespendet von Gärtner/innen der Region
- ein Skaterpark
- die Zossener Aktion „denkmal_weg“, bei dem die Kinder mitgemacht haben, weil es eben auch „Spaß macht“ sich mit der eigenen Geschichte auseinander zu setzen.

Die Vielfalt der Aktionen und der Menschen, die daran teilgenommen oder dies auch nur mitbekommen haben, das hier was läuft, ist für sich bereits gelebte demokratische Kultur und ermöglicht, dass Vielfalt überhaupt erst wahrgenommen und positiv erlebt wird – z. B. in der Zusammenarbeit von Menschen mit und ohne Behinderung, den Alteingesessenen und den später Dazugezogenen z. B. von Schloss Bröllin.

Aus der Forschung über den Zusammenhang von Einstellung und Verhalten ist bekannt, dass Einstellungen dann mit größerer Wahrscheinlichkeit in Verhalten umgesetzt werden, wenn die sozialen Normen die Einstellungen stützen, wenn wichtige Bezugspersonen die eigenen Einstellungen tatsächlich oder vermeintlich ebenfalls teilen und wenn es Gelegenheiten zum Handeln gibt (Fishbein & Ajzen, 1974). Übertragen auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bedeutet dies, dass Vorurteile eher dann in Diskriminierung oder sogar Gewalt gegenüber schwachen Gruppen umgesetzt werden, wenn soziale Normen von Toleranz und gegen

Ausgrenzung nicht eindeutig und klar benannt und durchgesetzt werden. Beispielhaft sind hierfür die vielen kleinen Alltagsbeleidigungen oder vermeintlich witzige Sprüche, die gegenüber Menschen aus Minderheitengruppen gemacht werden und die unwidersprochen bleiben oder schlimmer noch, die mit einem Nicken oder Lachen begleitet werden. Wenn Jugendliche oder auch Erwachsene dann den Eindruck gewinnen, wichtige Menschen in ihrer Nähe teilten ihre vielleicht zunächst nur vagen Vorurteile, wächst nicht nur die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihre eigenen Einstellungen anpassen, sondern zudem, dass sie diese in diskriminierende, abwertende oder sogar gewalttätige Handlung überführen. Gefährlich wird es, wenn Gelegenheiten dazu kommen. Dies ist z. B. der Fall, wenn Vertreter/innen von Institutionen wie Schule oder Polizei, aber auch die Öffentlichkeit allgemein bei Pöbeleien oder Gewalt gegenüber als links eingestuften Jugendlichen, obdachlosen, behinderten oder homosexuellen Menschen oder jenen, die als irgendwie „fremd“ wahrgenommen werden, nicht einschreiten und diese als menschenfeindlich erkennt oder erkennen will, sondern diese als zufällige „Einzelfälle“ oder gar „normale Prügelei unter Jugendlichen“ klassifizieren.

Der Ansatz der Einbindung ganz unterschiedlicher Akteure und Mitmachenden aus ganz unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen macht vor dem Hintergrund dieser Überlegungen zum Zusammenhang von Einstellung und Verhalten Sinn. Hier werden eben nicht nur, wie in vielen Projekten üblich, Jugendliche in den Blick genommen, sondern auch jene, die Normen setzen und als wichtige Bezugspersonen wie auch als mehr oder weniger einflussreiche Entscheidungsträger über Gelegenheiten mit ins Spiel kommen.

Mögliche erwünschte und unerwünschte Wirkungen des Projekts und Aufgaben für die Zukunft

Über die geschaffene Kommunikation kann eine ganze Reihe von Prozessen in Gang gesetzt werden. Die sich zum Teil „lawinenartig“ fortsetzenden Initiativen wie etwa des Aktionsbündnisses Vorpommern sind ein Indiz dafür, dass dieser Prozess tatsächlich weiterläuft.

Vorbilder aus den eigenen Reihen, Selbstvergewisserung und (sich selbst) wertschätzen

Wir sind da, wir können was, wir machen was, das, was wir tun, ist gut – diese Form der Selbstvergewisserung, des Selbstvertrauens und des Selbstbewusstseins ist das, was das Projekt in vielen Initiativen angesprochen und entwickelt hat. Und: Was die können, können wir vielleicht auch, Inspiration und Mut, dass es klappt.

Beispiel hierfür ist die Aktion Held-in-Dorf. Gelungen ist dabei, den möglichen unerwünschten Nebenwirkungen einer zu starren Selbstgewissheit, die sich anderen gegenüber ablehnend, ignorant oder überlegen zeigt, vorzubeugen. Hier standen im Zentrum: die Betonung

der eigenen Wertschätzung und die Anerkennung anderer für ihr demokratisches Tun. Die Forschung birgt viele Hinweise, dass gegenseitige Anerkennung der Grundstock für eine demokratische Kultur ist, und der gegenseitige Abwertung, wie sie sich in Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit äußert, entgegensteht.

Bei all dem wird von offizieller Seite gern die Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit hervorgehoben. Ohne freiwillige, ehrenamtliche Tätigkeiten für Andere und das Gemeinwohl funktioniert keine Gemeinschaft. Allerdings zeigt sich Wertschätzung von guter Arbeit nicht nur, aber eben auch in deren Bezahlung und es bedarf neben ehrenamtlicher Arbeit auch fester, bezahlter Tätigkeit, die Strukturen aufbaut und aufrechterhält. Auch wenn insofern Vorsicht geboten ist, blockiert doch eine externe Belohnung die intrinsische Motivation, wie viele Studien zeigen, geht einiges nicht ohne bezahlte, auf Dauer gestellte Stellen. Es gilt, Strukturen mit und ohne Entlohnung aufzubauen.

Ideen austauschen und gemeinsame (weiter)entwickeln

An Bestehendes und Funktionierendes anknüpfen, gucken, was läuft schon, was geht, dieses stärken – so ist das Projekt vorgegangen. Die Projektmacher betonen, dass hierbei das Wichtige war, dass hier nicht von „Außen“, sondern von „Halbaußen“ neue Ideen und Anregungen einbracht wurden. So konnte das Misstrauen, was vielen anderen Plänen für die Regionen, die als „aus der Ferne vorgegeben und aufgedrückt“ wahrgenommen werden, aufgefangen werden. Aus Forschung zu Diversity ist bekannt, dass, wenn wir immer nur mit den immer Gleichen zusammenhocken, wenig Innovatives dabei herauskommt (van Knippenberg & Schippers, 2007). Die Zusammenarbeit von Alteingesessenen, die Bewährtes und Fundamente einbringen konnten, und Leuten, die irgendwann einmal von „Außen“ dazugekommen sind, aber jetzt auch schon seit 20 Jahre in der Region sind, scheint hier gelungen. Die Ergebnisse des GMF-Projekts zeigen zugleich, dass in Deutschland der Mythos einer homogenen Volksgemeinschaft im Vergleich zu den europäischen Nachbarländern besonders verbreitet ist. Während einerseits ein mangelnder Zusammenhalt der Deutschen von vielen beklagt wird, ist dieser Zusammenhalt jedoch keineswegs in Vielfalt gedacht, im Gegenteil. 46% der Befragten im GMF-Survey 2011 beklagen einen mangelnden Zusammenhalt und empfinden zugleich kulturelle Vielfalt als bedrohlich. Diese 46% vertreten menschenfeindliche Einstellungen in besonders hohem Ausmaß.

Aufgabe für Folgeprojekte wird sein, sich vor Misstrauen gegenüber dem, was von außen kommt und als aufgedrückt wahrgenommen wird, zu hüten. Hier empfiehlt sich das Vorgehen, wie es das Projekt gewählt hat: Eine Mischung von Alteingesessenen und halben Neuankömmlingen, selbst entwickelten Projekten, die eine hohe und gemeinsame Identifikation mit dem Geschaffenen ermöglichen. Dass dies gelungen ist, zeigt sich in der Weiterentwicklung und weiteren Streuung der Initiativen und Aktionen.

Demokratische Identität aufbauen

Eine mögliche Wirkung des Projekts ist der Aufbau einer neuen regionalen Identität. Eine ausgeprägte soziale Identität innerhalb einer Gruppe oder einer Region ist jedoch eine zweischneidige Sache. Sie dient dem Zusammenhalt derjenigen, die als dazugehörig wahrgenommen werden, richtet sich aber allzu leicht gegen jene, die nicht dazugehören, die Abwertung und Ausgrenzung dieser Anderen ist die Folge (zur Übersicht über die Theorie der Sozialen Identität s. Zick, 2002). Die Forschung zur nationalen und regionalen Identität verweist darauf, dass „Stolz auf die eigene Region“ problematisch ist, sie wird häufig mit Fremdenfeindlichkeit verknüpft. Anders ist es, wenn es jemand sagt, er fühle sich wohl in seiner Region und lebe hier gern. Dies schließt andere mit ein.

Aufgabe des Projekts und möglicher Folgeprojekte ist es daher, eine gemeinsame, einschließende Identität in einer Region zu entwickeln, also ein „Wir-Gefühl“, das alle einschließt.

Bürgercourage üben

Die Aktionen im Rahmen des Projekts fordern auch die Courage der Teilnehmenden. In einem Kontext, in dem Neonazis eine reale Bedrohung sind und bedrohen, ist das Mitmachen, das Farbe bekennen zu demokratischer Kultur leider durchaus nicht ungefährlich. Bereits offen für die Aktionen zu werben, erfordert Mut, wie ihn eine Ladenbesitzerin gezeigt hat, die einen großen Flyer zum Projekt „denkmal_weg“ in Zossen ausgehängt hat. Die Beteiligung an den Aktionen macht deutlich, dass sich in der Region viele eben nicht nur passiv gegen Rechts-Extremismus aussprechen, sondern auch aktiv bereit sind zu handeln. Das Aktionsbündnis Vorpommern ist ein Beispiel dafür, dass immer mehr Menschen aktiv ihre Courage zeigen möchten. Im Übrigen bedeutet dies auch Courage gegenüber jener Mehrheit, die in den Regionen, in denen die NPD erfolgreich in den Kommunalparlamenten sitzt, besonders fremdenfeindlich und feindselig gegenüber anderen Minderheitsgruppen ist (Zick, Küpper & Hüpping, 2009). Weg von der Duckmäuserei, hin zu offen mutigem Auftreten für Demokratie, auch das kann Teil einer neu entwickelten Identität werden.

Neuen Blick auf Landschaft, Menschen, Flair ermöglichen

War der Blick auf die Region bislang häufig überwiegend negativ – Ödnis, abgehängt, Provinz voller Nazis – ist mit Kunst begonnen worden, ein positives Vorzeichen zu setzen, z. B. sind wir hier nicht am Ende der Welt, sondern bilden eine Brücke zu Polen mit internationalem Flair. Der Austausch mit den polnischen Nachbarn und Einwohnern der Region z. B. beim Tango und in der deutsch/polnischen Ausgabe der Reisetagebücher, die jetzt in hoher Auflage verteilt werden können.

Dass sich Dörfer in demokratischer Kultur finden, ist leider kein Automatismus und auch keine Selbstverständlichkeit. Solidarität und Miteinander, das wirklich jedem die gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht, will entwickelt werden. Nicht nur in Vorpommern, sondern auch andernorts ist der Mythos des Landlebens, wo jeder jeden kennt und hilft, ein Mythos. Wehe dem, der als ‚anders‘ oder ‚fremd‘ wahrgenommen wird, der aus der Reihe schert. Das Projekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, das über 10 Jahre hinweg Abwertungen gegenüber einer Vielzahl sozialer, kultureller, und religiöser Gruppen untersuchte, hat immer wieder die hohe Zustimmung zu Fremdenfeindlichkeit gerade auf dem Land nachgewiesen (Babka von Gostomski, Küpper & Heitmeyer, 2007).

Aufgabe des Projekts und möglicher Folgeprojekte ist es, dies im Blick zu behalten und nicht auf einen Automatismus zu setzen, dass sich aus einer funktionierenden Dorfgemeinschaft auch eine demokratische Kultur entwickelt, die jeden mit einschließt. Wichtig ist es, ein demokratisches WIR zu entwickeln, das – wie hier umgesetzt durch Inputs und Begleitung von Fachleuten – auch gesteuert werden will.

Zwischenfazit und offene Fragen

„Es ist was passiert“ – das ist der Eindruck, den das Projekt „Region in Aktion“ hinterlässt und auch, dass noch mehr passiert in Richtung der Entwicklung einer demokratischen Kultur.

Die Umsetzung und Begleitung eines solchen Projekts bedeutet viel Arbeit, die auch Geld kostet. So wichtig die Einbindung von freiwilligen Akteuren und ehrenamtlich Arbeitenden ist, so bedarf es zugleich einer Beständigkeit von Ansprechpartnern für den Aufbau und die Pflege von dauerhaft tragbaren Vernetzungsstrukturen. Der Einsatz fest eingestellter Kräfte ist auf längere Sicht unerlässlich, um die fruchtbaren Anstöße, die das Projekt geben konnte, zu erhalten, zu begleiten, weiter zu entwickeln und in andere Orte weiter zu tragen.

Offen bleiben bislang mindestens drei Fragen an die Projekte im Rahmen von Region in Aktion mit Blick auf die Nachhaltigkeit, den Transfer und die Möglichkeit der Provinz ohne Provinzialismus.

Nachhaltigkeit

Wie können die Region, die Initiativen und Aktionen dabei unterstützt werden, dass die Weiterentwicklung weiter und nicht im vorpommerschen Sande verläuft?

Provinz ohne Provinzialismus

Wir wissen ja auch von sogenanntem intaktem Dorfleben, dass hier durchaus nicht jeder gleichberechtigt mitmachen kann. Provinzialismus hängt mit Fremdenfeindlichkeit zusammen. Die besondere Herausforderung ist es, ein Dorf zu gestalten ohne Provinzialismus mit seinen Schattenseiten. Wie kann dies bei Folgeprojekte auch ohne Begleitung gelingen und sichergestellt werden, dass sich die Bürgerschaft tatsächlich in eine demokratische Richtung entwickelt? Denn einige der kreativen Elemente werden ja durchaus auch von Rechten benutzt.

Transfer

Das Projekt „Region in Aktion“ wird u. a. ein Handbuch als Hilfestellung für ähnliche Projekte und Regionen als output erstellen. Meine Beobachtung ist, dass trotz des inzwischen vorhandenen Angebots an vielen guten Handreichungen, die oft auch einfach im Netz zugänglich sind, dennoch bei Multiplikator/-innen häufig ein großes Fragezeichen besteht bei der Frage „was tun?“ Wie kann der Transfer von Wissen und Ideen verbessert werden?

Literatur

Babka von Gostomski, C., Küpper, B. & Heitmeyer, W. (2007). Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern. Die schwierige Lage in Ostdeutschland. In W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 5 (S. 102-128). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Becker, J., Wagner, U. & Christ, O. (2007). Nationalismus und Patriotismus als Ursache von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 5 (S. 131-149). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Fishbein, M. & Ajzen, I. (1975). Belief, attitude, intention, and behavior: An introduction to theory and research. Reading, MA: Addison.

Van Knippenberg, Dan & Schipperts, Michaéla, C. (2007). Work-group diversity. In: Annual Review of Psychology, Vol. 58, 514-541.

Wolf, C., Wagner, U. & Christ, O. (2005). Die Belastungsgrenze ist nicht überschritten. Empirische Ergebnisse gegen die Behauptung vom vollen Boot. In W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 3 (S. 143-158). Frankfurt a.M./Berlin: Suhrkamp.

Zick, A. & Küpper, B. (2011). Zusammenhalt durch Ausgrenzung? Wie die Klage über den Zerfall der Gesellschaft und die Vorstellung von kultureller Homogenität mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammenhängen. In W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 10 (S. 152-176). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Zick, A., Küpper, B. & Hüpping, S. (2009). Nichts sehen, nichts merken, nichts tun. Mangelnde Zivilcourage gegen Rechtsextremismus. In W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 7 (S. 168-189). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Zick, A. (2002). Die Theorie der Sozialen Identität. In T. Bonacker (Hrsg.), Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien: Eine Einführung (Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 5) (S. 409-426). Opladen: Leske + Budrich.

Vortrag

Dr. des. Anna Klein

Politische Machtlosigkeit – wenn die Bürger kein Gehör finden.

Überlegungen zum Projekt „Produktive Unruhe“

Das Projekt „Produktive Unruhe“ ist angetreten um zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus im ländlichen Raum zu fördern. Es hat dabei gezielt Initiativen unterstützt, die sich explizit gegen Rechtsextremismus und menschenfeindliches Gedankengut richten, wie beispielsweise das Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sowie eine Stolpersteinverlegung in Ludwigslust.

Welche empirische Evidenz spricht für ein solches Vorgehen? Kann Rechtsextremismus durch die Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement begegnet werden? Wenn ja: muss es sich dabei um Engagement gegen Rechtsextremismus handeln oder ist jede Form des Engagements förderlich für eine demokratische Kultur? Und auf welche Weise kann zivilgesellschaftliches Engagement Menschenfeindlichkeit entgegenwirken?

Empirische Ergebnisse aus dem Projekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Im Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – eine Langzeituntersuchung“ haben wir die Zusammenhänge zwischen den wahrgenommenen Partizipationsmöglichkeiten, der Partizipationsbereitschaft und menschenfeindlichen Einstellungen analysiert. Unter Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verstehen wir abwertende Einstellungen gegenüber Personen allein aufgrund ihrer zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit. Mit solchen Abwertungen sind verschiedene Minderheiten konfrontiert. Zu den Einstellungen, die wir im Blick haben, zählen beispielsweise Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, die Abwertung von Menschen mit Behinderung oder von Personen ohne festen Wohnsitz (Heitmeyer 2002, Zick/Hövermann/Krause 2012).

In der Untersuchung, bei der von 2002-2011 jährlich mindestens 2000 in Deutschland lebende Personen befragt wurden (vgl. Heitmeyer 2002-2012), haben wir zudem mehrfach erhoben, ob die Befragten den Eindruck haben, politisch mitgestalten zu können oder ob sie sich politisch machtlos fühlen und ob die Befragten sich an verschiedenen Formen politischer Partizipation beteiligen würden (Bundestagswahl, Demonstration, politische Veranstaltung).

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Personen, die den Eindruck haben, mitgestalten zu können und sich auch beteiligungsbereit zeigen, weniger feindliche Einstellungen gegenüber Minderheiten haben. Dies gilt für alle Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Sind Bürgerinnen und Bürger davon überzeugt keinen Einfluss nehmen zu können, so stimmen sie eher menschenfeindlichen Einstellungen zu. Sehen Bürgerinnen und Bürger jedoch Einflussmöglichkeiten, so sind sie auch eher bereit sich politisch zu beteiligen und zeigen gleichzeitig weniger menschenfeindliche Einstellungen (Klein/Hüpping 2008; Klein/Heitmeyer 2009). Unklar ist hier allerdings die Kausalität, d. h. in unserer Panel-Studie finden wir Anzeichen, dass politische Machtlosigkeit und menschenfeindliche Einstellungen sich wechselseitig begünstigen und zusammen eine Abkehr von Demokratie beschreiben. Damit einher geht auch die geringere Bereitschaft zu politischer Partizipation (vgl. Legge/Reinecke/Klein 2009). Besonders problematisch erscheint in diesem Zusammenhang, dass gerade sozial benachteiligte Bürger sich politisch machtlos fühlen, ihre Beteiligungsrechte seltener wahrnehmen sowie in höherem Maße menschenfeindlichen Einstellungen zustimmen (Klein/Heitmeyer 2009). Es besteht also Anlass zu der Befürchtung, dass „die weniger begünstigten Mitglieder der Gesellschaft in Teilnahmslosigkeit und Ressentiments versinken, weil sie wegen ihrer beschränkten Verhältnisse ihr faires Maß an Einfluss gar nicht ausüben konnten“ (Rawls 1975, 256), wenn eine faire politische Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen nicht gewährleistet ist.

Besonders deutlich zeigt sich der Zusammenhang einer hohen Partizipationsbereitschaft mit geringeren feindseligen Einstellungen, wenn man Extremgruppen vergleicht, also die Gruppe stark partizipationsbereiter Personen, die angeben, sowohl wählen zu wollen als auch zu politischen Veranstaltungen und Demonstrationen zu gehen, mit der Gruppe wenig oder gar nicht partizipationsbereiter Personen vergleicht. So stimmen unter den wenig partizipationsbereiten Personen 39 Prozent fremdenfeindlichen Einstellungen zu, während dies nur 17 Prozent der stark partizipationsbereiten Personen angeben. Homophobe Einstellungen werden von 27 Prozent der wenig partizipationsbereiten Befragten geteilt, jedoch nur von knapp 10 Prozent der stark partizipationsbereiten. Ebenso zeigt sich bei antisemitischen Einstellungen, dass wenig partizipationsbereite Personen diesen stärker zustimmen (23 Prozent) als stark partizipationsbereite (9 Prozent).

Diese Ergebnisse verweisen also darauf, dass menschenfeindliche Einstellungen dort eingedämmt werden könnten, wo Menschen das Gefühl haben, politisch mitbestimmen zu können und partizipationsbereit sind. Die Förderung von Partizipation und des Erlebnisses, mitgestalten zu können, scheint somit potenziell geeignet, Menschenfeindlichkeit entgegenzuwirken.

Auch spricht einiges dafür, in strukturschwachen Regionen im ländlichen Raum anzusetzen. Ein Blick auf die regionale Verbreitung des Gefühls politischer Machtlosigkeit zeigt, dass diese insbesondere in den wirtschaftlich abwärtsdriftenden Regionen – und dies sind gleichzeitig abwanderungsstark und meist ländliche Regionen Ostdeutschlands – hoch ist (Legge/Reinecke/Klein 2009). Auch die Fremdenfeindlichkeit ist in diesen Regionen verbreiteter (ebd.).

Warum geht politische Partizipation mit geringerer Menschenfeindlichkeit einher?

Eine These ist, dass durch Partizipation Konflikte in der politischen Arena ausgehandelt werden können und hier auch als kommunizierbar erlebt werden. Dazu bedarf es einer politischen Öffentlichkeit, die etwa durch Medien hergestellt wird, die die lokal oder auch überregional relevanten Themen aufnehmen. Ist dies hingegen nicht möglich, so werden sie eher auf der sozialen Ebene als auf der politischen Ebene ausgetragen, wobei Gruppenzugehörigkeiten und Interessen verabsolutiert werden. Statt einer Wahrnehmung von Konflikten als verhandelbar werden diese eher als „unteilbare“ Konflikte (Hirschmann 1984) interpretiert. Als mögliche Folge tritt die Abwertung Anderer an die Stelle einer fairen Aushandlung sozialer Konflikte. Die empirischen Ergebnisse sprechen für die Annahme, dass die Wahrnehmung gerechter Partizipationschancen soziale Konflikte entschärfen kann (Klein/Hüpping 2008). „Weil der demokratische Prozess dank seiner Verfahrenseigenschaften Legitimität verbürgt, kann er, wenn nötig, in die Lücken sozialer Integration einspringen“ (Habermas 1996, 164). Solche Lücken kann der demokratische Prozess allerdings nur dann füllen, wenn seine Inanspruchnahme auch attraktiv weil potentiell aussichtsreich ist. Dies scheint für größere Teile der sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen nicht der Fall zu sein.



Insofern stützen die empirischen Ergebnisse das Vorgehen des Projekts „Produktive Unruhe“, denn die Förderung von politischem Engagement sollte tatsächlich dazu beitragen, dass Bürgerinnen und Bürger sich weniger machtlos fühlen, ihre Interessen im demokratischen Prozess einbringen können und Konflikte als verhandelbar erleben. Damit könnte ein sich wechselseitig begünstigender Prozess der Machtlosigkeit und Feindseligkeit unterbrochen werden und stattdessen soziale Integration über die Beteiligung am demokratischen Prozess erfolgen.

Es muss sich demnach nicht unbedingt um Engagement handeln, das explizit gegen Rechts-
extremismus gerichtet ist, jedoch sprechen die empirischen Ergebnisse eher für politische
Beteiligung als für bürgerschaftliches Engagement allgemein. Auch ist zu beachten, dass zi-
vilgesellschaftliche Gruppen eigene Ausschlussmechanismen entwickeln (Munsch 2011).
Demnach erscheint es sinnvoll, demokratische politische Beteiligung zu fördern, um Rechts-
extremismus vorzubeugen. Nicht vergessen sollte man aber, dass auch Rechtsextreme selbst
sich engagieren, im ländlichen Raum sogar zuweilen intensiv (z.B. Sundermeyer 2010).

Grenzen des Projekts

Ein Projekt wie „Produktive Unruhe“ hat allerdings auch Grenzen. Es kann in einzelnen Orten
Initiativen temporär unterstützen. Der Aufbau einer demokratischen Kultur benötigt aber eine
dauerhafte „Pflege“. Denkbar wären etwa Bürgerzentren in Gemeinden, die weniger bürokrati-
schen, sondern informierenden und unterstützenden Charakter haben. Gefragt ist sozusagen
eine Bildungs- und Beratungsstelle für kommunale Demokratie auf der Ebene von Gemeinden
und Stadtteilen. Dies könnte auch vermeiden, dass immer nur die gleichen Bürgerinnen und
Bürger erreicht werden. Unterstützt man bestehende Initiativen, so richtet man sich ja vor al-
lem an die bereits Engagierten, in der Regel bürgerliche Kreise mit hoher Bildung, die eigene
Ausschlussmechanismen entwickeln (Stichwort: Habitus). Gerade Bürgerinnen und Bür-
ger, die nicht engagiert sind – und dies betrifft insbesondere die unteren sozialen Lagen – fin-
den sich in diesen Initiativen eher nicht ein. Genau hier gälte es aber den Kreis aus Gefühlen
der Machtlosigkeit, Partizipationsenthaltung und feindseligen Mentalitäten zu durchbrechen.

Bei allem berechtigten Enthusiasmus für die Stärkung von Engagement und Beteiligung auf
kommunaler Ebene muss auch die Frage gestellt werden, welche tatsächlichen Möglichkei-
ten der Partizipation für Bürgerinnen und Bürger noch verbleiben, blickt man auf die engen
Spielräume, die Kommunen angesichts von leeren Kassen und Privatisierungen haben. Diese
mit einer Bottom-up-Strategie schwer zu beeinflussende Entwicklung, die auch mit dem Stich-
wort Postdemokratie (Crouch 2004) oder Demokratieentleerung (Klein/Heitmeyer 2011) um-
rissen werden kann, ist in Ihren Effekten auch für Bürgerinnen und Bürger, die sich beteiligen
wollen, spürbar. Wenn Beteiligung auf lokaler Ebene „Scheinpartizipation“ bedeutet, birgt dies
die Gefahr einer weiteren politischen Entfremdung, etwa wenn sich durch lokales Engage-
ment die relevanten Themen nicht beeinflussen lassen, da sie auf Bundesebene oder globaler
Ebene entschieden werden oder die Entscheidungen von Bürgerinnen und Bürgern schlicht
nicht finanzierbar sind. Unter solchen Umständen kann Engagement auch zu Frustration füh-
ren und einer Entfremdung von der Demokratie erst recht Vorschub leisten. Angesichts knap-
per finanzieller Ressourcen raten Bogumil/Holtkamp (2002) von intensiver Bürgerbeteiligung
lieber ganz ab. Sie schreiben dazu: „Als Faustformel lässt sich für Bürgerbeteiligung allgemein
festhalten: Je mehr Zeit und Arbeit der Bürger investieren muss, desto eher erwartet er eine

Umsetzung der Beteiligungsergebnisse. Wenn es in einer Stadt aber kaum finanzielle Spielräume gibt (z. B. wenn der Verwaltungshaushalt nicht mehr ausgeglichen werden kann), ist nur sehr begrenzt mit der Umsetzung von Beteiligungsergebnissen zu rechnen. In diesen Fällen empfiehlt sich eher, für die Bürger weniger zeitaufwändige Bürgerbefragungen durchzuführen“ (Bogumil/Holtkamp 2002, 20).

Ausblick

Daraus lässt sich als Ausblick für die zukünftige Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement Folgendes ableiten:

Es braucht dauerhafte und flächendeckende Förderungsstrukturen für zivilgesellschaftliches Engagement. Dies könnte erreicht werden, indem die Kommunen einen deutlicheren politischen Bildungsauftrag erhalten und etwa Demokratiezentren oder Bürgerzentren schaffen, in denen lokalpolitische Informationen zur Verfügung gestellt werden und über Beteiligungsmöglichkeiten informiert wird. Dies wäre wiederum nur denkbar, wenn Handlungsspielräume der Kommunen nicht weiter eingeschränkt würden. Kommunen müssten stattdessen finanziell dazu befähigt werden, durch Privatisierung aufgegeben Gestaltungsspielräume wieder anzueignen, damit an diesen Stellen Entscheidungsbefugnisse überhaupt wieder vorliegen. Für eine politische Reintegration der unteren sozialen Lagen und um nicht nur die ohnehin aktiven, bürgerlichen Kreise zu erreichen, ist eine aufsuchende oder mindestens niedrigschwellige Bildungsarbeit zur Demokratieförderung nötig.

Literatur

Bogumil, J.; Holtkamp, L. (2002). Die Bürgerkommune als Zusammenspiel von repräsentativer, direkter und kooperativer Demokratie. Erste Ergebnisse einer explorativen Studie. In: polis Nr. 55 / 2002

http://www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/politikwissenschaft/lg-iv/polis_55_bogumil_holtkamp.pdf
(Stand: 23.09.2013).

Crouch, C. (2004). Post-Democracy. Cambridge: Polity-Press.

Habermas, J. (1996). Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Heitmeyer, W. (2002). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 15-34.

Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2002-2012). Deutsche Zustände Folge 1 -10. Frankfurt a. M./Berlin: Suhrkamp.

Hirschman, A. O. (1994). Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? In: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 2, S. 293-304.

Klein, A.; Hüpping, S. (2008). Politische Machtlosigkeit als Katalysator der Ethnisierung von Verteilungskonflikten.

In: W. Heitmeyer (Hrsg.) Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 73-94.

Klein, A.; Heitmeyer, W. (2010). Wenn die Wut kein politisches Ventil findet. Politische Kapitulation und die Folgen für schwache Gruppen. In: W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 8. Berlin: Suhrkamp, S. 164-185.

Klein, A.; Heitmeyer, W. (2011). Demokratieentleerung und Ökonomisierung des Sozialen: Ungleichwertigkeit als Folge verschobener Kontrollbilanzen. In: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 39, S. 361-383.

Legge, S.; Reinecke, J.; Klein, A. (2009). Das Kreuz des Wählers. Die Auswirkungen von politischer Entfremdung und Fremdenfeindlichkeit auf das Wahlverhalten in abgehängten Regionen. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 53-72.

Munsch, C. (2011). Engagement und Ausgrenzung – theoretische Zugänge zur Klärung eines ambivalenten Verhältnisses. In: Forschungsjournal soziale Bewegungen, 24/3, S. 48-55.

Rawls, J. (1975). Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Sundermeyer, O. (2010) Eine Feuerwehr ist auch politisch wachsam. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 8. Berlin: Suhrkamp, S. 269-277.

Zick, A.; Hövermann, A.; Krause, D. (2012). Die Abwertung von Ungleichwertigen. Erklärung und Prüfung eines erweiterten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. In: W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin: Suhrkamp, S. 64-86.

Workshop I

Bürgermedien – Eine Chance für den ländlichen Raum?

Dr. Gudrun Heinrich, Universität Rostock

Ausgangslage

Kommunikation gehört zu den zentralen Voraussetzungen funktionierender Demokratie. Angesichts der Entwicklung in den ländlichen Räumen wird die Sicherstellung einer breiten, funktionierenden und zur Partizipation einladenden Kommunikationsplattform in den ländlichen Räumen zu einer der wichtigen Herausforderungen.

Das Ziel der Demokratiestärkung und der Prävention gegen Extremismus und Demokratieabwehr liegt in der Stärkung von lokaler Kommunikation durch Medien. Das wird ein zunehmend wichtiger werdendes Handlungsfeld.

Dabei gilt es, unterschiedliche Rahmenbedingungen zu berücksichtigen: Der Rückzug vieler Regionalzeitungen aus der Fläche und damit aus der lokalen Berichterstattung birgt die Gefahr der inhaltlichen und kommunikativen Verödung von Teilen der ländlichen Räume. Liegt eine Gemeinde im Schatten der Berichterstattung journalistischer Lokalmedien, so fehlt eine wichtige Plattform der argumentativen Auseinandersetzung.



Gründe für diese Entwicklung sind einerseits im demografischen und digitalen Wandel zu sehen (sinkende Anzahl potentieller Leserinnen und Leser) andererseits befördert die kulturelle Verödung diese Entwicklung zusätzlich (und befördert seinerseits den Wegzug).

Im Hinblick auf Kommunikation und Medienpräsenz sind ländliche Räume neben den großen Distanzen, der dauernden Frage der Mobilität, auch durch eine nicht überall zufriedenstellende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen gekennzeichnet. Die technische Präsenz des Internets reicht jedoch nicht aus. Wie generell in strukturschwachen Regionen, sind auch die Fähigkeiten der Nutzung sowie die private Versorgung mit internetfähigen Endgeräten zu bedenken.

Auf der anderen Seite ist ein hoher Bedarf der Bevölkerung in ländlichen Räumen an der Berichterstattung über und der Information für ihren Alltag festzustellen. Die soziale Nähe des ländlichen Raumes bedarf in besonderem Maße eines Ortes. Die noch präsenten Medien wie Anzeigenblätter oder das Amtsblatt genügen in der Regel weder den Ansprüchen journalistischer Qualität noch den Ansprüchen von Partizipation und demokratischer Kommunikation. Wenn die Plattform für die Berichterstattung und die Auseinandersetzung über gesellschaftlich relevante lokale Themen fehlt, leidet sowohl die Identifikationsbereitschaft mit der demokratischen Gesellschaft als auch die Möglichkeit der Partizipation.

Kommunikation, Partizipation und Vernetzung sind zentrale Erfolgsbedingungen für eine starke Demokratie – jedoch muss dabei die Qualität der drei Elemente bedacht werden:

- unter welchen Rahmenbedingungen und zu welchen Themen kann Kommunikation stattfinden
- mit welcher Wirksamkeit werden Partizipationsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt
- mit wem kann und soll eine Kooperation/ Vernetzung stattfinden.

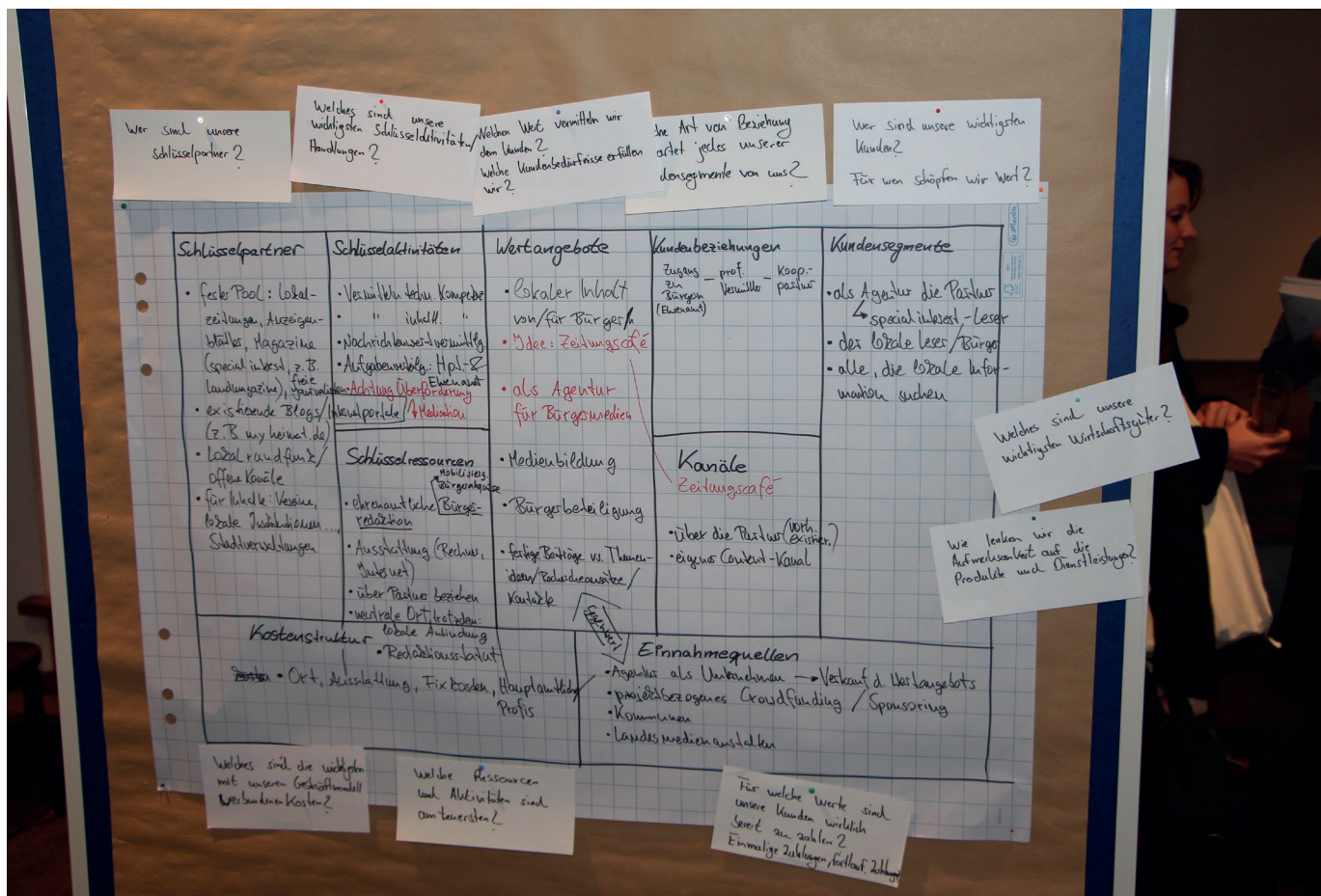
Damit ist die Frage der grundlegenden demokratischen Qualität der drei Bedingungen von entscheidender Bedeutung, ohne dass die Qualitätskriterien eindeutig geklärt sein können.

Ziel der Ermöglichung von Kommunikation und Partizipation im ländlichen Raum ist die Stärkung von Identitätsbildung. Wie aus Studien¹ bekannt, kann mangelnde Identifikation das Gefühl der Deprivation stärken und zu Abwehrreaktionen und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit führen. Dennoch gilt auch hier: Das Ziel der Identitätsbildung muss demokratisch gefüllt werden, um von einer exklusiven Identität zu einer inklusiven Identität zu gelangen.

1 So beispielsweise Studien, die im Rahmen der der umfassenden Längsschnittstudie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Uni Bielefeld entstanden sind. Hierzu beispielsweise: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 11, Frankfurt 2011.

An dem breit zu diskutierenden „Heimat-Begriff“ ließe sich diese Ambivalenz von „Inklusion“ und „Exklusion“ exemplarisch darlegen.

Im Rahmen der Modellprojekte „Die AUFmacher“ (Regionen: Ludwigslust-Parchim und Vogtlandkreis) und „Medien auf dem Land“ (Döbern-Land) konnten umfassende Erfahrungen gesammelt werden, wie sich sogenannte „Bürgermedien“ in ländlichen Regionen realisieren lassen, wer unter welchen Bedingungen bereit ist, als „Bürgerreporter“ sich aktiv zu beteiligen und welche Hürden sowie welche positiven Resonanzen zu erwarten sind.



Ziele des Workshops

Im Workshop sollte unter Berücksichtigung der oben geschilderten Rahmenbedingungen und Fragestellungen und vor dem Hintergrund der eigenen, aus zwei Jahren Projektstätigkeit gewonnenen, Erfahrungen über „Bürgermedien im ländlichen Raum“ diskutiert werden.

Ziel war es, Ideen für ein auch wirtschaftlich nachhaltiges Geschäftsmodell „Bürgerzeitung“ zu finden.

Ablauf und Methodik

Den Teilnehmenden wurde ein Rahmen für ein Geschäftsmodell (eine sogenannte Canvas) präsentiert. Der Schwerpunkt lag hierbei nicht auf der Erstellung eines Kostenmodells, vielmehr sollten grundlegende strategische Fragen diskutiert werden,

In zwei Untergruppen wurden zwei unterschiedliche Modelle erarbeitet. Gemeinsam ist bei den Modellen eines „Bürgermediums für den ländlichen Raum“, dass sie nicht auf eine Medienform (Print, Online, Audio etc.) allein setzen, sondern auf einer Kombination unterschiedlicher Kanäle und Funktionen aufbauen.

Ergebnisse des Workshops

Das erste Modell einer „Demokratischen Bürgerzeitung für lokale Berichterstattung“ sah sich vor allem als „attraktive Plattform“, die zum Mitmachen anregen und animieren sollte. Als Beispiel einer „cross-medialen Strategie“ setzte man auf das „cms-System“. Durch ein Content Management System können Webseiten erstellt und verwaltet werden. Hierdurch verfolgt man das Ziel, unterschiedliche Formate miteinander zu kombinieren. Mit Hinblick auf die besonderen Rahmenbedingungen des ländlichen Raumes (siehe oben) wurde deutlich, dass neben einem möglichen Blog auch eine Printausgabe der Zeitung sinnvoll ist. Die unterschiedlichen Erfahrungen und Zielstellungen, die bereits in dieser Gruppe der Workshop-Teilnehmenden sichtbar wurde, zeigt die Bandbreite der Ziele, die mit Bürgermedien im ländlichen Raum zu verbinden sind. Einigen Teilnehmenden ging es um das konkrete Ziel, vorhandene Aktivitäten besser transportieren zu können, andere verbanden mit der Idee eines lokalen Bürgermediums ihre Vision der Vitalisierung ländlicher Räume. Gemeinsam war das Ziel im Sinne einer demokratischen Orientierung, auch die Medienkompetenz in den Regionen zu stärken und „alle in der Kommune“ in das Projekt einzubeziehen. Als zentrale Partner wurden neben den naheliegenden Medienpartnern wie Lokalzeitungen und Amtsblättern auch Volkshochschulen, Schulen und Kreisbildstellen etc. genannt. Ob sich die finanzielle Grundsicherung durch Anzeigen und Förderer sichern ließe, blieb offen.

Die zweite Gruppe erarbeitete ein innovatives Modell einer „Bürger-Medien-Agentur“ für den ländlichen Raum. Zentraler Ort dieses multimedialen und multifunktionellen Ansatzes sollte ein Bürger- und Zeitungscafé sein – als Ort der Kommunikation und des Austausches. Die Agentur selbst tritt als Metastruktur und Finanzierer dieses attraktiven Kommunikationsraumes auf. Die Agentur sollte, in der Vorstellung der Teilnehmenden, die Aufgabe übernehmen, Themen des jeweiligen ländlichen Raumes zu setzen, Themenideen, Vor-Recherchen und Interviewpartner anzubieten und damit die vorhandenen regionalen und überregionalen Medien zu bedienen. Die Redaktion dieser Agentur sollte aus ehrenamtlichen „Vermittlern“, einer sogenannten „Bürgerredaktion“ bestehen. Ziel sollte also nicht vorrangig sein, eine eigene

Bürgerzeitung zu erstellen, sondern eher durch ein „Agenda-Setting“ Medienakteure anzuregen, über den jeweiligen ländlichen Raum zu berichten. Themen werden also angeregt und im besten Falle Trends gesetzt. Die Partner – im Sinne von „Kunden“ – waren als fester Pool aus den Lokalzeitungen, Anzeigenblättern, Magazinen, dem Lokalrundfunk, aber auch überregionalen Zeitschriften gedacht, die Interesse und Bedarf an ländlichen Themen und Stoffen haben. Ideen- und Themengeber sieht man in Vereinen, lokalen Institutionen und Stadtverwaltungen, aber auch in anderen interessanten und ungewöhnlichen lokalen Akteuren.

Durch die Einbindung der Bürger in das Agenturkonzept wird – quasi als Beiprodukt – eine medienpädagogische Vermittlung erreicht. Als ein Nukleus dieser Vermittlungsbemühungen um Medienkompetenz und -bildung mag auch das bereits oben erwähnte Bürgercafé dienen. Die Agentur sollte einerseits ihre Beiträge und Themenpakete am Markt anbieten und zu Marktpreisen verkaufen. Andererseits können alternative Finanzierungsformen hinzutreten: Diskutiert wurden Sponsoring, Crowd-Funding oder Projektförderung durch z. B. Landesmedienanstalten.

Im zweiten Teil des Workshops wurden am Beispiel einer Ausgabe der „Burger Leserreporter“ – einer regelmäßigen Beilage der Lausitzer Rundschau für den Ort Burg – Gelingensbedingungen einer medialen lokalen Präsenz diskutiert.

In Burg verfassen Leserinnen und Leser eigene Beiträge, die in einem Blog veröffentlicht und dann in einer wöchentlichen Printausgabe der Auflage der Lausitzer Rundschau im Ort Burg beigelegt werden. Die Frage stellt sich, ob dies als klassisches „Bürgermedium“ angesehen werden kann. Sind hier die Ziele von demokratischer Partizipation, Kommunikation und Vernetzung gegeben? Entscheidendes Merkmal ist, dass die Leserinnen und Leser hier ihre Beiträge veröffentlichen können; sie werden dabei von einem freien Mitarbeiter unterstützt, der das Projekt koordiniert. Dieser wird von der Lausitzer Rundschau bezahlt.

Die Finanzierung, so wurde deutlich, funktioniert nur, da die Lausitzer Rundschau ein eigenes Interesse an diesem Projekt hat, das sich aus der Analyse zurückgehender Abonnentenzahlen und dem Wunsch nach einer klaren „Leser-Produkt-Bindung“ speist. Ohne das finanzielle Engagement der Zeitung wäre dieses Projekt nicht machbar.

Die Erfahrung aus diesem Projekt ist, dass sich derartige Vorhaben nicht kurzfristig finanziell lohnen, die Abonnentenzahlen sind durch den „Burger Leser Reporter“ nicht deutlich gestiegen. Dennoch zeigen zwanzig bis dreißig aktive Leserreporterinnen und -reporter, die seit mehreren Jahren das Projekt mit ihren Beiträgen am Leben erhalten, den Erfolg.

Als Erfolgsbedingungen wurden sowohl Kontinuität als auch Professionalität und letztlich auch die Anbindung an eine kommerzielle Struktur analysiert. Die Kontinuität des Vorhabens wurde durch eine dauerhafte Betreuung durch professionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (freie Mitarbeiter der Lausitzer Rundschau) möglich.

Schlussfolgerungen und offene Fragen

In der Gesamtsicht der Fachtagung mit Blick auf die Etablierung demokratischer Bürgermedien im ländlichen Raum ergeben sich zentrale Ergebnisse und offene Fragen.

Zentrale Ergebnisse

1. Bürgermedien sind eine mögliche Form der Stärkung von Kommunikation, Partizipation und Vernetzung im ländlichen Raum.
2. Ziel der Bürgermedien ist darüber hinaus die Stärkung und Vermittlung von „Medienkompetenz“
3. Bürgermedien können und müssen unterschiedliche Mediengattungen und Beitragsformen (Print, Blog etc.) nutzen.
4. Bürgermedien müssen im Sinn einer „cross-medialen Strategie“ mit den vorhandenen Medien-Partnerinnen und -Partnern zusammenarbeiten.

Offene Fragen

1. Gibt es einen qualitativen Unterschied zwischen einer lokalen Ausgabe einer kommerziellen Zeitung, einer Leser-Reporter-Ausgabe einer Lokalzeitung und einem Bürgermedium?
2. Was ist unter Medienkompetenz im Sinne von Demokratie-Stärkung zu verstehen?
3. Wie sichert man die Qualität von Kommunikation, Partizipation und Vernetzung im Hinblick auf Demokratie-Stärkung im Ländlichen Raum?

Workshop II

Die Kultur des kleinen Schatzes – Kommunikationsstrategien im ländlichen Raum

Dr. Ulrike Schumacher, Hochschule Zittau/Görlitz

Ausgangslage

Eine lebendige Kommunikationskultur gilt als wichtiger Indikator eines demokratischen Gemeinwesens. Wie und von wem Themen im öffentlichen Raum verhandelt werden, spiegelt das Ausmaß gesellschaftlicher Teilhabe und Partizipation wider. Die Modellprojekte im Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ zielten darauf, die öffentliche Kommunikation in den ausgewählten Gebieten sowie die Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Ausgangspunkt war die Annahme, dass demokratiefeindliche Einstellungen umso weniger Fuß fassen können, je besser sich die Menschen in ihren Belangen ernst genommen fühlen und diese auch verhandeln und den Diskurs mitbestimmen können.

In den wissenschaftlichen Vorträgen am ersten Tag wurden für den Workshop einige interessante Aspekte angesprochen. Der Input der Wissenschaftler/-innen geschah vor dem Hintergrund, dass es zwar keine „Blaupause“, keine allgemeingültige Strategie für den Zugang in ein Gemeinwesen gäbe, da jeder Ort anders „tickt“ und die Vorgehensweise spezifisch anzupassen sei. Dennoch sind Arbeitsschritte wie die Analyse der lokalen Akteurskonstellation, die Suche



nach Gesprächspartnern oder die Art der Gesprächsführung mit Akteuren vor Ort verallgemeinerbar. Grundlegend sei, darauf wiesen die Fachvorträge hin, eine wertschätzende Haltung, die an vorhandene Themen und Anliegen anknüpft. Misstrauen gegenüber externen Projekten sei – je nach Region – nicht unüblich. Ein konsistentes, engagiertes, autonomes und flexibles Vorgehen von Projektmitarbeiter/-innen wirke vertrauensfördernd (Prof. Dr. Andreas Zick). Im Plenum wurden Beispiele genannt, wo ein Zusammenwirken von „innen“, „außen“ oder „halbaußen“ gut funktioniere – z. B. auf Grundlage personeller Kontinuität oder wenn die Mitwirkenden als Zugezogene schon länger im Ort lebten.

Ausgehend vom Programmziel – der Erhöhung gesellschaftlicher Teilhabe – sollten diverse Akteure und Gruppen einbezogen und vernetzt werden (Prof. Dr. Beate Küppers). Dabei sind, so zeigen die Erfahrungen der Modellprojekte, unterschiedliche Altersgruppen und Lebenssituationen zu beachten: Senior/-innen ebenso wie Jugendliche, junge Erwachsene oder die mittlere Altersgruppe zählen zur Zielgruppe. Auch Berufstätige, Erwerbslose und „Ruheständler“ und ihren Alltag sollte man beachten.

Cliquenwirtschaft und neue Kooperationskultur

„Cliquenwirtschaft“, „jeder kocht sein eigenes Süppchen“ oder „es ist schwierig, die Akteure an einen Tisch zu bekommen“ – dies sind häufig Probleme auf lokaler Ebene. Für ländliche Räume ist die Frage der Kooperationskultur ein zentrales Thema: Wie gut lokale Herausforderungen in Zukunft gemeistert werden, hängt auch davon ab, wie die vorhandenen Akteure, Gruppen und Institutionen aufeinander zugehen und zusammen arbeiten, ob sie Neues ausprobieren und offen für ungewöhnliche Partner sind (Dr. Ansgar Klein).

Schlüsselpersonen seien oft überlastet – deshalb sollten vorhandene Kompetenzen sondiert und unentdeckte Talente gesucht werden. Neue Mitstreiter könnten, so Dr. Ansgar Klein, in Vereinen, in Politik und Verwaltung sowie in Unternehmen und den regionalen Medien gewonnen werden. In den Kommunen und Regionen könnten innovative Wege erprobt und bestehende Angebote oder Fortbildungen neu organisiert werden; beispielsweise könnte unter Einbeziehung unterschiedlicher Partner eine journalistische Qualifizierung für Bürger/-innen als Dauerangebot etabliert werden.

Die Menschen können sich nur als selbstwirksam erfahren, wenn Dinge vor Ort auch veränderbar sind – darauf wies ein Fachtagungsteilnehmer im Plenum hin. Bürgermedien können dazu beitragen, öffentliche Auseinandersetzungen mit lokalen Themen anzustoßen. Neben zentralen, offen zugänglichen Räumlichkeiten wie Treffs, Dorfclubs und Gemeinschaftshäusern schaffen sie einen wichtigen Raum, wo örtliche Belange verhandelt und gemeinsame Ziele entwickelt werden können.

Ziele des Workshops

Wie können von außen initiierte Projekte vor Ort wirken und wie gelingt der Zugang? Wie kann die Bevölkerung für ein Projekt gewonnen und zur Mitwirkung angeregt werden? Welche Rolle spielt „das Ländliche“ in der Kommunikation, im Vergleich zu urbanen Kontexten? Ausgehend vom Projekt „Medien auf dem Land (MedaL)“ wurde im Workshop eine Kommunikationsstrategie für medienbezogene Projekte in ländlichen Räumen vorgestellt und diskutiert.

Ziele, Vorgehensweise und Erfahrungen des Projekts MedaL wurden eingangs dargestellt.

Ergebnisse des Workshops

Im Projekt „MedaL“ nahmen die Mitarbeiter/-innen ein die Region abwertendes Selbstbild bei vielen Gesprächspartnern – insbesondere bei den Passant/-innen-Interviews auf der Straße – wahr: Negative Merkmale der Region (Wirtschaftsschwäche, „nichts los“) wurden ins Verhältnis zur Großstadt oder zur Hauptstadt Berlin gesetzt. Die Projektaktivitäten zielten deshalb darauf, das Selbstbewusstsein und die regionale Identität zu stärken – indem z. B. Lebensgeschichten von Menschen aus der Region verschriftlicht und eine Landkarte regionaler Schätze erarbeitet wurden. Dabei sollte, so eine Empfehlung der Projektmitarbeiter/-innen, gemeinsam eruiert werden, was passende Produkte sind und was veröffentlichungswürdig ist – mit dem Anspruch einer hohen Qualität. Ein Teilnehmer wandte an dieser Stelle kritisch ein, nicht auf viele Bausteine wie Broschüren usw. zu setzen („Flickenteppich“), sondern die Attraktivität der Region als Lebensraum zu steigern.

Elemente einer Kommunikationsstrategie: wen, wie, wo ansprechen?

Wie gelingt die Zusammenarbeit von „intern“ und „extern“, zwischen Alteingesessenen und Projektmitarbeiter/-innen? Wie können Interessierte gewonnen werden? Zu diesen Fragen wurden in beiden Workshop-Durchläufen Ideen gesammelt: Wichtiger Schritt ist das Vorstellen und Bekanntmachen in einem persönlichen Gespräch, so die Erfahrung im Projekt „MedaL“ wie auch bei den Workshop-Teilnehmer/-innen: die lokalen Akteure wie Vereine, Kommunalpolitiker/Gemeinderat, Pfarrer und Unternehmen sollten nach telefonischer Voranmeldung persönlich aufgesucht werden, um eine angenehme Gesprächsatmosphäre zu schaffen („keine Überfälle“). Es empfiehlt sich, bei dieser Kontaktaufnahme eine Reihenfolge entsprechend den örtlichen Funktionen der Gesprächspartner zu beachten (Bürgermeister vor alternativem Kulturprojekt) – dies drücke Respekt gegenüber dem lokalen Sozial-Gefüge aus und erzeuge eine positive Wahrnehmung des Projekts. Ausgehend von den Erfahrungen im Projekt „MedaL“ wird empfohlen, sich von einzelnen lokalen Akteuren nicht vereinnahmen zu lassen und eine neutrale Position zu wahren. Eine Workshopteilnehmerin wies darauf hin, dass Unterschiede im Bildungsstatus zwischen Projektmitarbeiter/-innen und der Bevölkerung das offene

Gespräch nicht behindern müssen: ein Zweierteam könne Unterschiede ausgleichen, indem es mit verschiedenen Rollen auftrete (z. B. Projekt „Dorfkümmerer“, social impact). Generell hat der Auftritt im Team Vorteile: gegenseitige Unterstützung bei der Kommunikation und spätere Möglichkeit der Reflexion der eigenen Vorgehens- und vermuteten Wirkungsweise. Da die Schaffung einer guten Gesprächsatmosphäre zentral ist – hier waren sich die Workshopteilnehmenden einig – können auch gemeinsame Bezugspunkte (z. B. Herkunft aus der Nachbarregion) und der Austausch persönlicher Erfahrungen vertrauensfördernd wirken, so zwei „Strategien“ aus dem Projekt „MedaL“.

Das „Für und Wider“ von außen initiiert Projekte wurde diskutiert: Diese seien kritisch zu sehen, da nach Ablauf des Förderzeitraums das Geschaffene ohne starke Fürsprecher versanden könne. Mehrwert und dauerhaftes Fortbestehen seien wahrscheinlicher, wenn die Initiatoren und Macher im Ort lebten. Dem wurde entgegengesetzt, dass gerade der Blick von außen eingefahrene Sichtweisen und Routinen aufrütteln und wertvolle Impulse sowie Know-how in einen Ort bringen könne.

Wichtig ist, so die Empfehlung einer Workshopteilnehmerin, die Menschen ernst zu nehmen, gut zuzuhören und die zentralen Fragen zu stellen: Was passiert im Dorf, was ist gerade los, was sind die Themen? Bei einer solchen Offenheit können, so die Erfahrung bei „MedaL“, Ideen auch aus unverhofften Richtungen kommen und aufgegriffen werden.

Die Teilnehmer/-innen nannten Anlaufstellen und Orte, an denen man mit der Bevölkerung in Kontakt kommen kann: Feste und Veranstaltungen, Märkte, regelmäßige mobile Verkaufsstände, Kneipen, offene Treffs oder Bushaltestellen wurden als Orte der Ansprache genannt. Aus den Erfahrungen des Projekts „MedaL“ heraus wurde empfohlen, auch in der „2. Reihe“ nach Unterstützern zu suchen: Wem wird z. B. in der Presse für die Mithilfe gedankt, wer sind die Macher im Hintergrund, die andere mobilisieren können? Im Modellprojekt „AUFmacher“ war z. B. das Verteilen von Flyern hilfreich, zusätzlich wirkten Interessierte durch Mundpropaganda und leisteten weitere Partner Überzeugungsarbeit.

Last but not least brachte eine Teilnehmerin ein positives „Pfund“ ländlicher Räume in die Diskussion: die Schnelligkeit der Kommunikation. Wenn effektiv Informationen zu leiten und Kommunikationsprozesse zu organisieren seien, so könne dies in kleinen ländlichen Gemeinden viel schneller erreicht werden als in urbanen Ballungsräumen. Wie dieses Strukturmerkmal zukünftig stärker im Sinne lokaler (politischer) Aushandlungsprozesse zu nutzen ist, bleibt Gegenstand weiterer Projekte.

Praktische Übung in Rollenspielen

Da Projektanträge häufig in einer besonderen Sprache abgefasst werden, die abgehoben und abstrakt ist, müssen Projektmitarbeiter/-innen eine Übersetzungsarbeit leisten. Wie schwierig die verständliche Formulierung von Projekthinhalten und -zielen ist, wurde den Teilnehmer/-innen in kurzen Übungen deutlich. Aufgabenstellungen waren:

1. Murrelgruppen im Zweier-Team: Ausgehend von der Projektbeschreibung – stellen Sie sich, Ihre Einrichtung und Ihr Projektanliegen einer Bewohnerin oder einem Bewohner Ihrer Projektregion Döbern-Land vor. Versuchen Sie, die Person für Ihr Projekt zu interessieren.
2. Rollenspiel mit der MedaL-Projektmitarbeiterin, die eine „typische Ansprechpartnerin“ aus der Region spielte: Laut Antrag sollen Sie eine Bürgerredaktion auf die Beine stellen. Der Vorsitzende des Heimatvereins war sehr aufgeschlossen im Gespräch, ist aber vielbeschäftigt. Er hat sie an seine Stellvertreterin im Verein verwiesen. Nach einer lokalen Veranstaltung haben Sie die Möglichkeit, mit ihr zu sprechen: Versuchen Sie, die Bedarfe dieser Person und ihres Vereins zu ermitteln.
 - a. Gewinnen Sie Teilnehmer/-innen für einen Medienkompetenzworkshop zum Thema „Einstieg ins Internet“.
 - b. Generieren Sie verbindliches Interesse an der Arbeit als Bürgerredakteur.
 - c. Lassen Sie sich ad hoc gute Umsetzungsmöglichkeiten einfallen, um eine erste (kleine) Zusammenarbeit mit dem Verein zu realisieren.

Die Übungen dienten als Ausgangspunkt, um gelingende Kommunikationsstrategien für aktivierende und an den „Bedarfen“ der Zielgruppen angepasste Projektangebote zu entwickeln. Aus den Erfahrungen der praktischen Übungen und den Strategien des Projekts wurden gemeinsam Empfehlungen abgeleitet und an einer Moderationswand festgehalten.

Schlussfolgerungen und offene Fragen

Eine zentrale Empfehlung der Projektmitarbeiterinnen war, sich nicht nur auf Absprachen mit offiziellen Multiplikator/-innen zu Projektbeginn zu verlassen, sondern stets initiativ zu bleiben und sich Unterstützer im operativen Geschäft suchen (z. B. Hausmeister). Das Projekt sollte keine Verbesserungen „propagieren“, da die Rolle als „Besserwisser“ nicht auf offene Türen trafe. Angebote sollten klar und auf Augenhöhe kommuniziert werden und die Erfahrungswerte der Dialogpartner aufgreifen. Wichtig sei vielmehr Vorhandenes wahrzunehmen, zu honorieren und nur zu ergänzen um den Aspekt Mediennutzung, deren Mehrwert den Bewohner/-innen erst praktisch vor Augen geführt werden muss. Bestehende Anliegen der Bewohner/-innen

werden so mit neuen Ideen „aufgepeppt“.

Es ist empfehlenswert, den Menschen Interesse entgegen zu bringen und die Projektangebote verbindlich, nachvollziehbar und konkret zu präsentieren – wie z. B. bei der Durchführung spielerischer Aktionen auf einer Veranstaltung mit Projektstand, einem Filmdreh etc. Eine „ereignisbasierte Öffentlichkeitsarbeit“, die bei regionalen Ereignissen angeboten wird, bei denen man gut miteinander persönlich ins Gespräch kommen kann und Medien zum Anfassen bietet, ist für ländliche und kleinstädtische Gebiete gut geeignet.

Mit unterschiedlicher Resonanz gerade in zerstreut liegenden Großgemeinden ist zu rechnen: Nicht alle Gemeinden und Ortsteile der Projektregion sprachen gleichermaßen auf das Angebot der Medienkompetenz-Workshops an. An zwei Standorten wurden sie aber ein Erfolg. Diese Erfolge können durch die „Mundpropaganda“ dann weitere Interessenten für das Projekt bringen.

Zukünftige Projekte sollten nach Möglichkeit, so eine Schlussfolgerung aus „MedaL“, in der wärmeren Jahreszeit starten, um sinnvoll in den sozialen Rhythmus des Ortes mit seinen Festen und Veranstaltungen einsteigen zu können. Die Zeit für den Kontaktaufbau könnte so verkürzt werden, allerdings brauchen das Kennenlernen, der Aufbau von Vertrauen und das Vernetzen auch eine gewisse Zeit. In der Regel wird in heutigen Projekten aufgrund des Effizienzgedankens zu wenig Zeit für diese Phase eingeplant oder vom Geldgeber zugestanden. Eventuell werden hier die Bedürfnisse der ländlichen Region und deren Zeitlichkeit von überwiegend im urbanen Raum befindlichen Projektträgern übersehen. Eine Teilnehmerin warf die Idee auf, Projektphasen besser getrennt zu finanzieren, um z. B. notwendige Vorarbeiten wie Bedarfsanalysen auslagern und im Projektlauf direkter einsteigen zu können.

Projekte mit dem Schwerpunkt auf Medien haben den Vorteil, dass sie „Produkte“ herstellen, die anschaulich oder anfassbar sind. MedaL hat bewusst, angepasst an die Gewohnheiten der Mehrheit der Bevölkerung in der Projektregion, ein Buch und kein multimediales Produkt erstellt; so kann es an die „Sehgewohnheiten“ anknüpfen (Portraitsammlung „Geschichten aus dem Leben. Menschen in Döbern-Land“).

Zeitlich befristete Projekte sollten von Beginn an eine „Exit-Strategie“ entwickeln und entstandene Angebote in eine lokale Trägerschaft und Verantwortung überführen – wie beim PC-Arbeitsplatz im Treff der Döberner DRK-Begegnungsstätte. Solche Formen von Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit helfen, das Vertrauen in Projektarbeit bei der Bevölkerung zu fördern. Die Impulse, die von externen Projekten gesetzt werden, bleiben so sichtbar und können langsam weiterwirken – auch nach Abschluss der Projektzeit. Neuerungen erhalten so die Chance, langsam in das regionale Gefüge integriert zu werden. Nach Rückzug des Projekts ergeben sich Möglichkeiten für die Bevölkerung, eigene Ideen und Ziele mit diesen Angeboten zu realisieren.

1. Wie können die „historisch gewachsenen“ dörflichen In- und Outsiderzuschreibungen berücksichtigt und im Sinne des Projekts gut genutzt werden? Für ein Projekt von „ganz draußen“ erscheinen manche Akteure sehr aufgeschlossen und gelten auf den ersten Blick als Insider, da sie schon seit vielen Jahren am Ort ansässig arbeiten. Erst auf den zweiten Blick wird sichtbar, dass auch diese von „Alteingesessenen“ immer noch mit Misstrauen und als „Nicht-zu-uns-gehörig“ betrachtet werden; ebenso haben vielleicht Zurück-an-den-Ort-Gezogene oder bewusst aufs-Land-Gezogene einen schwereren Stand als Personen von Ganz-Draußen. Die Facetten von „halb drinnen/halb draußen“ sind sehr vielfältig und bekommen vor allem vor dem Hintergrund neuer Wanderungsbewegungen eine besondere Bedeutung.
2. Wie viel „Unterhaltungsprogramm“ darf die Projektöffentlichkeitsarbeit bieten? Ob Angebote solcher Art nützliche Ergebnisse im Sinne der Projektziele – Förderung der Teilhabe und des Zusammenhalts – erzielen und das Können gestärkt werden, kann nicht pauschal beurteilt werden. Es entscheidet sich letztlich anhand der Performance und den Gegebenheiten eines jeden Projekts.

Workshop III

Türöffner Medien – Alt und Jung im Dialog

Christian Randel

Ausgangslage

Die Kommunikation über Medien stellt in der bestehenden Wissensgesellschaft – nach der persönlichen Kommunikation – die wichtigste Austauschplattform zwischen Menschen dar. Darüber hinaus ermöglichen Medien, auf eigene Anliegen aufmerksam zu machen und so an der Entwicklung der Gesellschaft zu partizipieren. Im Kontext einer generationenübergreifenden Medienarbeit sind Herangehensweise und Durchführung von Projekten im ländlichen Raum besondere Herausforderungen.

Im Vordergrund der medienpädagogischen Arbeit als „Türöffner zwischen Jung und Alt“ stehen dabei in erster Linie das gegenseitige Kennenlernen und die Annäherung der Generationen über gemeinsame Projekte mit Social Media und klassischen Medien. Vor Beginn eines intergenerativen Medienprojekts muss für alle Beteiligten klar sein, über welche Medien der Generationendialog gelingen soll.



Die Arbeit mit Medien hat den Vorteil, dass viele Heranwachsende eine – zum Teil „unbestimmte“ – Medienaffinität aufweisen, die aufgegriffen werden kann; auch die ältere Generation hat ein Interesse an den Medien, weil diese im Alltag immer stärker präsent sind. Medienprojekte müssen versuchen, den medialen und technischen „Gap“ zwischen Jung und Alt in beide Richtungen auszugleichen, d. h. auch die Jüngeren an „bewährte“ und manchmal auch „vergesene“ Medien (wie z. B. Zeitungen) wieder heranzuführen. Bei der Projektdurchführung sollte immer die offene und partizipatorische Mediennutzung oberste Priorität haben, die im generationenübergreifenden Diskurs an den unterschiedlichen Kompetenzstufen der Teilnehmenden ausgerichtet werden muss.

Im ländlichen Raum stellen die Fragen von vorhandener oder nicht-vorhandener Infrastruktur sowie der Mobilitätsaspekt von Jung und Alt eine Herausforderung dar. Hier geschieht die Kommunikation zumeist über die direkte Ansprache und Gespräche, sodass die Personalisierung von Kommunikation v. a. in dörflichen Netzwerken von besonderer Wichtigkeit ist. Vor Projektbeginn ist darum eine intensive Kontaktaufnahme mit den lokalen Akteuren von besonderer Wichtigkeit, wobei sich der größte Erfolg für engagementpolitische Projekte erfahrungsgemäß mit lokal fest verankerten und aus der Region stammenden Mitarbeitern einstellen wird. Auch sind etwaige Hierarchien in Kommunalpolitik und -verwaltung, Vereinen, Dorfgemeinschaften etc. zu beachten, um sich als Projektverantwortliche in diesen Strukturen bewegen und unter Umständen auch behaupten zu können. Im ländlichen Raum kann darum die Niedrigschwelligkeit der medienpädagogischen Angebote als ein Schlüssel zum Erfolg angesehen werden. Es sollte darum gehen, an bestehenden, unter Umständen „brach liegenden“ Strukturen anzusetzen und diese nötigenfalls zu reaktivieren sowie den eigenen Projektsanspruch den lokalen Gegebenheiten anzupassen oder diese mit den Zielen des Projekts in Einklang zu bringen.

Um die gegenseitige Anerkennung der Generationen erfolgreich zu gestalten, bedarf es einer Reflexion im Selbst- und Fremdbild der Teilnehmenden bei gleichzeitiger Vermittlung von Medienkompetenz für alle. Altersunabhängig gesehen, stellt sich für viele das Lernen in der Gruppe als neue Erfahrung dar, die eine Offenheit auf beiden Seiten (Jung und Alt), viel Zeit für die Annäherung in der Gruppe sowie einen Rollen- und Perspektivenwechsel voraussetzt. Vorkenntnisse mit Medien können den intergenerativen Austausch unterstützen, wobei das Expertentum¹ einerseits Sicherheit im Umgang mit Medien gibt und andererseits Anerkennung durch alle Gruppenmitglieder bringt.

1 In den meisten Fällen sind Jugendliche Experten für Technik, Senioren hingegen besitzen einen Vorsprung bei inhaltlichem und formalem Wissen.

Generell wird für die intergenerative Medienarbeit ein geeignetes Projektthema benötigt, welches nicht zu abstrakt für alle Zielgruppen erscheint, Ansatzpunkte für unterschiedliche Meinungen hergibt und auf die Lebenswelten sowie das persönliche Umfeld der verschiedenen Generationen bezogen ist. So können auch die Hürden für intergeneratives Arbeiten – wie z. B. dominantes Verhalten einer Generation innerhalb des Projekts, die Unerfahrenheit im Umgang mit Medien und eine zu starke Produktorientierung – niedrig gehalten werden.

Ziele des Workshops

Im Mittelpunkt des Workshops standen das ergebnisorientierte Arbeiten und die intensive Diskussion über intergenerative Medienarbeit, welche das Verhältnis der Vermittlung von Medienkompetenzen zwischen unterschiedlichen Generationen mit den engagement-politischen Gegebenheiten im ländlichen Raum in den Blick nehmen sollten.

Idealerweise könnten die Ziele des Workshops in der Formulierung von Forderungen an künftige Programme und konkrete Handlungsempfehlungen in Form von intergenerativen Wunschprojekten bestehen.

Ablauf und Methodik

Am Anfang des Workshops stand jeweils eine Vorstellungsrunde mit der regionalen Verortung der Teilnehmenden, welche einige Diskussionsstränge innerhalb des Workshops beeinflusste. Nach jeweils kurzen Inputs von Dr. Susanne Eggert (Evaluation des Projekts „Generationen im Dialog“), Timon Perabo (Projekt „Kriegskinder“) sowie Christian Randel (Projekt „Generation 3xWIR“)² wurden zusammen Ideen und Vorstellungen zu intergenerativen Wunschprojekten formuliert.

Die Skizzierung eines intergenerativen Wunschprojektes mit Medien wurde von jedem Teilnehmenden unter folgenden Gesichtspunkten vorgenommen: Zielgruppen, Thema des Projekts, benutzbares Medium, Ziele und regionale Infrastruktur.

Ergebnisse des Workshops

Im Workshop am Vormittag waren insbesondere die Förderpraxis in Bundesprogrammen sowie die Infrastruktur im ländlichen Raum Gegenstand der Diskussionen. Während eine herausgestellte „Berlin-Zentrierung“ den Fokus der Förderung abgelegener Regionen aus dem Blick verlieren kann, wurde das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, in Form

2 Die drei Projekte stellten die generationenübergreifende Arbeit in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. Da intergenerative Engagementförderung kein expliziter Bestandteil der vier direkt an der Veranstaltung beteiligten Projekte ist, wurden die theoretischen und die praktischen Erfahrungen der o.g. Projekte für den Workshop genutzt.

des Ausbaus von Breitbandanschlüssen, betont, um die Möglichkeiten der Medienarbeit effektiv auszuschöpfen. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde die Förderung von Projekten in peripheren, strukturschwachen Räumen bevorzugt, um mit den Partnern vor Ort nachhaltige engagementfördernde Strukturen zu etablieren.

Ein generelles Problem bei intergenerativen Medienprojekten wurde besonders deutlich: der oft zu gering eingeplante Anteil für den persönlichen Austausch zwischen den Generationen. Während die inhaltliche und praktische Vermittlung von Medienkompetenzen einen großen Teil des Zeitbudgets beansprucht, kommen das eigentliche intergenerative Arbeiten in Form von z. B. Sensibilisierung oder Eingehen aufeinander sowie der gegenseitige und akzeptierende Dialog oft zu kurz.

Um die Kommunikation zwischen Alt und Jung durch Medien zu forcieren, wurden Interventionsmöglichkeiten, Hemmnisse, aber auch Erfolge in der Kommunikation erörtert. Die Methoden und Instrumente für die Ansprache und Aktivierung von Jugendlichen sowie Älteren wurden unter der Überschrift „vom Suchen und Finden der Zielgruppen“ gefasst. Zumeist bilden Senioren einen verlässlichen Teil der Projektpartner, sodass die Aktivierung von Jugendlichen eine der Hauptaufgaben in der generationenübergreifenden Medienarbeit darstellt. Die gezielte Ansprache von Schulen (zur Aktivierung von Jugendlichen) kann nicht der einzige Weg sein: Vielmehr sollte vermehrt die Zusammenarbeit mit Vereinen und anderen Organisationen gesucht werden, welche eine intakte und jahrelange Jugendarbeit betreiben. Im ländlichen Raum können verlässliche Partner die Sportvereine, Freiwilligen Feuerwehren, Kultur- und Freizeitvereine³, aber auch Kirchengemeinden und religiöse Gemeinschaften sein.

Die Nachhaltigkeit der Projekte und ihrer Maßnahmen ist im ländlichen Raum von besonderer Bedeutung. Eine Anbindung der Projektstränge an Kommunalverwaltungen und lokale Vereine kann dabei eine Möglichkeit sein, insbesondere bei Medienprojekten investierte Infrastruktur und den angeschobenen Generationendialog zu institutionalisieren, auch wenn die Projektförderung ausläuft. Mit ihrem Prestige und einer hohen Glaubwürdigkeit sind es die Vereine und Gemeindeverwaltungen im ländlichen Raum, welche angefangene Projektstränge für sich positiv vereinnahmen und weiterführen können.

Wichtigstes Ziel für die am Projekt partizipierenden Akteure und Engagierten im ländlichen Raum muss die Herstellung von Öffentlichkeit sein. Projekte dürfen und können nicht zum Selbstzweck verkommen, sondern der Dialog zwischen den Generationen (über die verschiedenen Kommunikationskanäle) muss öffentlich sichtbar gemacht werden. Anerkennung und Wertschätzung sind (nicht nur) im ländlichen Raum ein hohes Gut für die Engagierten und ins-

3 Zu nennen sind hierbei u. a. Theater- und Gesangsvereine (Chöre), Wander-, Kirmes- oder Karnevalsvereine.

besondere in den Teilen Ostdeutschlands wichtig, die durch eine jahrelange Deprivation, dem Gefühl von Ohnmacht gegenüber den ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen sowie durch ein, in Teilen hegemoniales, Auftreten von rechtsextremen Akteuren gekennzeichnet sind. Erst durch eine generationenübergreifende Ausbildung von Medienkompetenz (deren Ausprägungen am Anfang des Projekts zu bestimmen wären) und das „Lernen mit und zwischen Experten“ werden Menschen befähigt, medial und politisch zu partizipieren.

Die Arbeitsphase brachte mehrere Wunschprojekte zu Tage: Zu den Themen Dorfchronik sowie Geschichts- und Erlebnispfad wurden zwei Projektideen konzipiert, welche im Vordergrund die Vermittlung von Wissen über die Geschichte des Ortes, die Identitätsstiftung strukturschwacher Regionen sowie die unterschiedliche Wahrnehmung und Anerkennung dieser durch die verschiedenen Generationen haben. Einerseits sollen über die Medien Foto und Film, andererseits in Form einer digitalen Landkarte insbesondere kleine Dörfer und ländliche Netzwerke angesprochen werden, welche durch die generationenübergreifende Aneignung von Medienkompetenzen verschiedene Sichtweisen auf das persönliche Lebensumfeld von Jung und Alt sicht- und erfahrbar werden lassen. Ein besonderes Wunschprojekt bestand aus den Themenkomplexen von Sprachen und Dialekten, in Form von multilingualen Grenzerfahrungen. Nicht nur sprachliche Barrieren über die bundesdeutschen Grenzen hinweg sollen dabei in den Blick genommen, sondern bestehende oder auch verschüttete Dialekte von Alt und Jung gemeinsam entdeckt werden. Über Audio- und Videobeiträge können die Erfahrungen der verschiedenen Generationen und gesellschaftlichen Milieus zu Sprachen, Sprachbarrieren und kultureller Vielfalt öffentlich gemacht werden. Kenntnisse von regionalen Dialekten der älteren Generationen vermischen sich dabei mit den sprachlichen Fähigkeiten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen über vorhandene und imaginäre Grenzen hinaus.

Schlussfolgerungen und offene Fragen

In der Gesamtsicht der Fachtagung ergeben sich mit Blick auf die intergenerative Medienarbeit im ländlichen Raum zentrale Ergebnisse und offene Fragen.

Zentrale Ergebnisse

1. Die infrastrukturellen Bedingungen für intergenerative Medienprojekte im ländlichen Raum sind jeweils von den technischen Gegebenheiten vor Ort, der Schwerpunktsetzung in der Förderpraxis sowie der Verankerung der Projektverantwortlichen abhängig.
2. Engagement- und medienpolitische Projekte sollten die bürgerschaftlichen Strukturen in der Region nutzen, um die Bedarfe der Engagierten zu ermitteln und die Anknüpfung an Themen der Bürger im Sinne einer effektiven Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

3. Die Herstellung von Öffentlichkeit mit und für die Engagierten durch mediale Kommunikationskanäle hat einen besonderen Stellenwert im ländlichen Raum, der Anerkennung und Wertschätzung vermittelt.
4. Die Themensetzung zu Beginn intergenerativer Medienprojekte ist entscheidend für ihr Gelingen und sollte sich an den Lebenswelten von Jung und Alt im ländlichen Raum sowie ihrem bürgerschaftlichen Netzwerk ausrichten.

Offene Fragen

1. Wie können die Förderpraxis von Projekten und die Projektablaufplanung so gestaltet werden, dass der Anteil an persönlichem Austausch bei intergenerativen Medienprojekten erhöht werden kann?
2. Welche Lösungen sind unter geringem Ressourcenaufwand und sich verändernden Mobilitätsaspekten im ländlichen Raum für die medienpädagogische Arbeit in der Fläche praktikabel?
3. Wie muss das Verhältnis zwischen sozialen und etablierten Medien gestaltet sein, um die Erfahrungsunterschiede in der intergenerativen Medienarbeit aufzugreifen?

Workshop IV

Von Ignoranten und aktiven Gegnern – Kommunale Akteure im Umgang mit Rechtsextremismus

Dr. Anna Richter, HafenCity Universität Hamburg

Ausgangslage

Andreas Grau (IKG, Universität Bielefeld) und Swantje Tobiassen (Amadeu Antonio Stiftung) setzten sich in ihrem Workshop explizit mit Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements und den gesellschaftlichen Strukturen auseinander, die Engagement gegen Rechtsextremismus strukturell behindern oder befördern (können).



Aus den Vorträgen vom Vortag ergaben sich für den Workshop IV folgende zentrale Aspekte:

- Der jeweilige Umgang mit Demokratiefeindlichkeit und ganz besonders mit Rechtsextremismus müsse verstanden, analysiert, verändert und weitergedacht werden. Dabei können die Projekte wichtige Impulse geben. Allerdings sollte nicht davon ausgegangen werden, dass einzelne Projekte gesellschaftliche Strukturen kaum durchgängig verändern können.

- Engagement, Partizipation und Beteiligung müssen spezifiziert und mit Inhalt gefüllt werden. Für oder gegen was richtet sich demokratisches und zivilgesellschaftliches Engagement? Wo ist Beteiligung möglich, wo muss sie erarbeitet und eingefordert werden? Wo sind aber auch Institutionen und Verwaltungen gefragt?
- Im Rahmen der Auseinandersetzung mit Demokratie gilt es außerdem, das oft nicht näher hinterfragte Demokratieverständnis zu der jeweiligen Demokratierealität in Beziehung zu setzen, in der diese Auseinandersetzung stattfindet. Die Bielefelder empirischen Langzeitstudien zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer 2002-2012) zeigen, dass die Zivilgesellschaft von weitverbreiteten Vorurteilen und demokratiefeindlichen Momenten durchdrungen ist, die in Form von z. T. latenter Abwertung schwacher Gruppen in der Gesellschaft auftreten. Es reicht nicht, von den Bürger/-innen auf der einen Seite und den Rechtsextremen auf der anderen Seite zu sprechen; statt Positionen zu definieren, gilt es tatsächliche Praxis in ihren Kontexten zu verstehen und dadurch zum Gegenstand einer politischen Auseinandersetzung zu machen.
- Engagement ist nicht per se demokratisch und förderungswürdig; schließlich seien – so die Annahme – gerade rechtsextreme Gruppierungen und Strukturen im ländlichen Raum äußerst engagiert und demonstrierten Zusammenhalt. Anna Klein betonte, dass Engagement kein Wert an sich sein kann, sondern es auch darauf ankomme, ob Menschen sich überhaupt engagieren wollen. Gleichwohl warnte sie vor „Scheinpartizipation“.
- Wichtig ist es, die übergeordneten gesellschaftlichen Veränderungen in die Auseinandersetzung mit einzubeziehen, statt sie als abstrakte Rahmensetzung zu betrachten. Die voranschreitende Ökonomisierung und Privatisierung von Öffentlichkeit und Gemeingütern – z. B. Zeitungen, Mobilitätsinfrastrukturen – deutet auf einen Verlust an Aushandlungsmöglichkeiten und Gestaltungsspielräumen hin. Es entstehen so gerade im ländlichen Raum Leerstellen, die eine Beteiligung an öffentlichem Diskurs und Leben nicht nur in der Breite reduzieren, sondern auch inhaltlich beschränken. Gerade hier ist die Kommune gefragt.
- Politik und Verwaltung sind sowohl Bühne als auch Handlung, institutionelle Form und politischer Inhalt, rahmensetzend und aushandelnd. Beide Dimensionen sind damit veränderbar. Prof. Dr. Andreas Zick, Prof. Dr. Beate Küpper und Dr. des. Anna Klein betonten die Rolle politischen Willens, der angesichts wirtschaftlicher Zwänge oft ins Hintertreffen gerate.

Prof. Dr. Beate Küpper machte in ihrem Vortrag deutlich, dass öffentlicher Raum sozial hergestellt werde; er ist nicht einfach „da“. Ebenso ist die „Bespielung“ und Bedeutung dessen, was als öffentlicher Raum und öffentliche Diskussion in ihm zugelassen wird, eine Frage immer wieder neu zu verhandelnder Grundsätze. Wird diese Annahme vernachlässigt, die in den

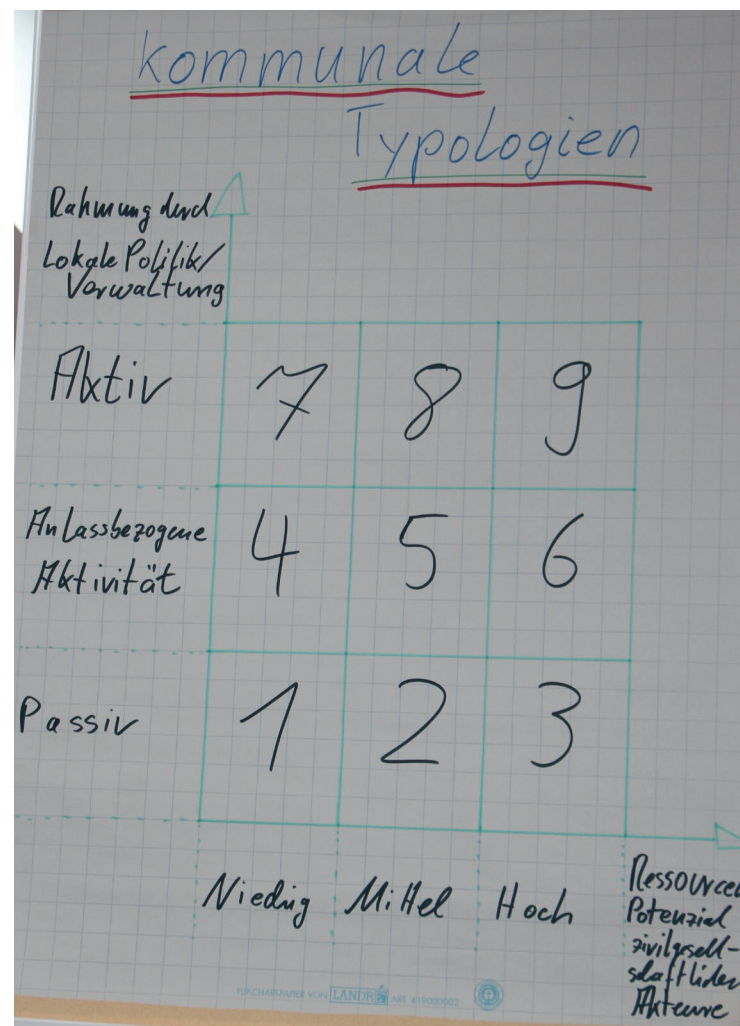
raumwissenschaftlichen Diskussionen anerkannt ist, werden gesellschaftliche Verhältnisse als verhärtet wahrgenommen und scheinen wenig Raum für Veränderungen und aktive Auseinandersetzungen zu bieten. Dieser Problematik wendete sich der von Andreas Grau und Swantje Tobiassen veranstaltete Workshop zu.

Ziele des Workshops

Die 16 Teilnehmer/-innen des Workshops belegten ein starkes Interesse an einer Auseinandersetzung mit „Ignoranten und aktiven Gegnern“, die darauf abzielte, „kommunale Akteure im Umgang mit Rechtsextremismus“ zu typisieren, um verschiedene Strategien für die Beratung zu entwickeln und durchzuspielen. Daraus wurden Möglichkeiten ausgelotet, aktiv in die jeweilige Konstellation einzugreifen und neue Ansätze vorzuschlagen oder bestehende Netzwerke zu stärken. Die Heuristik ist dabei als Verstehensmuster zu begreifen, den lokalen Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im weiteren und Rechtsextremismus im engeren Sinne zu charakterisieren. Liegt die Ignoranz stärker bei kommunalen/administrativen Akteuren oder bei der Zivilgesellschaft oder bei beiden vor? Gibt es Momente, an die konstruktiv und ermächtigend angeknüpft werden kann (empowering)?

Ablauf und Methodik

Der Workshop legte damit den Fokus auf zwei zentrale Dimensionen: Zivilgesellschaft und Verwaltung/Politik. Das von Grau/Borstel/Marth entwickelte Raster orientiert sich an diesen Achsen und ermöglicht es, die lokale Rahmung hinsichtlich des Umgangs mit der Thematik des Rechtsextremismus auf einer Skala einzuordnen. So kann die Zivilgesellschaft als Ressource entweder niedriges, mittleres oder hohes Potenzial zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aufweisen. Auch die Verwaltung und Politik treten entweder passiv, anlassbezogen oder aktiv gegen demokratiefeindliche Strömungen und Einstellungen auf.



Der Workshop bot den Teilnehmer/-innen die Möglichkeit, anhand von Beispielen (aus der eigenen Arbeit oder persönlich relevanten Kommunen) auszuloten, wie die jeweils spezifischen Konstellationen aussehen (status quo), um so mögliche Blockaden herauszuarbeiten. Diese können zentrale Aufschlüsse für die Beratungsarbeit geben und aktive Einflussnahme gezielt erleichtern. Die Heuristik ist dabei notwendig vereinfachend, doch bietet sie als erkenntnistheoretisches Modell eine Typologisierung, mittels derer nicht an jedem Ort „das Rad neu erfunden“ werden muss. Sie reduziert die Komplexität, um diese als solche begreifbar zu machen. Gleichsam bietet sie eine praktische Basis für beratende Tätigkeiten und Projektansätze, die nicht „bei Null“ anfangen und das methodische Vorgehen strukturieren, das sich an konkreten Fragen orientiert: Was will ich als Akteur überhaupt erreichen? Ebenso standen die Bedingungen zur Diskussion: Welche Mittel und Voraussetzungen finde ich vor Ort?

Im zweiteiligen Workshop stand zunächst die als work in progress zu verstehende Heuristik selbst zur Diskussion. Die neun kommunalen Typen lassen sich folgendermaßen beschreiben:

1. Die verschlossene Kommune: Politik und Verwaltung sind passiv, die Ressourcen und das Potential zivilgesellschaftlicher Akteure sind niedrig; Ansatz: Wen gibt es hier, wer ließe sich aktivieren? Man braucht unbedingt Partner, es hat wenig Sinn, allein gegen Rechtsextremismus (REx) zu arbeiten.
2. Die schwache Kommune: Politik und Verwaltung sind passiv, die Ressourcen und das Potenzial zivilgesellschaftlicher Akteure sind ansatzweise vorhanden. Es gibt keine tragfähige Basis für produktive Arbeit gegen REx. Ansatz: Möglichkeiten für Engagement mit zumindest einem zivilgesellschaftlichen Akteur/einer Partnerorganisation aufgreifen.
3. Die zivilgesellschaftlich dominierte Kommune: Potenzial in der Zivilgesellschaft, wenig bis kein Interesse (politischer Wille) in Verwaltung und Politik. Spannungen zwischen aktiv gegen REx Engagierten und passiver Kommune sind vorprogrammiert. Ansatz: Die Verwaltung muss sich damit auseinandersetzen, dass die Zivilgesellschaft ihr demokratisches Engagement als Arena der Beteiligung einfordert. Im Dialog mit der Kommune ließe sich hier konstruktiv ansetzen.
4. Die anlassbezogene Kommune: Keine regelmäßige oder nachhaltige Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Tendenzen und/oder gar Rechtsextremismus, sondern symbolische anlassbezogene Aktivitäten etwa nach Gewalttaten. Hier gibt es Ansätze politischen Bewusstseins, an die man anknüpfen kann und die es zu verstetigen gilt. Schwieriger ist es hier, die Zivilgesellschaft zu erreichen. Wie ließe sich diese stärken, um Verwaltung und Politik zu unterstützen?
5. Die durchschnittliche Kommune: Sowohl Kommune als auch Zivilgesellschaft arbeiten anlassbezogen durchaus Hand in Hand, es fehlt aber an alltäglichen Strategien im Umgang mit REx. Ansatz: z.B. Jugendarbeit, die nicht nur Demonstrationen und

- Bürgerfeste veranstaltet, sondern kontinuierlich arbeitet und sowohl zivilgesellschaftlich als auch verwaltungstechnisch etabliert wird.
6. Die zivilgesellschaftlich angetriebene Kommune: Die Zivilgesellschaft ist relativ stark in ihren Ressourcen, braucht aber Unterstützung von Seiten der Verwaltung und Politik, die weiterhin anlassbezogen vorgeht. Ansatz: Die Intervention muss auf der kommunalen oder staatlichen Seite ansetzen und den Umgang mit REx im Tagesgeschäft der Politik sichtbar machen.
 7. Die staatlich dominierte Kommune: Hier ist, im Kontrast zu Typ 3, die Verwaltung vor Ort treibende Kraft der Auseinandersetzung. Die Zivilgesellschaft ist kaum eingebunden, wodurch eine unüberwindbar erscheinende Distanz zwischen Politik und Zivilgesellschaft entstehen kann. Ansatz: Der Entfremdung der Zivilgesellschaft entgegenwirkend, kann die Verwaltung zur Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aufrufen.
 8. Die partnerschaftliche Kommune: In dieser Konstellation dominiert die kommunale Seite: lokales Engagement, integriert z. B. in Form von Projekten zivilgesellschaftliche Akteure. Ansatz: Hier kann am mangelnden Gleichgewicht der Partner angesetzt werden, indem auf zivilgesellschaftlicher Ebene die Auseinandersetzung gezielt unterstützt wird und die Ressourcen sowie Potenziale aktiviert und verstetigt werden.
 9. Die ideale Kommune: Kommune und Zivilgesellschaft arbeiten aktiv und mit hohem Potenzial gegen Rechtsextremismus Hand in Hand und vertreten diese Haltung laut und deutlich nach außen. Hier ist kaum noch externe Intervention notwendig. Hilfreich sind dagegen wissenschaftliche Erkenntnisse, die Aufschluss über die Mechanismen der guten Zusammenarbeit geben können.

Die an die Vorstellung der Heuristik anschließende Diskussion ergab Fragen, Anmerkungen und Kritik, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen:

Die Einordnung der Kommunen in Raster wurde als sehr schwierig wahrgenommen. Andreas Grau betonte, es gehe bei dem idealtypischen Modell immer um den nächsten Schritt: Was können wir tun, wo können wir anknüpfen? Wie sind Verwaltung und Zivilgesellschaft je in sich und miteinander vernetzt? Es geht gar nicht so sehr um die korrekte Einordnung, sondern um die Handlungsansätze, die sich aus der Einordnung ergeben. Die Reduktion der Komplexität erleichtert zielgerichtete Beratungs- und Handlungsansätze. Die Typologie erfordert dabei auch eine Selbsteinschätzung und Reflexion eigener Ressourcen und Potenziale. Gleichzeitig ist die Komplexitätsreduktion problematisch, weil sowohl die Verwaltungsebene als auch die Zivilgesellschaft als konsistent und in sich einig dargestellt werden. Deshalb kann die Heuristik wichtige Impulse für eine Bestandsaufnahme liefern, muss aber durch die Bearbeitung konkreter Fälle erweitert (und damit kompliziert) werden. Das Raster kann zur Zielsetzung beitragen (Wir wollen von 3 auf 9! Wir wollen die Verwaltung aktivieren), produktive Entwicklungsschritte

dokumentieren (Der Bürgermeister ist offen), aber auch Rückschritte abbilden (Rückzug von Partnern). Es geht zwar konkret um den Umgang mit Rechtsextremismus, im Prinzip aber um Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und darüber hinaus um das Zusammenleben insgesamt. Im Zwischenfazit wurde festgehalten, dass demokratisches Engagement notwendiges Engagement gegen Rechtsextremismus ist.

Im zweiten Teil des Workshops wurde in Gruppen an zwei Fällen gearbeitet. Nach der World Cafe Methode wurde die Diskussion von einer Schriftführerin auf der Papiertischdecke festgehalten und der anderen Gruppe nach dem Tischwechsel kurz erläutert. Für zwei idealtypische Kommunen wurden Strategien der Aktivierung demokratischen Engagements und aktiven Umgangs mit Rechtsextremismus erarbeitet: Typ 3, die zivilgesellschaftlich dominierte Kommune mit hohem Potenzial an zivilgesellschaftlichem Engagement und einer passiven Verwaltung und Typ 5, die durchschnittliche Kommune, in der die Verwaltung höchstens anlassbezogen gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorgeht und die Zivilgesellschaft nicht stark genug ist, alltäglichen Rassismus zu thematisieren und selbst der Auseinandersetzung aus dem Weg geht.

Ergebnisse des Workshops: Aktivierungsstrategien in konkreten Konstellationen

Fall 3: Die zivilgesellschaftlich dominierte Kommune mit starkem Engagement in der Zivilgesellschaft und einer passiven Verwaltung und Politik

Als wichtiger Ansatzpunkt wurde über Kommunikation in Form und Inhalt diskutiert sowie die folgenden Strategien als einzelne Schritte und aufeinanderfolgende Ziele herausgearbeitet:

1. Der Klassiker ist das öffentliche Statement. Vertreter der Politik und Verwaltung, aber auch aus der Wirtschaft, können ihr Unbehagen öffentlich zum Ausdruck bringen. Hier geht es zunächst um die öffentliche Positionierung.
2. Der Bürgermeister muss überzeugt werden, in seiner Funktion zu dieser öffentlichen Positionierung Stellung zu nehmen. Wo dies schwierig erscheint, kann alternativ und zusätzlich der Versuch unternommen werden, Kreistag oder Landtag ins Boot zu holen. Es gilt dabei, neutrale Kommunikationsräume zu schaffen, in denen keine Seite die Oberhand (z. B. Hausrecht) hat.
3. Angebot, die Schirmherrschaft für Projekte zu übernehmen: Wirtschaftsvertreter, Bürgermeister, Prominente können in lokal festgefahrenen Konfliktstrukturen wichtige Zeichen setzen und bisher wenig Interessierten und Engagierten Identifikationspotenzial bieten. Gleichzeitig entsteht eine Außenwirkung über die Kommune hinaus.
4. Wenn, wie in manchen der Vorträge erwähnt, die Verwaltung Spielräume verwaltet und dabei durchaus auch Spielraum hat, ist genau hier nach potenziellen Ansprechpartner/innen zu

suchen. In Pasewalk erwies sich gerade die Verwaltung als äußerst produktive Partnerin.

5. Über Umwege denken und handeln: Keinen direkten Zugang zur Verwaltung oder zum Bürgermeister zu haben darf nicht entmutigen. Vielleicht ist ein Umweg über einen Verein, ein überregionales Netz o. ä. notwendig, um die jeweils zentrale Stelle zu erreichen, die eine Partnerschaft erfordert. So sind auch Amtsträger einzubinden (als Schirmherren, Redner, Partner etwa) und die vor Ort existierende zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit mit einzubeziehen (Beispiel aus dem Projekt „Region in Aktion“: Held/in_dorf, wo der Kleingartenverein Gemüse für die „Suppe der Superlative“ spendete. Gibt es Gärtnerinnen und Gärtner, machen wir eben etwas mit Gemüse!)

6. Regionale Vernetzung: Erarbeiten, wo in der näheren Region Multiplikatoren, Organisationen, Institutionen und Netzwerke sind, die mobilisiert werden können (ein Beispiel ist das Bündnis der Bürgermeister aus Vorpommern, über das wiederum in der Lokalpresse berichtet werden kann).

Fall 5: In der durchschnittlichen Kommune arbeitet die Verwaltung anlassbezogen und die Zivilgesellschaft nur schwach organisiert

Hier ist es wichtig, die Aufklärungsarbeit auf breiterer Ebene anzusiedeln, da sowohl die Verwaltung als auch die Zivilgesellschaft in ihrem demokratischen Engagement stärker aktiviert werden müssen, um im Raster weiter in Richtung der idealen Kommune zu rücken. Die Gruppe diskutierte Sensibilisierungsstrategien, z. B. in Bezug auf die Wahl der Schule schulpflichtiger Kinder. Aus Ludwigslust wurde berichtet, dass die Ansiedlung von Asylsuchenden im Einzugsbereich einer Schule effektiv vor allem indirekt verhandelt wird, indem Eltern ihre Kinder auf eine andere Schule schicken. Der von dieser Gruppe bearbeitete Ansatz basierte auf der Idee des Konfliktlotsen. Ziel ist es dabei, Abwertung insgesamt zu thematisieren, als tatsächlichen Gegenstand von Aushandlungsprozessen zu begreifen und somit auch im Alltag demokratiefeindlichen Tendenzen konsistente Grenzen zu setzen. Konfliktlotsen können ein Problembewusstsein proaktiv unterstützen und nicht zuletzt darüber die Zivilgesellschaft insgesamt stärken. Wichtig war in der Diskussion an dieser Stelle der Verweis auf die gestaltende Einflussnahme der Verwaltung, die für einen solchen Ansatz zu gewinnen wäre. Die durchschnittliche Kommune erfordert einen Handlungsansatz, der ihre Durchschnittlichkeit durchbricht und zivilgesellschaftliches Engagement als Gegenstand von Mainstreaming-prozessen begreift. Das bedeutet, dass es Konfliktlotsen, Lehreraustausch und gute Fortbildungen geben muss und dass Schulevaluationen gelebte und gelehrte Demokratie in ihren Bewertungen berücksichtigen.

Literatur

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2002-2012): Deutsche Zustände. Folge 1 bis 10. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Vortragende



Prof. Dr. Andreas Zick

Universität Bielefeld, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung. Er forscht zu Vorurteilen, Akkulturationsprozessen und Gruppenkonflikten. Er leitet unter anderem das Projekt „ZuGleich“, welches sich mit ein- und ausschließenden Identitäten in heterogenen Gesellschaften befasst.



Dr. Ansgar Klein

PD, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Politikwissenschaft. Als Fellow am dortigen Maecenata-Institut forscht er zum bürgerschaftlichen Engagement. Er ist Geschäftsführer des „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ und Mitherausgeber der Buchreihe „Bürgergesellschaft und Demokratie“.



Dr. Martin Welker

PD, Universität Leipzig, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft. Er forscht u.a. zu Lokaljournalismus sowie zu kommunalen Kommunikationsprozessen. Er führte die Begleitforschung des Projekts „Die AUFmacher“ der Jugendpresse Berlin durch.



Prof. Dr. Beate Küpper

Hochschule Niederrhein, Fachbereich Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen. Sie arbeitet zu den Themen Vorurteile, Diversity und Integration und koordinierte die 10-jährige Langzeitstudie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland“ sowie das gleichnamige Projekt in Europa.



Dr. des. Anna Klein

Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen politische Kultur, politische Sozialisation und Demokratiepädagogik. Aktuell arbeitet sie zum Umgang mit Konflikten in demokratischen Gesellschaften.

Referentinnen und Referenten



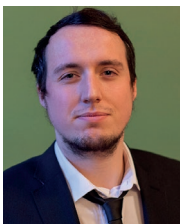
Andreas Grau

ist Diplom-Sozialwissenschaftler und seit 2008 Projektleiter am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Er hat u.a. zu den Themen Fremdenfeindlichkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit publiziert. Zuletzt hat er zusammen mit Wilhelm Heitmeyer das Buch „Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden“ herausgegeben.



Bernd Ketzler

ist Politologe (M.A.) und wissenschaftlicher Mitarbeiter des IBI – Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft. Er arbeitete in unterschiedlichen Projekten zum Themenkomplex „Gesellschaftliche Entwicklung strukturschwacher Räume“. Als Leiter des Modellprojektes „Medien auf dem Land“ entwickelt und erprobt er Medienkonzepte in ländlichen Räumen der Niederlausitz.



Christian Randel

ist Politologe (M.A.) und Projektleiter von „Generation 3xWIR“, einem Modellprojekt zur Förderung des intergenerativen bürgerschaftlichen Engagements im ländlichen Raum der Otto Benecke Stiftung e.V., Bonn. Seine Arbeits- und Forschungsfelder sind Kommunal- und Landespolitik, Repräsentations- und Partizipationsforschung sowie Engagementpolitik.



Karoline Schnetter

ist Diplom-Psychologin und arbeitet seit 2001 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am IBI – Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft. Als Projektleiterin des Arbeitsbereichs Evaluation führt sie regelmäßig empirische Erhebungen und Projektberatungen durch. Das Modellprojekt „Medien auf dem Land“ wird von ihr wissenschaftlich begleitet.



Mandy Buschina

ist Kulturwissenschaftlerin (M.A.) und koordiniert für die Jugendpresse Deutschland e.V. das Bürgerzeitungsprojekt „Die AUFmacher“. Sie arbeitet darüber hinaus als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Slawistik der Humboldt-Universität zu Berlin.



Dr. Susanne Eggert

ist Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin. Seit 1998 ist sie am „JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis“ in der medienpädagogischen Forschung tätig. Sie führte u.a. die wissenschaftliche Evaluation des Projekts „Generationen im Dialog“ durch. Seit 2005 ist sie außerdem verantwortliche Redakteurin der medienpädagogischen Fachzeitschrift „merz | medien + erziehung“.



Svenja Perlitz

ist Geschichtswissenschaftlerin (M.A.). Einer ihrer Schwerpunkte liegt in der historisch-politischen Bildungsarbeit. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin arbeitet sie im Projekt „Medien auf dem Land“ des IBI – Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft. Dort konzipiert und koordiniert sie die pädagogischen Aspekte des Medienkonzepts im ländlichen Raum.



Timon Perabo

ist Diplom-Politologe und Leiter des Projektes „Kriegskinder – Lebenswege bis heute“ am Anne Frank Zentrum in Berlin. Er realisierte von 2007 bis 2009 als Kulturmanager der Robert Bosch Stiftung im Kosovo internationale Literatur-, Film und Geschichtsprojekte. Zudem ist er freier Journalist und Autor des Buches „Sehnsucht im Koffer – Geschichten der Migration zwischen Kosovo und Deutschland“.

Swantje Tobiassen

Public Policy (M.A.), ist seit 2011 Projektleiterin von „Region in Aktion – Kommunikation im ländlichen Raum“ der Amadeu Antonio Stiftung und entwickelt gemeinsam mit Künstler/-innen Kommunikationsprojekte für ländliche Regionen in Ostdeutschland. Zuvor arbeitete sie in Südafrika und Namibia u.a. für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) mit zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren im Bereich HIV/AIDS-Prävention.

Projektbeschreibung „Medien auf dem Land“

Das Modellprojekt „Medien auf dem Land“ (MedaL) des IBI - Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft strebte die Etablierung einer lebendigen und demokratischen Kommunikations- und Gemeinwesenkultur im Amt Döbern-Land, Landkreis Spree-Neiße, an. Diesem Ziel verpflichtet, entwickelte und erprobte MedaL Medienkonzepte, die inhaltliche und methodische Ansätze im Themenbereich demokratischer Teilhabe und zivilgesellschaftlichen Engagements ermöglichen sollten.

Eine Analyse der bestehenden Medien- und Kommunikationsstrukturen vor Ort ermittelte zunächst Bedarfe für eine optimierte Nutzung von Medien. Beispiele hierfür waren die Kommunikation mit der örtlichen Verwaltung, die Öffentlichkeitsarbeit von Vereinen und Verbänden oder die Vermittlung von Medienkompetenz im schulischen Umfeld. Unter aktiver Beteiligung der Zivilgesellschaft und gemeinsam mit Partnern aus Politik und Verwaltung, Bildung und Vereinen wurden Lösungsansätze erarbeitet, die einen kompetenten Umgang mit Medien in Produktion und Nutzung in der Bevölkerung förderten. Dabei wurden sowohl konventionelle Informations- und Kommunikationsangebote als auch die Möglichkeiten des Internets genutzt. Bereits bestehende Medien wurden mit neu hinzukommenden verknüpft.

- In Zusammenarbeit mit der Lausitzer Rundschau realisierte MedaL eine Kommunikationsplattform und Medienkompetenz-Workshops, damit Leserreporter/-innen an der demokratischen Gesellschaft in ihrem regionalen Umfeld direkt teilhaben können. Mit interessierten Bürger/-innen wurden unter anderem das journalistische Schreiben, Bildbearbeitung oder Präsentationsformen erlernt. Die Ergebnisse sehen Sie unter <http://leser-fuer-leser.de/doeborn/>
- Wie kann man Lebensgeschichten aus Döbern-Land nachzeichnen und auf neue interessante Weise darstellen? Die Porträtsammlung „Geschichten aus dem Leben – Menschen in Döbern-Land“ ging dieser Frage mit Hilfe von 4 Autorinnen und Autoren aus der Region nach. Es entstand ein Buch, das mit seinen unterschiedlichen Porträts und der Karte mit lokalen Schätzen die Vielfalt des Amtsgebietes abbildet. Das Buch ist ein Beitrag zur Stärkung der regionalen Identität im Amt.

- Modulare Workshops regten die Bürger/-innen des Amtes an, sich mittels Medienarbeit aktiv mit ihrer Region auseinanderzusetzen. Die Evangelische Grundschule in Groß Kölzig und die DRK Begegnungsstätte Döbern wurden zu Orten der Begegnung, in denen die Bewohner/-innen den Umgang mit Medien lernen. Medienklassenfahrten ermöglichten Grundschüler/-innen erste Erfahrungen in Textgestaltung, Bildbearbeitung oder mit den Tücken des Internets. Einsteigerkurse für ältere Menschen vermittelten in mehreren Modulen alles Wissenswerte über Computer, ihre Nutzungsmöglichkeiten sowie Sicherheitsfragen. Auf Wunsch des Seniorenbeirats Döbern wurde in der DRK Begegnungsstätte ein PC-Raum ausgestattet, der nun von unterschiedlichen Einrichtungen und Initiativen genutzt wird.

In den vergangenen zwei Jahren sammelte MedaL wertvolle Erfahrungen über die Mediennutzung, Vermittlung von Medienkompetenz und Aktivierung von öffentlicher Kommunikation im ländlichen Raum. Um dieses Wissen für andere Projekte und zukünftige Programme nutzbar zu machen, schließt sich an die Praxis- eine Transferphase an, in deren Rahmen die heutige Fachtagung stattfindet.



PRODUKTIVE UNRUHE

Projektbeschreibung „Produktive Unruhe: Kommunikative Aktivierung im ländlichen Raum“

Ländliche Räume sind häufig unkommunikative Räume. Es gibt nur wenige Orte und noch weniger Gelegenheiten für Junge und Alte zusammenzukommen und sich über bestimmte Belange auszutauschen. Indem die Medienkompetenz und die Mediennutzung der Bürger/-innen gefördert wird, kann auch die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unterstützt werden.

Keine Jugendclubs, keine Seniorentreffs – selten bieten kleine Orte in ländlichen Gebieten ausreichende Bedingungen und Möglichkeiten für die Anwohner/-innen, um aufeinanderzutreffen, sich auszutauschen, ihre Meinungen und Sorgen zu teilen und Einfluss auf ihr Umfeld auszuüben. Wo es weder reale noch virtuelle Treffpunkte gibt, können Bürger/-innen aber nicht am politisch-gesellschaftlichen Leben teilhaben. Teilhabe jedoch ist ein zentraler Bestandteil der sozialen und politischen Integration in einer demokratischen Gesellschaft, ohne Teilhabe zerfällt eine Gesellschaft in ihre Einzelteile, in Junge und Alte, in sozial Schwache und sozial Bessergestellte, in Einheimische und Eingewanderte.

Das Projekt „Kommunikative Aktivierung im ländlichen Raum“ soll sowohl jüngeren als auch älteren Bürger/-innen (wieder) eine Stimme geben, es soll sie vor politischer Apathie schützen und sie dazu bewegen, Verantwortung für sich selbst und ihr Umfeld zu übernehmen. Wie aber lässt sich dieses Ziel erreichen? Die Wissenschaftler/-innen der Universität Bielefeld untersuchen Methoden, die sich Bewohner/-innen ländlicher Gebiete zu Nutze machen können, um für sie wichtige Themen auf die lokale Agenda und ihre Meinungen und Positionen zum Ausdruck zu bringen. Anschließend sollen die Bürger/-innen an ausgewählten Orten ihre Medienkompetenz unter Beweis stellen und, unterstützt durch Fachleute aus Wissenschaft und Medienpraxis, ihre Stimmen, Meinungen und Aussagen anderen mitteilen und mit diesen diskutieren.



Auf der Suche nach Heldinnen und Helden: Die Reise held/in_dorf Eine Aktion von „Region in Aktion“ der Amadeu Antonio Stiftung

Damerow hat wieder ein Café. Der Dorfchronist aus dem kleinen Ort in Vorpommern hat sich für einen Treffpunkt im Ort eingesetzt. Als er in den Bus einsteigt in dem Vorpommeraner, Besucherinnen und Besucherer und internationale Künstlerinnen und Künstler sitzen, schallt ihm Applaus entgegen. In den Augen der Reisenden ist er ein Held, einer, der einem kleinen verschlafenen Dorf wieder Leben eingehaucht hat.

Um regionale Held/innen kennenzulernen hat die Amadeu Antonio Stiftung gemeinsam mit schloss bröllin e.V. aus Vorpommern, Zossen zeigt Gesicht aus Brandenburg und The Working Party aus Berlin „held/in_dorf“ initiiert, eine außergewöhnliche Busreise mit anschließendem Festessen.

Auf der Reise stellten lokale Vereine und Initiativen ihre Angebote vor und schufen vielfältige Begegnungen. Immer wieder hielten die Busse, damit die Reisenden Tanz und Theater auf Feldern und Plätzen erleben konnten. Die Tour verband Theater und die Vorstellung der Initiativen. Auf unterhaltsame und kreative Weise wurde auf der Reise die Herausforderung gemeistert, Kommunikation zwischen den weit verstreuten zivilgesellschaftlichen Initiativen herzustellen und sie den Menschen in der Region vorzustellen. Zusammen mit den schauspielerischen Darbietungen und einer Audio-Collage mit Interviews von Menschen aus der Region zum Thema Helden entstand so ein Gesamtkunstwerk und Auseinandersetzung mit Heldenmythen und demokratischen Alltagshelden.

Der Abend wurde mit einem Erntedankfest der besonderen Art eingeleitet. Aktionskünstler sind über die Dörfer gefahren, haben Gärtnerinnen und Gärtner kennengelernt und aus ihrem Gemüse Suppe für 200 Gäste gekocht. Viele von ihnen sind zum Abendessen gekommen, einige waren schon auf der Busfahrt dabei. Ein Ehepaar, das Zucchini und Kartoffeln gespendet hat, zerschnitt feierlich das Band und eröffnete das Festessen.

Durch das Projekt „Region in Aktion“ werden Personen, Vereine und Initiativen gestärkt, die diese Entwicklungen nicht unwidersprochen hinnehmen. Mit den Mitteln der darstellenden Kunst

werden neue Formen gegenseitiger Wahrnehmung und Anerkennungskultur geschaffen. Die Suche nach lokalen Held/innen fand in mehreren Schritten statt. Im ersten Teil wurden gemeinsam mit Akteuren aus der Region eine Sozialraumanalyse und aktivierende Befragung durchgeführt. Anschließend fanden auf Schloss Bröllin, einer internationalen Kunst- und Begegnungsstätte, von Künstlern geleitete Workshops statt, deren Ergebnisse auf der Bustour einem breitem Publikum präsentiert wurden. Erstaunliche Geschichten wurden zutage gefördert und das Thema „Held/innen“ vielschichtig bearbeitet und ein so liebevoller Blick auf die Region präsentiert. Auch die Busfahrer von der kreislichen Verkehrsgesellschaft zeigten sich begeistert von der ungewöhnlichen Tour. „Wir wussten gar nicht, dass es das alles gibt!“

Das Projekt spiegelt die zentralen Ziele der Amadeu Antonio Stiftung wider. Sie stärkt seit ihrer Gründung 1998 eine demokratische Zivilgesellschaft, die sich konsequent gegen Rechts-Extremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Hierfür hat sie überall in Deutschland über 700 lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Schule, Opferschutz und Opferhilfe, kommunale Netzwerke sowie Hilfsangebote für Aussteiger aus der Naziszene unterstützt.



Bürger berichten, was vor Ort bewegt

Mit dem Modellprojekt „Die AUFmacher“ hat die Jugendpresse Deutschland neues Terrain betreten. In Regionen, die oftmals als „aussterbend“ bezeichnet werden, haben wir jede Menge Leben gefunden – und Engagement.

Den Anfang des AUFmacher-Projektes markierte eine schlichte Erkenntnis: Journalismus muss für alle da sein. Die Jugendpresse Deutschland, der Bundesverband junger Medienmacher, hatte in ihren Projekten von der mobilen Medienakademie bis hin zu internationalen Austauschprojekten eine Menge Erfahrung gesammelt und viel über die Zusammenhänge von Medienkompetenz, Engagement und Partizipation gelernt. Warum dieses Wissen nicht in einem generationenübergreifenden Projekt anwenden?

So entstand die Idee, in ländlichen Räumen Bürgerzeitungen aufzubauen: Erfahrene Medientrainer verbinden ihre Fähigkeiten mit dem Wissen lokaler Partner in den Regionen. Gemeinsam laden sie Bürger ein, um an Medientrainings teilzunehmen und die Grundlagen zu erlernen, selbst eine Zeitung zu gestalten.

Als Modellorte wurden die Regionen Ludwigslust-Parchim in Mecklenburg-Vorpommern und der Vogtlandkreis in Sachsen ausgewählt – Regionen in Ostdeutschland, die oft als „aussterbend“ oder „vergessen“ bezeichnet werden. Jugendliche verlassen ihre Heimat, kulturelle Angebote sind rar. Die Lokalmedien spielen hier eine immer geringere Rolle: Lokalredakteure aus dünn besetzten Redaktionen berichten immer seltener über die Regionen und die Bewohner wiederum lesen kaum noch Zeitungen, da ihre Themen keine Berücksichtigung mehr finden. Dieser Situation soll mit Bürgermedien entgegengewirkt werden: Die Bewohner setzen selbst ihre Themen und bekommen mit Hilfe der Bürgerzeitung wieder eine eigene Stimme. Sie setzen sich mit regionalen Themen auseinander und bilden eine kritische Öffentlichkeit in einer Region, in der sie sich selbst engagieren und die sie selbst gestalten. Es entstanden in Ludwigslust-Parchim das Redaktionsteam rund um die Bürgerzeitung „Die AUFmacher“ und im Vogtland die Redaktion des Blattes „Die Lupe“.

Begleitet wurde das Projekt von einem Forschungsteam aus Wissenschaftlern der Universität Leipzig. Ihre Aufgabe bestand darin, mit Diskursanalysen und verschiedenen Interviewformen die Veränderungen zu messen, die die Bürgermedien in beiden Regionen hervorbrachten. Bis Juni 2013 – dem Ende der Förderperiode – wurden in beiden Regionen Zeitungen produziert, stets mit einem wachen Auge für die regionalen Brennpunktthemen. Und schon jetzt wissen wir, dass das Projekt ein Erfolg war. Denn die Arbeit geht mancherorts weiter.

Mehr unter:

<http://www.jugendpresse.de/projekte-und-veranstaltungen/die-aufmacher/>

Projektträger



Die Amadeu Antonio Stiftung hat überall in Deutschland bereits über 700 lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Schule, Opferschutz und Opferhilfe, kommunale Netzwerke sowie Hilfsangebote für Aussteigerinnen und Aussteiger aus der Naziszene unterstützt. Seit ihrer Gründung 1998 ist es das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Wichtigste Aufgabe der Stiftung ist es, die Projekte über eine finanzielle Unterstützung hinaus dauerhaft zu ermutigen, Öffentlichkeit für ihre Situation zu schaffen und sie zu vernetzen. Ihre Schwerpunkte liegen auf den Bereichen ländlicher Raum, soziale Netzwerke, Gender Mainstreaming und Antisemitismus.



Die Jugendpresse Deutschland ist der Bundesverband junger Medienmacher. Sie ist Ansprechpartner in Ausbildungsfragen zu Medienberufen und organisiert Seminare, Workshops und Pressefahrten, darunter die Jugendmedientage und den Schülerzeitungswettbewerb der Länder. Bei der Jugendpresse Deutschland und ihren Landesverbänden bestimmen Jugendliche selbst das Programm. Schüler, Zivis oder Studenten legen fest, was für Veranstaltungen organisiert und welche Wettbewerbe ausgeschrieben werden. Alle arbeiten ehrenamtlich, das heißt: Die gesamte Jugendpresse funktioniert nur, weil junge Menschen ihre Freizeit dafür einsetzen. Die Jugendpresse Deutschland ist gemeinnützig und parteipolitisch unabhängig. Sie arbeitet mit Stiftungen und Bildungswerken zusammen und macht sich für die Rechte junger Journalisten stark.



Institut für Bildung in der
Informationsgesellschaft

Das IBI berät zur Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien in allen Bereichen des individuellen, schulischen, beruflichen und akademischen Lernens. Es fungiert einerseits als Projektträger für öffentliche und private Auftraggeber und führt andererseits wissenschaftliche Begleitungen und Evaluationen von Bildungsmaßnahmen durch. Neben der Entwicklung und Bewertung von Bildungsmedien führt es Projekte im Bereich der Regionalentwicklung und politischen Teilhabe durch. Das Team des IBI ist interdisziplinär zusammengesetzt. Vertreten sind die u.a. die Disziplinen Erziehungswissenschaften, Informatik, Medienwissenschaft, Sozialwissenschaft, Psychologie und Politikwissenschaft. Es hat seinen Hauptsitz in Berlin und weitere Büros in der Niederlausitz.

IKG Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung

Im IKG werden theoretische und empirische Analysen zu unterschiedlichen Formen, Ausmaßen und Ursachen von Konflikten und Gewalt durchgeführt. Interdisziplinäre Zugänge beleuchten verschiedene Seiten von ethnischen, religiösen und kulturellen Konflikten und Gewalt. Dies gilt auch für spezifische politische Formen wie den Rechtsextremismus und den zugrunde liegenden Einstellungsmustern. Ebenfalls stehen Analysen zu anderen Formen der Gewalt auf dem Forschungsplan, wie sie etwa von Jugendlichen ausgeübt werden. Dazu werden die komplexen Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen, etwa der sozialen Desintegration, sozialpsychologischen Mechanismen, kollektiven Akteursgruppen und sozialräumlichen Kontexten betrachtet.

Tagungsprogramm

Montag, 07. Oktober 2013

- 12.30 Uhr **Begrüßung** Prof. Dr. Wilfried Hendricks
Wissenschaftlicher Direktor des IBI – Institut für Bildung
in der Informationsgesellschaft
Grußwort Dr. Christoph Bergner
Staatssekretär beim Bundesministerium des Innern (unter Vorbehalt)
- 13.00 Uhr **Impulsvortrag** Prof. Dr. Andreas Zick
Kommunikation und zivilgesellschaftliches Engagement zur Förderung
demokratischer Kultur im ländlichen Raum
- 13.30 Uhr **Vortrag** Dr. Ansgar Klein
Bürgerschaftliches Engagement und innovative Kommunikationswege im
ländlichen Raum am Beispiel des Projekts „Medien auf dem Land“
- 14.10 Uhr **Vortrag** Dr. Martin Welker
Heimat und Kommunikation: Mit Bürgerzeitungen zu mehr Partizipation
am Beispiel des Projekts „Die AUFmacher“
- 14.45 Uhr **Pause**
- 15.15 Uhr **Vortrag** Prof. Dr. Beate Küpper
Couragiertes Eintreten gegen Rechtsextremismus am Beispiel des
Projekts „Region in Aktion“
- 15.50 Uhr **Vortrag** Dr. des. Anna Klein
Politische Machtlosigkeit – wenn die Bürger kein Gehör finden am Beispiel
des Projekts „Produktive Unruhe“
- 16.30 Uhr **Pause**
- 17.00 Uhr **Interdisziplinäres Podium** Moderation: Marion Kraske
Gemeinsame Diskussion mit den Vortragenden und dem Publikum
- 18.00 Uhr **Abendessen**
- 19.00 Uhr **Projektschau**
Möglichkeit zum Kennenlernen der vier Modellprojekte

Dienstag, 08. Oktober 2013

- 09.30 Uhr Input für die Workshops durch die Berichterstellerinnen
- 10.30 Uhr Parallel stattfindende Workshops
- Workshop I**
 Bürgermedien – Eine Chance für den ländlichen Raum?
- Workshop II**
 Die Kultur des kleinen Schwatzes – Kommunikationsstrategien
 im ländlichen Raum
- Workshop III**
 Türöffner Medien – Alt und Jung im Dialog
- Workshop IV, Teil 1**
 Von Ignoranten und aktiven Gegnern – Kommunale Akteure im
 Umgang mit Rechtsextremismus
- 12.15 Uhr Mittagspause
- 13.15 Uhr Parallel stattfindende Workshops
- Workshop I**
- Workshop II**
- Workshop III**
- Workshop IV, Teil 2**
- 15.00 Uhr Pause
- 15.30 Uhr Präsentation und Diskussion der Workshopergebnisse durch
 die Berichterstellerinnen Moderation: Marion Kraske
- 16.30 Uhr **Schlusswort** Thomas Krüger
 Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)



Institut für Bildung in der
Informationsgesellschaft

PRESSEMITTEILUNG

07. Oktober 2013

AKTIVE ÖFFENTLICHKEIT AUF DEM LAND – WIE GEHT DAS?

Vier Modellprojekte ziehen Abschlussbilanz: Auf der Fachtagung „Zivilgesellschaftliches Engagement und Aktivierung demokratischer Kommunikation im ländlichen Raum“ am 7. und 8. Oktober diskutieren wir mit einem Fachpublikum über die Ergebnisse unserer zweijährigen Arbeit in unterschiedlichen Regionen in Ostdeutschland.

07. Oktober 2013. Berlin. Auf der gemeinsamen Fachtagung in der Kalkscheune in Berlin-Mitte werden die praktischen Erfahrungen mit wissenschaftlicher Expertise zusammengeführt. Wo liegen Anknüpfungspunkte zwischen der Projektarbeit im ländlichen Raum und verschiedenen Fachwissenschaften? Was sagen Engagementforscher/-innen, Sozialwissenschaftler/-innen, Journalist/-innen und Projektverantwortliche zu den Ergebnissen? Wie lassen sich die Projektideen weiterentwickeln und welche Rahmenbedingungen sind dafür notwendig? Dieser Frage sind vier Modellprojekte nachgegangen, indem sie Kommunikationsstrategien und Medienkonzepte entwickelt und in ländlich geprägten Räumen in Ostdeutschland erprobt haben. Herausgekommen sind kreative Ideen für eine demokratische ländliche Öffentlichkeit. Verschiedene Bürgermedien wurden umgesetzt, neue Kommunikationswege ausprobiert und empirische Befunde gesammelt.

- „Die AUFmacher - Neue Medienangebote von und für Bürger/-innen“ (Jugendpresse Deutschland),
- „Medien auf dem Land“ (IBI - Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft),
- „Produktive Unruhe: Kommunikative Aktivierung im ländlichen Raum“ (IKG - Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Bielefeld)
- „Region in Aktion – Kommunikation im ländlichen Raum“ (Amadeu Antonio Stiftung)

Die Fachtagung wird organisiert durch das IBI-Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft. Die Veranstaltungsdokumentation wird nach der Tagung auf <http://fachtagung.medienaufdemland.de/> veröffentlicht. Im Bereich Download finden Sie jetzt schon alle relevanten Logos der Tagung.

PRESSEKONTAKT FACHTAGUNG

Annegret Sielaff (Öffentlichkeitsarbeit „Medien auf dem Land“)
030/330 99 89 22, sielaff@ibi.tu-berlin.de, www.ibi.tu-berlin.de
IBI-Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft e.V., Dovestr. 1, 10587 Berlin

Impressum

Veranstalter IBI – Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft e.V.
Spree-Tower
Dovestraße 1
10587 Berlin

Fon 030 – 330 99 89 0
Fax 030 – 330 99 89 01
E-Mail ibi@ibi.tu-berlin.de

Die Fachtagung wurde gefördert durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“.

**Kontakt Regiestelle
des Bundesprogramms** Bundeszentrale für politische Bildung
Regiestelle „Zusammenhalt durch Teilhabe“
Friedrichstr. 50
10117 Berlin

Fon 030 – 254 50 44 41
E-Mail regiestelle@bpb.de
Web www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de

Konzept und Organisation Svenja Perlitz, Bernd Ketzler

Gestaltung André Schiffner

Mit Ihrer Anmeldung erklären Sie sich einverstanden, dass im Rahmen der Tagung Bildaufnahmen für die Verwendung in der Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden sowie die Veranstaltung für Zwecke der Veröffentlichung im Rundfunk und im Internet audiovisuell aufgezeichnet wird.